

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: halbjährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., die übrigen (sitzen) 5 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenanzeigen und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 26. August 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Protestversammlungen gegen die Fleishteuerung!

Genossinnen, Genossen! **Am Dienstag, den 30. August**, wird die Arbeiterschaft Berlins in zahlreichen Versammlungen gegen den Fleischwucher protestieren. Agitiere ein jeder für den Besuch dieser Versammlungen.

Die Versammlungslokale werden am Sonntag und Dienstag im Inseratenteil des „Vorwärts“ bekanntgegeben. Wir bitten die Partei- und Gewerkschafts-genossen, für Dienstag keinerlei andere Veranstaltungen zu treffen.

Der Aktionsausschuss. Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Die Grenzen auf!

Immer höher schnellen die Fleischpreise hinauf! Es ist bereits ein Notstand vorhanden, der die Ernährung des Volkes in schwerster Weise bedroht. Aber die Regierung trifft keinerlei Vorkehrungen, um der Misere zu begegnen. Kürzlich machte allerdings der Landwirtschaftsminister einen schüchternen Versuch, etwas zu tun. Fast schien es, Herr von Schorlemer werde so mutig sein, mit den Junkern anzuhändeln. Er debütierte mit einem Schreibbrief, in dem er die Herren Agrarier bat, die Viehprodukte möglichst zu steigern, damit nicht vielleicht später mal eine Erleichterung der Vieheinfuhr notwendig werde. Der Kühne erfuhr, daß Junkerfreundlichkeit allein nicht genügt, die Verteilung der Verteilung auch bescheidene Zurückhaltung von — anderen.

Jedenfalls war der ministerielle Maß nur als Verhütungsspiel gedacht, als Blühleiter für die Klagen über Hungerpreise und für die Forderungen auf Öffnung der Grenzen. Unsere mit Sentimentalität nicht belasteten Junker haben für solche ministeriellen Uebungen kein Verständnis. Der Minister bekam in der agrarischen Presse einen Rüssel für seine Naivität. Das hat ihm anscheinend das subalterne Verhältnis der Regierung zur Junkersippe genügend klar gemacht. Man schweigt in allen Sprachen!

Die Fleischnotfrage existiert für die Regierung nicht mehr. Sie, die Tapferen und Energetischen im Kampf gegen die Arbeiter, ist die artigste und zahmste Behörde der Welt — wenn die Junker kommandieren. Und diese bochen auf ihr historisches Recht der Plünderfreiheit. Darin wollen sie sich auch nicht durch ministerielle Stilübungen stören lassen. Gewiß, die Formen der Plündererei haben sich geändert. Die Epigonen der Raubritter steigen nicht mehr einzeln auf die Straße, um den „Pfefferlack“ zu plündern, als Gefolgegeber bewundern und beguttern sie das ganze Volk. Das ist bequem und bringt mehr ein. Aber die moderne, gesetzlich legalisierte Plündererei ist verächtlicher als das Strauchritterhandwerk der Vorfahren unserer Edelsten. Jene suchten sich wenigstens im allgemeinen begüterte Objekte für ihr „ritterliches“ Tun aus, diese bereichern sich durch Ausplünderung der Armen und Krüppeln, durch elenden Lebensmittelwucher. Und dabei heuchelt die habgierige Gesellschaft edle Motive. Angeblich ist die Junkersippe um die Gesundheit, um das Wohlbefinden des Volkes besorgt. Red wird behauptet, die agrarische Zoll- und Grenzverpolitik sei eine nationale Tat — zum Schutze des Vaterlandes und des deutschen Schweines. Angeblich ist das Auslandsvieh durch und durch verseucht, darum mühten die Grenzen gegen die Einfuhr geschlossen bleiben. Die Entwicklung unserer Zoll- und Grenzverpolitik läßt solche Behauptung als bewußten Schwindel erkennen. Sehen wir zu!

Bis Ende der Vier Jahre waren unsere Junker extreme Freihändler, sie dachten an keine Grenzverle!

Brot und Fleisch zollfrei! Diese Forderung vertrat noch am 23. Mai 1873 Freiherr von Behr im Reichstage und erntete lauten Beifall bei den Konservativen. Warum? Deutschland exportierte damals noch reichlich Agrarprodukte. Die zunehmende Industrialisierung Deutschlands in Verbindung mit der revolutionierenden Technik brachte einen Umschwung der Verhältnisse. Allmählich mußte Deutschland in gesteigertem Umfange Agrarprodukte einführen. Verbesserungen im Transportwesen, die Erschließung weiter Strecken jungfräulichen Bodens in anderen Ländern ermöglichte die Heranholung von Lebensmitteln zu billigeren Preisen. Gleichzeitig hatte sich in Deutschland der landwirtschaftliche Betrieb durch Steigerung der Bodenpreise verteuert. Im Taumel des nach dem deutsch-französischen Kriege über Deutschland sich ergießenden Milliardenregens wurden auch die Mietenpreise in die Höhe getrieben. Demgemäß stiegen auch die Pachtmieten und die Zinslasten. Steigende Bodenrente erhöhte die Produktionskosten.

Die Agrarier wurden Schutzöllner, um sich die ausländische Konkurrenz vom Halse zu halten. Der Brot- und Fleischwucher begann. Die Junker bekamen sich auf ihre historische Mission, sich vom Volke ernähren zu lassen.

Durch ein fein ausgeklügeltes System, das in einer Kombination von Zöllen und sanitären Maßnahmen (Grenzsperr) besteht, erreichten sie ihr Ziel. Die rheinisch-westfälischen Großindustriellen forderten schon längst hohe Schutzöll, um den keiner Auslandskonkurrenz gehindert zu werden, den

deutschen Konsumenten willkürlich die Preise diktieren zu können. Von den gleichen Motiven befeelt, fanden sich so Junker und Scharfmacher zusammen. Sie bewilligten sich gegenseitig auf Kosten der heimischen Konsumenten Schutzöll. Für Schlachtvieh, das seit 1870 zollfrei eingeführt werden konnte, wurden im Zolltarif vom Jahre 1879 folgende Sätze festgelegt: Ochsen Stück 20 M., Stiere und Kühe 6 M., Kälber 2 M., Schweine 2 1/2 M., Schafe 1 M. Der gewünschte Erfolg blieb aus. Im Jahre 1882 wurden trotz der Zölle eingeführt: 59 786 Pferde, 70 122 Stück Rindvieh, 59 958 Stück Jungvieh und Kälber, 1 272 816 Schweine und Spanferkel und 177 256 Schafe, Lämmer und Ziegen. Die Einfuhr stellte sich auf 17 983 Pferde, 115 692 Stück Rindvieh, 104 612 Stück Jungvieh und Kälber, 467 949 Schweine und Spanferkel und 1 258 144 Schafe usw. Bei Schweinen überwog die Einfuhr die Ausfuhr ganz gewaltig. Die Agrarier murrten! Ihr Zollappetit war gereizt und schon im Jahre 1885 wurden auf ihr Betreiben die Zölle erhöht, und zwar für Ochsen auf 30 M., für Stiere und Kühe auf 9 M., für Kälber auf 3 M. und für Schweine auf 6 M. Im Jahre 1888 hatte man sich darauf beschränkt, die Einfuhr von Schweinen und Schweinefleisch aus Amerika zu verbieten. Mit der Zollerhöhung im Jahre 1885 verband man dann das Verbot der Einfuhr von Ziegen, Schafen und Schafffleisch aus Russland. Das System erwies sich als wohltätig für den — Geldbeutel der Junker. Im Jahre 1889 erhielten sie ein neues Geschenk: das Verbot der Einfuhr von Schweinen aus Russland. Nur 70 000 Stück sollten in Zukunft zur Befriedigung der deutschen Märkte in der Nähe der Grenze eingeführt werden. Wenn Gefahr für die Volksgesundheit bestand, hätte man natürlich auch das begrenzte Kontingent nicht zulassen dürfen. Die Politik des Einfuhrverbots erwies sich als Hindernis des wirtschaftlichen Aufstiegs. Schwere Erschütterungen des gewerblichen Lebens, eine langanhaltende schleichende Krise ließ die Gefährlichkeit der Schutzöllpolitik offenbar werden.

Es kam die Aera Caprivi; die Zölle wurden etwas ermäßigt. Wilhelm II. nannte den Abschluß der Caprivischen Handelsverträge eine befreiende Tat!

Worin bestand die befreiende Tat? Der Zoll für Ochsen wurde um 4,50 M., der für Jungvieh und Schweine um 1 M. herabgesetzt. Die Junker tobten! Von Volksgesundheit usw. war dabei keine Rede. Sie reklamierten ihr Recht auf hohe Stipendien aus dem Säckel des Volkes. Aus den Reihen der Vorsteviehzüchter vernahm man schreckliche Drohungen. Thron und Altar sollten gestürzt werden, falls den adligen Viebesgabenempfängern die Alimente nicht wieder erhöht würden. Dem Aufrufe des Landwirts Rupprecht folgend, gründete man den Bund der Landwirte. Dieser stellte ein umfangreiches Programm agrarischer Forderungen auf und entfaltete eine wilde demagogische Agitation. Und die Regierung als geschäftsführender Ausschuss der Junker zeigte sich dienstfertig. Das Vieheschendeneset hat ihr die Handhabe, den Krippenreitern wenigstens recht bald einige Sappen zuzuworfen. Den agrarischen Geboten gehorchend, verbot die Regierung 1893 die Einfuhr von Schafen aus Oesterreich und beschränkte die Einfuhr von Rindern dorthier. Ferner verbot sie die Einfuhr von Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen aus Italien. Immer hermetischer verschloß sich dem ausländischen Vieh die deutsche Grenze. Schon im nächsten Jahre folgte das Verbot der Einfuhr von Rindern, Ziegen, Schafen, Schweinen aus Belgien und Holland. Und so ging es weiter. Zug um Zug schloß sich die Grenze 1895 für Schweine aus Oesterreich, für Rindvieh aus Schweden und Dänemark, es folgte das Verbot der Einfuhr von Schweinefleisch aus Russland, dann wurde dem frischen Rindfleisch aus Belgien die schwarz-weiß-rote Grenze gesperrt. So ging es fort.

Wo die Zölle keinen ausreichenden Schutz vor der Auslandskonkurrenz sicherten, da mußte ein direktes Einfuhrverbot den Niegel vorschreiben. Zeigte sich irgendwo die wirtschaftliche Möglichkeit, ausländisches Vieh nach Deutschland zu liefern, dann kamen die Junker mit unfehlbarer Sicherheit dahinter, daß in dem betreffenden Lande die in Betracht kommende Viehgattung verseucht sei und dauernd verseucht bleibe. Die Einfuhr wurde wegen Seuchengefahr verboten. Von dorthier, wo entweder kein Vieh zur Ausfuhr vorhanden ist oder von wo wirtschaftliche Gründe die Einfuhr nicht erlauben, dürfen wir Vieh einführen. Länder, die billiger Fleisch liefern könnten, sind für verseucht erklärt, ihnen bleibt die deutsche Grenze verschlossen! Da glaube

noch ein Mensch an den agrarischen Schwindel von der Seuchengefahr. Aber die junkerliche Begehrlichkeit ist unerfättlich.

Der Ablauf der Caprivischen Handelsverträge kam heran. Der Mann der rettenden Tat war längst über Bord geworfen worden. Der Haß der Junker ist dem Manne ohne Galm und Art treu geblieben. Nun war die Zeit gekommen, die ausschweifenden agrarischen Zollforderungen durchzusetzen. Und der Wurf gelang! Der Zolltarif, von der Mehrheit des Reichstags in der Nacht zum 14. Dezember 1902 unter Bruch der Geschäftsordnung zu Gesetz erhoben, warf den Junkern neue und erweiterte Plünderrechte in den Schoß. Nach dem Zolltarif sollten die Zölle für Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen 18 M. pro Doppelzentner Lebendgewicht betragen. Durch die Handelsverträge sind folgende Sätze festgesetzt: Rinder 8 M., Schweine 9 M. pro Doppelzentner, danach stellt sich der Zoll auf zirka 50 M. für Ochsen, 40 M. für Stiere und Kühe und 15 M. für Schweine.

Der Erfolg der gekennzeichneten Politik ist die Fleishteuerung in Permanenz. Daß die herrschende Clique sich um die Not des Volkes nicht kümmert, hat sich schon im Jahre 1906 gezeigt. Der damalige besondere Notstand löste eine tiefgehende Protestbewegung aus. Trotzdem: Regierung, Ritter, Heilige und Scharfmacher höhnten der Not des Volkes. Nur zu einer Scheinkonzeption ließ man sich herbei. Die Einfuhr frischen Schweinefleischs aus Dänemark, Schweden und Norwegen sollte unter den üblichen Erschwerungsbedingungen und den hohen Zöllen des Vertragstarifs (13 1/2 Pf. Zoll für ein Pfund Schlachtgewicht oder ungefähr 18—20 Pf. für ein Pfund Fleischgewicht) gestattet werden. Die Regierung erklärte nun, sie habe erkannt, daß „veterinärpolizeiliche Bedenken“ nicht mehr beständen. Das war eine etwas plötzliche Erkenntnis, denn noch wenige Wochen vorher versicherte die ganz- und halboffizielle Presse, eine derartige Zulassung bedeute die schwerste Gefährdung des gesamten deutschen Viehstandes. Außerdem sollten die hohen Zölle für die Untersuchung des aus dem Auslande hereinkommenden frischen Fleisches etwas ermäßigt werden, — um wieviel, blieb dem Ermessen der Regierung überlassen. Daß die Maßnahme den Junkern nicht gefährlich wurde, dafür sorgten schon die Umstände und das „Ermessen“ der Regierung. Die Unkosten sind so hoch, daß frisches Schweinefleisch aus den genannten Ländern kaum eingeführt werden kann. Die Grenzsperr ist nicht gelockert.

Wieder hat jetzt das deutsche Volk mit einem außerordentlichen Notstand zu kämpfen. Und es bedarf eines energischen Aufsturms, soll endlich dem gemeingefährlichen Lebensmittelwucher gesteuert werden. Nach dem Willen der herrschenden Clique soll das Volk dauernd Notstand und Preise zahlen, damit die raffgierige Junkersippe Milliarden an Viebesgaben einsacken kann. Gegen solche Alimentation der Nimmerfatten protestiert das Volk.

Grenzen auf! Das ist die nachdrücklichste Forderung des schamlos bewundern Volkes!

Die bürgerliche Presse über Zichopau-Marienberg.

Der Reaktion ist der neue glänzende Wahlsieg der Sozialdemokratie sehr auf die Nerven gefallen. Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ begnügt sich damit, einfach die Wahlziffern ohne jeden Kommentar wiederzugeben. Die „Deutsche Tageszeitung“ glaubt an ihre Hintermänner die Mahnung richten zu müssen, nicht zu verzweifeln, sondern wieder und immer wieder zu arbeiten. Klarheit und Arbeit müsse die Lösung für die Zukunft sein, denn sonst könne der „Vorwärts“ damit recht behalten, daß das Wahlergebnis von Zichopau-Marienberg vorbildlich sei für die kommenden allgemeinen Wahlen.

Und noch ein Trost hat sich das Agrarierblatt ersonnen in dieser Zeit der schweren Not der Reaktion. Daß nämlich im Vergleich zu 1903 die konservativen Stimmen „nur“ um 500 zurückgegangen seien und die sozialdemokratischen Stimmen „nur“ um 1200 Stimmen zugenommen hätten. Das Verteilungsblatt vergißt dabei nur, daß diesmal auch die 4700 Stimmen der Liberalen noch in Abzug zu bringen sind. Ohne die liberale Sonderlandnatur wäre sicherlich die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen noch größer, der Rückgang der bürgerlichen Stimmen noch kolossaler gewesen. Denn Herr Prodan, der Erlösene des Liberalismus, ging ja gerade

mit der Opposition des Freisinn gegen die Reichsfinanzreform haufen!

Die freikonservative Presse bläst wieder mal zur Sammlung aller bürgerlichen Parteien. Die „Post“ schreibt u. a.:

„Unaufhaltsam geht der Zug nach links weiter, Nachwahl auf Nachwahl bringt einen neuen Sozialdemokraten in den Reichstag. Sollte uns vor der Neuwahl noch eine Reihe Erziehungswahl beschert sein, so würden die Wahlen ihre fünf Duzend voll bekommen noch im alten Reichstag. Doch unter den abzuwandelnden Umständen ein ruhmvoller Sieg wie im Jahre 1907 nicht zu erwarten war, wurde allgemein angenommen. Aber selbst in links-liberalen Kreisen rechnete man doch damit, daß einer der bürgerlichen Kandidaten mit dem Sozialdemokraten noch in die Stichwahl kommen würde.“

Auch die ultramontane „Germania“ ruft zur Sammlung aller bürgerlichen Parteien auf. Sie stellt es wieder einmal so dar, als ob eigentlich nur die Liberalen durch ihre Kritik der Schnapsblockaden die Niederlage der Schnapsblockaden und die Triumphe der Sozialdemokratie verschuldet hätten:

„Jedenfalls zeigt die Wahl wieder, daß die Liberalen nur für die Sozialdemokraten arbeiten und selbst immer leer ausgehen müssen. Wäre die von ihnen behauptete starke liberale Strömung im Lande vorhanden, so hätten sie es doch wenigstens zur Stichwahl bringen müssen. Wann soll denn der Aufschwung endlich kommen?“

Dabei liegt es für jedermann klar zutage, daß der Liberalismus erst recht abgewirtschaftet hätte, wenn er sich mit der Steuer- und Ausländeränderung und den sonstigen reaktionären Taten des Schnapsblocks solidarisch erklärt hätte!

Die liberale Presse würdigt die Situation verständiger; doch kann sie es sich nicht leisten, die neu gewählten Abgeordneten Genossen Wöhre als Revisionisten und quasi Bundesgenossen und Milchbruder des Liberalismus zu charakterisieren. So schreibt das „Berliner Tageblatt“:

„Der neue Abgeordnete Wöhre gehört zu jenen Sozialdemokraten, die aus der nationalsozialistischen Bewegung in das sozialdemokratische Lager hinübergewechselt sind. Daß er ein Mann von Charakter ist, hat er auf dem Dresdener Parteitag gezeigt, als er dem Parteipapst Weibel ein „Pfi“ entgegen-schleuderte. Man wird ihn auch heute noch in die Reihe der revisionistischen Sozialdemokraten stellen müssen, und an sich ist es natürlich erfindlich, daß die revisionistische Richtung innerhalb der Sozialdemokratie verstärkt wird. Nur wird man wünschen müssen, daß die Revisionisten endlich aus ihrer Reserve heraustreten und auf dem Magdeburger Parteitag für eine positive Politik wirken. So groß immer die Erfolge der Sozialdemokratie sein mögen, so ist sie doch nicht aus eigener Kraft imstande, die herrschende Reaktion zu überwinden. Das ist nur durch ein taktisches Zusammenarbeiten der Sozialdemokratie mit dem Liberalismus möglich. Dafür die nötigen Bedingungen zu schaffen, das ist die eigentliche Aufgabe des Tages.“

Auch die „Vossische Zeitung“ meint, daß die Wahl Wöhres eine Verstärkung des revisionistischen Flügels in der sozialdemokratischen Fraktion bedeute. Die liberalen Blätter begreifen sich in dieser Darstellung mit der alldeutschen „Täglichen Rundschau“, die da meint:

„Ein Vermutungsstropfen fällt in den Freudenbecher des „Vorwärts“ und der Seinen. Wöhre ist Revisionist. Er hat sich noch während des Wahlkampfes ausdrücklich zum Revisionismus bekannt. Und das muß gerade jetzt schmerzhaft sein für die Berliner und Leipziger Übergeordneten, weil gerade jetzt die Aufschwung der süddeutschen Freunde der denkenden Welt wieder einmal zeigt, wo die heimliche, aber unheilbare innere organische Krankheit der Sozialdemokratie liegt.“

Wir wissen nicht, ob Genosse Wöhre Anspruch auf die Ehre solch alldeutscher und liberaler Verdolung hat, ob er Revisionist ist oder nicht. Wir haben während der Wahlkampagne nicht danach gefragt, wie denn die Sozialdemokratie im Kampfe gegen die bürgerlichen Parteien stets in vollster Geschlossenheit gekämpft hat. Und wir glauben, daß das auch in Zukunft so sein wird! Auch halten wir es wirklich für keine besonders schlaue Taktik der liberalen Presse, dem oder jenem Genossen gleich die lobende liberale Jenseit aufzulegen, die dem Proletariat keineswegs als Empfehlung gilt.

Wenn aber das „Berliner Tageblatt“ die positive Arbeit der Sozialdemokratie im Sinne der Budgetbewilliger und Hofsänger gewissermaßen für die Vorbedingung eines taktischen Zusammenarbeitens zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus erklärt, so zeugt das von bemitleidenswert politischer Kurzsichtigkeit. Denn wir sollten meinen, daß bei den allgemeinen Reichstagswahlen Liberale und Sozialdemokraten bei den Stichwahlen — und nur darum kann es sich handeln! — sehr wohl zusammengehen könnten, ohne daß die Sozialdemokratie vom Liberalismus oder umgekehrt der Liberalismus von der Sozialdemokratie irgendein Opfer des Prinzips oder der Ueberzeugung verlangt! Wir wenigstens verlangen vom Liberalismus kein solches Opfer. Wenn sich aber der Liberalismus einbilden sollte, daß die Sozialdemokratie ihm zuliebe solche Opfer zu bringen geneigt sei, so befindet er sich gründlich auf dem Holzwege. Das wird ihm der Magdeburger Parteitag mit aller Deutlichkeit beweisen.

Sollte unter solchen Umständen aber der Liberalismus ein Bündnis mit der Rechten dem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie vorziehen, um so schlimmmer für ihn!

Nach den letzten Meldungen wurden Stimmen abgegeben für unseren Genossen Wöhre 14831, für den Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei Brodau 4717 und den Kandidaten der Reformpartei Frische 4630. Im Jahre 1907 entfielen auf den Kandidaten der Reformpartei Zimmermann 14237, auf die Sozialdemokratie 11231 Stimmen. Insgesamt wurden Stimmen abgegeben im Jahre 1907: 25 518, diesmal jedoch nur 24 178. Die Wahlbeteiligung ging also um 1430 Stimmen zurück. Das geschah aber nur zuungunsten der bürgerlichen Parteien. Die für die Kandidaten der bürgerlichen Parteien abgegebenen Stimmen gingen gegen 1907 um 4800 zurück, während für die Sozialdemokratie 3550 mehr abgegeben wurden. Ohne jeden Zweifel kann man also behaupten, daß die Sozialdemokratie ihren Stimmenzuwachs von den Gegnern erhalten hat.

Augsburger Katholikentag.

(Telegraphischer Bericht.)

Gestern abend fand in Augsburg wieder eine öffentliche Versammlung des Katholikentages statt. Auf der Vorstandstribüne hatten sich unter den Ehrengästen wieder die Bischöfe eingefunden, die von der Versammlung lebhaft begrüßt wurden. Den Vorsitz führte der zweite Vizepräsident, Reichstagsabgeordneter Speck-München. Es sprach Dr. theol. Bernhart-München über die „Bildungsaufgaben der deutschen Katholiken“, Professor Dr. Kausbach-Münster i. W. über „Frauenbildung und Frauenstudium“, Landtagsabgeordneter Rechtsanwalt Graf v. Pestalozza-Kürnberg über „Robernes Freidenkertum“.

Der Vortrag des Herrn Kausbach hat wenig Interesse; er wiederholte im wesentlichen nur, was er schon in früheren Jahren gesagt hat, daß der Schwerpunkt des Lebens der meisten Frauen im Hause liege, in der Familie, und deshalb die Ausbildung der Frau zuerst auf die tüchtige Ausrüstung für den Stand der Ehe und für die Mutterschaft gerichtet sein müsse.

Interessant waren die Ausführungen des Herrn Verhart. Er sieht in dem Suchen nach Gott die höchste Bildungs- und Kulturarbeit. So sagte er z. B.:

„Nur die gewaltige Spannung zwischen Mensch und Gott kann die höchste Kultur gebären. Sonst verfällt der Mensch der Unklarheit des Nihilismus, er klammert sich an den Schimmer von Geist, der ihm aus den Werken der Schönheit entgeleuchtet, die ihn aber nicht erlösen kann. Wir ruhen ein unterföhlisches Klein, wenn die Kultur die Menschen auf sich selber stellen will und gottlos mit Prometheus troht: „Hier sitze ich, forme Menschen nach meinem Bild, ein Geschlecht, das mir gleich sei, zu leiden, zu weinen, zu genießen und sich zu freuen und dein nicht zu achten wie ich.“ Auch in der Kulturarbeit der Gegenwart Gottes werden die Kräfte lebendig. Der Grundzug der Seele unserer Zeit ist das Suchen. Dem Suchen aber ist das Finden verheißt. Einer ehrlich ringenden Zeit können wir nicht fern stehen, denn der Katholizismus ist die göttliche Antwort auf die ewig unzerstörbaren Bedürfnisse der Menschenseele.“

Und weiterhin:

„Wir verachten den Nihilismus: es gibt einen ewig unberrückbaren Vorrang des Sittlichen, und hinter dem Schönen ist sehr viel Dämonisches, das nach Barmherzigkeit ruft. Wir grüßen jede starke Künstlerpersönlichkeit, die sich an christliche Stoffe wagt. Wir glauben an die Macht der Zeit, uns bald eine Kunst zu schaffen, vor deren Säulen und vor deren Bildern wir uns wie vor der alten Kunst zur Andacht sammeln.“

Der Vortrag des Grafen v. Pestalozza-Kürnberg war nur eine Fortsetzung dieses Gedankenganges. Er erklärte schlußweg: „Der Katholikentag ist der wahre, der höchste Kulturtag!“

Augsburg, 25. August. (Telegr. Bericht.)

In der heutigen

lechten geschlossenen Versammlung

befähigte man sich zunächst mit der Schulfrage, dann mit der „Guten Literatur“ und darauf mit den Anträgen, die sich auf die Bekämpfung der öffentlichen Unsitlichkeit beziehen. Der erste Antrag stammt vom Reichstagsabgeordneten Koeren und hat folgenden Wortlaut:

„Die 57. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands ruft mit Nachdruck die Katholiken Deutschlands zur energischen Bekämpfung der öffentlichen Unsitlichkeit auf, wie sie sich insbesondere in der Ausstellung und dem Vertrieb unsittlicher Bilder und Drucksachen zeigt. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der Katholiken auf die Bestrebungen und erfolgreiche Tätigkeit des Verbandes der Männervereine zur Bekämpfung der öffentlichen Unsitlichkeit und beauftragt namentlich für alle, namentlich für alle größeren Städte die Gründung solcher Vereine und den Anschluß an den Verband. Insbesondere weist sie auf die überhandnehmenden skandalösen Bühnenaufführungen und kinematographischen Darstellungen hin, die eine überaus große Gefährdung von Sitten und Tugend des ganzen Volkes, namentlich der Jugend, in sich schließen, und gegen welche nur ein energischer Zusammenschluß aller Gutgesinnten schützen kann.“

Ein weiterer Antrag des bayerischen Kammerpräsidenten Dr. v. Orterer empfiehlt allen deutschen Katholiken, die sich die Bekämpfung der sich immer mehr ausbreitenden öffentlichen Unsitlichkeit zur Aufgabe gestellt haben, den Beitritt zu den Sittlichkeitsvereinen.

Ein dritter Antrag schließlich betonte, daß man die immer mehr um sich greifende und immer dreister auftretende Prostitution bekämpfen müsse.

Die Begründung der Anträge übernahm Reichstagsabgeordneter Speck-München:

„Wir haben leider durch unseren Verein zur Bekämpfung der öffentlichen Unsitlichkeit bis jetzt nicht die Erfolge erzielt, welche wir erwartet haben. Einerseits liegt die Schuld daran an den Geschehen selbst, die keine genügenden Handhaben boten, um dem Staatsanwalt und der Polizei das Recht zu geben, überall da einzuschreiten, wo wir es im Interesse der Sittlichkeit für notwendig hielten. (Sehr richtig!) Andererseits haben wir uns darin geirrt, wenn wir annahmen, daß in Süddeutschland unsere Schworenengerichte auf diesem Gebiete der öffentlichen Meinung mehr Rechnung tragen würden, als die juristisch gebildeten Richter. Bedauerlicherweise haben wir die Erfahrung machen müssen, daß die Schworenengerichte in Fällen auf Freisprechung erkannt haben, die direkt noch der öffentlichen allgemeinen Meinung als Verletzung der öffentlichen Sittlichkeit anzusehen waren. Was sollen wir nun tun? Der einzige Weg, den wir haben, ist der Weg der Selbsthilfe. Wir wollen einfach die Geschäfte, welche noch künftig wider ausstellen, die geeignet sind, das öffentliche Schamgefühl zu verletzen, boykottieren. (Lebhafter Beifall.) Wir sagen, in Geschäfte, die unser christliches Gefühl in dieser Weise verletzen und die in dieser Weise mit dazu beitragen, die Sittlichkeit aus dem Herzen unserer Jugend zu reißen, gehen wir nicht hinein. (Stürmischer Beifall.) Mit diesem Mittel hat man in Köln bereits sehr gute Erfolge erzielt.“

Alle drei Anträge wurden selbstverständlich einstimmig angenommen.

Außerdem fand um 10 Uhr in der großen Festhalle die letzte öffentliche Versammlung

statt. An erster Stelle sprach der Reichstagsabgeordnete Wöhre über den

„Sozialen Klassenkampf“.

Er führte aus:

„Klassenkämpfe hat es gegeben, solange die Welt steht. Die Klassenkämpfe selbst sind aber nicht naturnotwendig, sondern sie sind eine Krankheit des sozialen Lebens, die nach Heilung ruft. (Sehr richtig!) Alle Klassen sind auf gegenseitige Hilfe und Unterstützung angewiesen. Der ganze Organismus muß leiden, wenn auch nur ein Glied der Klasse krank ist. Nicht die Verhärtung der Klassengegenstände ist das Natürliche, sondern das Natürliche ist die Ausbuchtung der Klassen und der Ausgleich der verschiedenen Interessen. (Lebhafter Beifall.) Nichts ist verkehrter und schädlicher als die systematische Verhetzung der Arbeiter durch die Sozialdemokraten. (Sehr richtig!) Eine solche Kampfmethode mag vielleicht geeignet sein, eine Partei zusammenzuhalten, die auseinanderzugehen droht, oder eine Masse von Militärs herüberzuführen, aber zur Ueberwindung der äußeren wie der inneren Schwierigkeiten kann ein solcher Klassenkampf nicht führen. (Sehr richtig!) Im Gegenteil, die Schwierigkeiten werden vermehrt, die bestehenden Klassen werden vertieft, in denen doch viele weitere Arbeiter sich befinden, die es mit den Arbeitern auch meinen und die für die Arbeiter vielfach schwere Opfer bringen. (Beifall.) Aber durch den Klassenkampf wird solchen Leuten der gute Wille genommen, wenn sie sehen, was alles, was sie für ihre Arbeiter tun, in der schmachvollsten Weise verdächtigt, verunglimpft und in den Kot gezogen wird. (Stürmischer Beifall.) Den Koalitionen der Arbeitnehmer sind in letzter Zeit die Koalitionen der Arbeitgeber gegenübergetreten. Auch für die Arbeiter selbst wirkt der Klassenkampf aufs äußerste schädlich. Die Ausflodgelung aller Leidenschaften im Klassen-

Kampf korrumpiert die Arbeiter. (Sehr richtig!) Ich weise zum Beweise hin auf den Terrorismus gegen die christlichen Gewerkschaften, gegen einzelne christliche Arbeiter, die nur ihrer vaterländischen Gesinnung Ausdruck gegeben haben. Das sind Scheuflüchtlungen, Brutalitäten, die nur eine Schmach in der Geschichte der deutschen Arbeiterwelt genannt werden können. (Minutenlange Beifallsstürme.) Unter diesem Terrorismus haben vor allem, wie gesagt, die christlichen Gewerkschaften zu leiden, weil in ihnen die Sozialdemokratie ihre gefährlichsten Gegner sieht. Ich glaube, es ist eine Pflicht für uns, daß wir gerade wegen dieses hartnäckigen Kampfes, wegen dieser bitteren Bedrückung so mancher Mitglieder der christlichen Gewerkschaften ihnen heute unsere Anerkennung und Dank aussprechen. (Stürmischer Beifall.)

Darauf folgte eine lange Philippika gegen Sozialdemokratie, Liberalismus, Unglauben, Geheimratsdünkel usw., bis schließlich das Gerede in ein Lob der arbeiterfreundlichen katholischen Kirche ausklang:

„In jahrhundertelanger Arbeit hat die Kirche die Arbeiter aus dem Zustand der Sklaverei zur Freiheit geführt, zur völligen Gleichberechtigung mit allen anderen Ständen des Volkes. (Stürmischer Beifall.) Wie einst die römischen Knechte auf dem heiligen Berge ihre Rettung gefunden haben, so finden auch heute die bedrückten Klassen der Handarbeiter Hilfe auf dem heiligen Berge, auf dem Felsen, auf dem Christus die Kirche gebaut hat. (Stürmische minutenlange Beifallsstürme.)“

Dann erfolgte nach einem Vortrag des Realgymnasiallehrers Bornwasser-Köln über die „Fürsorge für die schulentlassene Jugend“ sowie Schlussansprachen des Vorsitzenden Dr. Marg-Düsseldorf und des Bischofs von Augsburg, der allen seinen Segen erteilte, der Schluß des Katholikentages.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. August 1910.

Die Ausweisung als Strafe für Arbeiter-solidarität.

Die Ausweisung dient in Nordschleswig nicht nur als Strafe für dänische Gesinnung, sie wird auch als Strafe benutzt für Verletzung der Arbeiter-solidarität. Denunzieren die Negresse und die norddänischen Palastisten jeden, von dem sie glauben, daß seine Gesinnung nicht preußisch gesimpelt ist und der durch die Ausweisung getroffen werden kann, so tun die Unternehmer ein gleiches mit ihnen unbehaglichen Arbeitern. Und die Behörden lassen sich nicht lange mahnen, sie sind den Palastisten ebenso getreue Handlanger wie den Scharfmachern! Am Montag sind in Apenrade die dänischen Zimmerer Rossmussen aus Horsens, Ohlsen aus Steilbr und Nielsen aus Belsingor mit vierundwanzigjähriger Frist ausgewiesen worden. Was haben sie verbrochen? Während der Bauarbeiterausperrung wechelten sich einige Zimmerer, den Extrabeitrag zu zahlen und traten aus dem Verbände aus. Die drei oben genannten Zimmerer und noch ein vierter, der schon vor zirka acht Tagen nach Dänemark zurückgekehrt ist, lösten ihr Arbeitsverhältnis beim Bauunternehmer Clausen, weil sie mit den Kollegen, die wegen der Extrabeiträge in kritischer Zeit dem Verband den Rücken gefehrt hatten, nicht zusammenarbeiten wollten. Sie fanden anderwärts Arbeit. Der Unternehmer Clausen aber, der noch vor wenigen Jahren Mitglied des Verbandes und der sozialdemokratischen Partei war, lief zur Polizei und meldete dort die Frevelthat der Verbändler! Die Polizei wachte Rat; sie befriedigte das Nachbedürfnis des Unternehmers und wies die drei Dänen aus, weil sie „lähmig gefallen“ seien. Wären die drei als Streikbrecher nach Deutschland gekommen, hätten sie sich wahrscheinlich der größten Aufmerksamkeit und Zuberkommenheit der Polizeibehörde zu erfreuen gehabt!

Polizei und Staatsanwalt in Dortmund.

Am Abend des 14. Februar d. J. war in Dortmund Stadtverordnetenversammlung. Unsere Genossen hatten eine Wahlrechts-Interpellation eingebracht, die aber unterdrückt wurde. Draußen warteten einige hundert Arbeiter auf das Schicksal der Interpellation. Bald sprengten Verirrte durch die Straßen und auch eine größere Abteilung Schugleute zu Fuß erschienen, um die Straßen zu säubern. Infolge des Auftretens der Polizei sammelte sich immer mehr Volk an, die Demonstration war fertig. Auf dem Markt und auch an anderen Stellen der Stadt zogen die Schugleute blank und hielten auf die Menge ein; es ist auch zu Verletzungen gekommen. Ramentlich werden die Verirrtenen beschuldigt, von der Waffe Gebrauch gemacht zu haben. Die Kritik der „Arbeiterzeitung“ an diesen Vorgängen hatte einen Polizeibeleidigungsprozess zur Folge, der mit der Verurteilung des verantwortlichen Redakteurs Genossen Meyer endete. In dem Prozeß haben sämtliche Beamten beschworen, es sei weder blank gezogen noch gehauen worden. Dies behaupteten insbesondere der Polizeikommissar Richard, der Polizeikommissar Schrank, der Wachmeister Kesselhut und vier weitere besitzene Schugleute. Richard beschwor außerdem noch, daß keine Kriminalbeamten in Zivil tätig gewesen seien. Schrank beschwor, er sei mit ausgedrehten Armen seinen Schugleuten vorausgezogen, damit er die Gewalt über sie nicht verliere. Dagegen behaupteten eine große Zahl Zivilzeugen, daß doch mit blanker Waffe dazwischen gehauen worden sei. Es waren sogar Zeugen da, die Verletzungen erlitten hatten. Andere Zeugen behaupteten, daß Kommissar Schrank selbst über die Straße gelaufen sei mit halb aus der Scheide gezogenem Säbel.

Nach dem Prozeß meldeten sich noch eine große Zahl Zeugen für die verschiedensten Einzelheiten. Es meldeten sich Geschäftsleute, Reisende, Architekten, Techniker, Kellner aus den Wirtschaften am Markt, lauter unbeteiligte Zuschauer, die der Sozialdemokratie fernstehen. Nun reichte Genosse Meyer eine Reineidsanzeige ein gegen den Polizeikommissar Schrank und fünf besitzene Schugleute. 34 neue Zeugen sind allein dafür vorhanden, daß die Verirrtenen gehauen haben. Mehrere neue Zeugen sind dafür benannt worden, daß auch eine Menge Kriminalbeamten in Zivil dabei war. Wohl an 15 Zeugen sind für die Tatsache genannt worden, daß Kommissar Schrank mit halb gezogenem Säbel gelaufen ist.

Es sind gerade vier Monate her, daß die Anzeige erstattet wurde. Nun endlich, nach wiederholter Mahnung durch die „Arbeiterzeitung“, ist der Beschuldigte der Staatsanwaltschaft gekommen: Das Verfahren ist in allen Fällen eingestellt worden! Es ist kein einziger der neubenannten Zeugen vernommen worden, die Strafverfolgung wird einfach abgelehnt. Der Herr Staatsanwalt meint, es seien im Prozeß gegen Meyer ja Zeugen vernommen, die behaupteten, die Polizisten hätten gehauen. Das Gericht habe aber diese Aussagen gegen die Beamten nicht bewertet und es sei nicht anzunehmen, daß das Gericht durch die Vernehmung der neubenannten Zeugen zu einem anderen Resultat kommen werde! Das heißt mit anderen Worten: bringt Zeugen so viel ihr wollt, und gilt nur das Zeugnis der Beamten! Bei einer anderen Gelegenheit hat der Erste Staatsanwalt Friedheim zu einem bekannten Juristen, als dieser eine Straf-anzeige gegen einen Beamten einreichen wollte, geäußert: „Ich werde

Bei einem Dortmunder Polizeibeamten niemals das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit annehmen. In diesen Worten liegt die Lösung für so manchen Rätsel. Gegen die Polizei ist nichts zu machen! Wer mit der Polizei zu tun bekommt, steht schuldig da! Dieses Bewußtsein greift über auch in weiteren Kreisen des Bürgerturns. Man mag auch da seine Erfahrungen.

Die „Arbeiterzeitung“ ruft bei dieser Gelegenheit folgenden Fall in die Erinnerung. Jüngst wurde ein Polizeibeamter zum Wachtmeister befördert. Wegen diese Beförderung erhob ein nationalliberaler Stadtverordneter lebhaften Protest. Er selbst hatte einst mit diesem Wachtmeister Differenzen gehabt, die so weit gingen, daß er gegen den Beamten Strafanzeige erstattete. Aber nicht gegen den Beamten, sondern gegen den jetzigen Stadtverordneten, den Strafantragsteller, wurde vorgegangen! Die Strafanzeige gegen den Beamten bildete die Grundlage zu einer Beamtenbeleidigungssklage. Der Beamte trat nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge auf und der Antragsteller wurde von der Dortmunder Strafkammer zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nun mag der Herr Stadtverordnete sein ängstliches Opfer 4000 M. und nahm sich Justizrat Dr. Sello-Verlin zum Vertreter am Reichsgericht. Dr. Sello erzielte wirklich die Aufhebung des Urteils und die Verweisung der Sache zur Neuverhandlung an das Landgericht Bochum. Das Bochumer Landgericht erkannte denn auch tatsächlich auf Freisprechung. Der Freigesprochene kann von Glück sagen, daß er 4000 Mark opfern konnte, ein armer Teufel hätte die Strafe verbüßen müssen! Der Stadtverordnete brachte nun vor, daß er trotzdem keine Ruhe habe, er werde fortwährend belästigt. Wenn er, der Stadtverordnete, über die Strafe gehe und sich ein Schauspieler ansehe, plötzlich stehe der Beamte hinter ihm und flüstere ihm ein Schimpfwort ins Ohr. Man fragte dem Herrn Stadtverordneten, warum er sich das gefallen lasse und keine Anzeige erstattet habe. Mit Recht konnte er antworten, er habe keine Lust, noch einmal eine Beleidigungssklage zu riskieren und 4000 M. zu opfern. Trotz dieses sehr begründeten Protestes billigte die überwältigende Mehrheit des Kollegiums die Beförderung des Beamten zum Wachtmeister. Wenn so etwas möglich ist, braucht man sich über die Dortmunder Polizei nicht weiter zu wundern!

Genosse Beher wird sich bei diesem Bescheid des Staatsanwalts nicht beruhigen, sondern Beschwerde beim Oberstaatsanwalt erheben.

Opfer der schwarzblauen Steuerpolitik.

Der katholische „Arbeiter“, das Organ des Zentrumsabgeordneten Dr. Fleischer, teilt den Inhalt einer Petition mit, welche die Händlarbeiter in Habelschwerdt an den Reichstanzler gerichtet haben. In dieser Petition wird unter anderem gesagt: „Der Vorstand des katholischen Arbeitervereins hatte unterm 21. Dezember v. J. eine Petition an den Reichstag eingereicht, worin gebeten wurde, den durch das Händlarbeitergesetz vom Jahre 1900 schwer geschädigten Händlarbeiter eine Unterstützung zuzusichern zu lassen. Die Angelegenheit ist dann auch in der 81. Sitzung des Reichstages vom 9. Mai 1910 zur Sprache gebracht und dem Kommissionsantrage entsprechend dem Herrn Reichstanzler zur Berücksichtigung überwiesen worden. In den in der Petition geschilderten Verhältnissen ist leider bis jetzt eine Besserung in keiner Weise eingetreten, weshalb die Not der bezeichneten Arbeiter und Arbeiterinnen einen erschreckenden Umfang angenommen hat. Die Zahl der Arbeiter in der Händlarbeiterunion ist von 159 nunmehr auf 30 reduziert worden; weitere Entlassungen stehen noch bevor. Die bisher beschäftigten Arbeiter haben vom 1. Oktober 1909 bis 15. Juli 1910 nur an vier Tagen in der Woche gearbeitet. Den dadurch herbeigeführten Lohnausfall hat die Firma bisher zur Hälfte ersetzt. Vom 1. August ab fällt auch diese Vergütung fort. Bei Karl Gröbel wurde vom 1. November 1909 bis April 1910 jede Woche fünf Tage gearbeitet, seit April aber nur noch vier Tage. In der Händlarbeiterfabrik „Union Karl Tiege“ wird seit Oktober nur an vier Tagen gearbeitet. Daß diese Arbeiter, deren Lohn ohnehin notdürftig zum Lebensunterhalt ausreichte, mit ihren Familien darben und an Unterernährung leiden müssen, ist eine traurige Tatsache und erheischt baldige Hilfe. Seitens der Arbeiter wird wiederholt darauf hingewiesen, daß den Tabalarbeitern bereits einige Millionen an Unterstützung ausgezahlt worden sind, während die Händlarbeiter der bittersten Not preisgegeben bleiben. Der ergebene unterzeichnete Vorstand des katholischen Arbeitervereins wendet sich daher an Ew. Exzellenz mit der Bitte, baldmöglichst eine Unterstützung für die darbenenden Händlarbeiter gütigst bewilligen zu wollen. Mit Rücksicht auf die bellagenerwertenden Kinder der notleidenden Familien geben wir und der Hoffnung hin, recht bald wenigstens eine vorläufige Unterstützung zu erhalten, um der bittersten Not einigermaßen Rechnung tragen zu können.“

Diese Witschrift schreit zum Himmel. Sie klagt die Konserwativen und das Zentrum an, den ohnehin schlecht entlohnenden Händlarbeitern ihr Brot genommen zu haben. Die Reichsregierung wollte bekanntlich voriges Jahr gar keine Besteuerung der Händlarbeiter, sondern schlug eine Besteuerung der Erbschaften im Betrage von mehr als 20 000 M. vor. Die kleinen Erbschaften wären also unbesteuert geblieben. Aber die Zentrumspartei, die konserwativen Junker und der antisemitisch-christlich-soziale Raddelstempel lehnten die Besteuerung der reichen Erben ab und beschloßen dafür die Besteuerung der Händlarbeiter. Und nun muß selbst das Organ des Zentrumabgeordneten Dr. Fleischer, der am 6. Juli 1909 mit für die Händlarbeiter, aber gegen die Entschädigung der Arbeiter stimmte, zugeben, daß durch diese himmelschreiende Steuerpolitik die ohnehin armen katholischen Händlarbeiter in Habelschwerdt dem Hunger sterben nahegekommen sind.

Wie ein Hohn auf die darbenenden Arbeiter klingt es, wenn der „Arbeiter“ sagt:

„Welche Antwort dem katholischen Arbeiterverein Habelschwerdt auf obige Eingabe geworden ist, ist uns zur Stunde noch nicht bekannt; doch dürfte dieselbe in einem für die Witssteller günstigen Sinne ausfallen, da ja im Reichstages seinerzeit unteres Wissen nicht bloß die Tabalarbeiter, sondern auch die Händlarbeiter in die oben genannten Unterstützungen mit einbezogen worden sind.“

Das ist echter Zentrumsschwindel! Tatsächlich hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag bei dem Steuergelei beantragt, den geschädigten Händlarbeitern Unterstützung zu zahlen. Aber das Zentrum, die Konserwativen und ihr Anhang lehnten die Unterstützung der Hungernden ab! Die sogenannten „Christlichnationalen“ Arbeiterabgeordneten Schiffer, Wehrens, Wiedeberg, Dr. Fleischer, Weder und Genossen stimmten mit den Junkern gegen die Unterstützung! Und das Organ des Abg. Dr. Fleischer, der diese Niederträchtigkeit des Zentrums mitgemacht hat, schämt sich nicht, den darbenenden Arbeitern vorzulügen, daß zu ihrer Unterstützung Mittel bewilligt worden seien!

Eine Meisterleistung der Halleischen Justiz.

Noch immer hat sich die Justiz in Halle mit Sündern von den gewaltigen Wahlrechtsdemonstrationen her zu beschäftigen. Das Reichsgericht hat mehrere Urteile der bekannten Schaubekammer, die alle ihr von der Polizei angeführten Opfer zu harten Gefängnisstrafen verurteilte, zurückgewiesen. Einige dieser vollkommen unverständlichen Urteile sind bereits erneuert worden, denn die Halleischen Richter gehen nicht von ihrer seit Beginn der Wahlrechtsprozesse ausgeübten betriebenen Gepflogenheit ab, sämtliche von den Angeklagten gestellten Entlastungszeugen als der „Rittätereihaft“ verdächtig zu bezeichnen und unvereidigt zu lassen. Dadurch wurde die Verteidigung der Angeklagten völlig illusorisch gemacht.

In der letzten Verhandlung gegen einen Arbeiter unternahm nun der Verteidiger Genosse Dr. Liebnecht einen Vorstoß gegen dieses System, die Verteidigung lahmlegend. Er lehnte den Vorsitzenden der Ferienstrafkammer, Landgerichtsrat Behm, wegen Besorgnis der Befangenheit ab. Herr Behm hat nicht nur bei früheren Urteilen der Schaubekammer mitgewirkt, sondern ist auch Vorsitzender in der Verhandlung gegen mehrere vom Reichsgericht der Strafkammer nochmals zugewiesene Angeklagte gewesen. In dieser Verhandlung ist die Nichtvereidigung der Entlastungszeugen ganz besonders auffällig gewesen, da absolut kein Grund vorlag, ihre Aussagen anders zu werten, als die der Belastungszeugen, die lediglich der Polizei angehörten. Genosse Dr. Liebnecht konstatierte diese Tatsache und erklärte es als seine Pflicht als Verteidiger, den Vorsitzenden abzulehnen, da die Gefahr abermaliger Verurteilung des Angeklagten bestehe, obwohl dessen Sache günstiger liege als alle früheren.

Das Gericht erklärte den Vorsitzenden für nicht befangen. Dieser selbst aber eröffnete dem Genossen Dr. Liebnecht, daß das Gericht beabsichtige, ihn in eine Ordnungstrafe zu nehmen. Er habe in der Begründung seines Antrages dem bezeichneten Gerichtshof den Vorwurf systematischer Erschwerung der Verteidigung und der Rechtsbeugung gemacht. Genosse Liebnecht bestritt den Vorwurf der Rechtsbeugung, er wurde aber trotzdem vom Gericht in die höchste zulässige Ordnungstrafe von 100 M. wegen Ungehörigkeit genommen! Sofort ließ Genosse Liebnecht zu Protokoll nehmen, daß er bestritte, den Vorwurf der Rechtsbeugung erhoben zu haben. Der Vorsitzende gab auch zu, daß dieser Vorwurf nicht gefallen sei, nichtsdestoweniger blieb es bei der erkannten Ungehörigkeitstrafe.

Als nun in die eigentliche Verhandlung eingetreten werden sollte, lehnte Genosse Liebnecht den ganzen Gerichtshof wegen Befangenheit ab, was er folgendermaßen begründete: Das Gericht habe ihn soeben in eine Ordnungstrafe genommen, aus einem Grunde, der ihm die Annahme nahelege, daß dieser Gerichtshof jetzt nicht objektiv urteilen werde. Es sei ihm unterstellt worden, daß er den Vorwurf bewußter Rechtsbeugung habe erheben wollen. Etwas dazwischen zu unterstellen, sei aber stets möglich. Jeder Verteidiger oder Angeklagte, der einen Gerichtsvorsitzenden ablehne, könne danach in eine Ordnungstrafe genommen werden. Denn die Ablehnung müsse begründet werden und in dieser Begründung würden stets Momente zu finden sein, in denen das Gericht die Absicht des Vorwurfs bewußter Rechtsbeugung erblicken könne, wenn es wie jetzt in einer objektiven Charakterisierung die subjektive Beleidigungsabsicht suche. Wenn das Gericht so die Unterscheidung zwischen der objektiven Beweisführung und der subjektiven Willensmeinung des Verteidigers vermissen lasse, sei nicht zu erwarten, daß es in der anstehenden Verhandlung die nötige Objektivität walten werde. Deshalb sei es wegen Befangenheit abzulehnen.

Nunmehr blieb dem Gericht natürlich nichts anderes als Vertagung übrig.

Abgelehnt.

Der Berliner Polizeipräsident hatte bekanntlich ein Strafverfahren gegen Genossen Wehlich, den Redakteur der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ veranlaßt wegen des Abdruckes zweier Gedichte in der Unterhaltungsbeilage; der bekannte Aufreizungsparagraf sollte wieder einmal seine Schuldigkeit tun. Doch der Dortmunder Staatsanwalt hat mit diesem Paragraf wenig Glück gehabt. Zweimal schon wurde Genosse Wehlich unter Anklage gestellt und freigesprochen. Dann erhielt Genosse Umbreit eine gleiche Anklage wegen des Massenliederbuches. Resultat: Freisprechung. Diese Spuren schreden. Zwei Tage nach der verantwortlichen Vernehmung Wehlichs verfügte der Staatsanwalt die Einstellung des Verfahrens.

Der Berliner Polizeipräsident wünschte bekanntlich über den weiteren Verlauf der Angelegenheit unterrichtet zu werden.

Vom Bierkrieg.

Aus der Rheinpfalz wird uns geschrieben: Nach langen Verhandlungen haben die pfälzischen Brauereien wegen des Bierkriegs sich endlich geeinigt. Sie teilen ihren Kunden mit, daß sie den Preis des Liters Bier um 1/2 Pf. höher berechnen und raten den Wirten, ihrerseits um 2 Pf. für das Liter aufzuschlagen. Ob die Bevölkerung der Pfalz sich die Schröpfung ohne weiteres gefallen läßt, bleibt abzuwarten.

Skandalöse Soldatenshänderei!

Wegen Mißhandlung Untergebener standen der Wizefeldwebel Anedel und der Unteroffizier Hantsch vom 102. Infanterieregiment in Gittau vor dem Dresdener Kriegsgericht. Ein besonders brutaler „Soldatenerzieher“ ist Anedel. Am 4. Juni mußten eine Anzahl Soldaten nachgezogen. Außer einigen anstrengenden „Übungen“ mußten die Soldaten an jenem Tage, an dem große Hitze war, auf Befehl Anedels einen viertelständigen Lauffschritt machen. Ohne auch nur einmal die Leute ausruhen zu lassen, ließ er sie fortgesetzt laufen und aufstehen und hinlegen. Da der 4. Juni schon am Vormittag und auch Nachmittag anstrengenden Dienst brachte, waren die Mannschaften ohnehin müde und abgespannt. Dazu kam, daß die zum Nachgezogenen befohlenen Soldaten keine Zeit zum Essen hatten. Hungerig mußten die Soldaten die Anstrengungen ertragen, so daß ein großer Teil der Leute erschöpft und in Schweiß gebadet war und die Soldaten infolge der Schwüle

Gisflagenfälle

erlitten. Bei weiteren 5-6 Mann trat vorübergehendes Unwohlsein und Bewußtlosigkeit ein. Als einem Soldaten während des Lauffschrittes unwohl wurde, sagte Anedel zum Unteroffizier: „Schneuzen Sie den Kerl und wenn er liegen bleibt!“

Mehrere Soldaten mußten 3-4 Wochen im Lazarett zubringen. Der ärztliche Sachverständige gab sein Gutachten dahin ab, daß die Anstrengungen in Verbindung mit der Hitze die Ursache der Gisflagenfälle usw. seien. Auch gegenüber einigen Zivilpersonen hat Anedel seine Brutalität zu erkennen gegeben. Als er nachts mit mehreren Männern auf offener Straße in Differenzen geriet, zog er einfach seinen Säbel und schlug damit auf seinen Gegner ein! Selbst der Anklagevertreter war offen genug, die Handlungsweise Anedels als eine

absichtliche Schänderei

zu bezeichnen, wofür er sechs Monate Gefängnis beantragte. Das Gericht erkannte aber auf —

6 Wochen gelindem Arrest!!

In ähnlich roher Weise ging Hantsch mit seinen Untergebenen um. Einen Soldaten, der seiner Anklage nach etwas nicht gut genug

machte, brüllte er an mit den Worten: „Du verfluchter Stroich, bei nächster Gelegenheit schlag ich Dir ein paar in die Fresse; aber nur unter vier Augen, wenn Du keine Zeugen hast!“ Außerdem erhielt der Soldat mehrere Stöße mit der Faust in den Leib. Obgleich der Mißhandelte beschwor, die Schläge erhalten zu haben, sah das Gericht Mißhandlung nicht für erwiesen an. Es erachtete nur vorchriftswidrige Behandlung als vorliegend und erkannte auf fünf Tage mittleren Arrest!

Solche Urteile sind die trefflichste antimilitaristische Propaganda, die sich denken läßt!

Frankreich.

Verbrecherische Spekulant.

Paris, 24. August. Der Minister des Innern und der Handelsminister hatten heute eine Unterredung und beschloßen, daß, wenn die Untersuchungen über die Preisbewegung gewisser Nahrungsmittel, des Getreides, Zuckers usw., verbrecherische Handlungen bestimmter Spekulanten aufdecken würden, diese Handlungen unerbittlich vor die Gerichte gebracht werden sollen. —

Rußland.

Dubrowins Rasche.

Das Ministerium Stalopin hat in letzter Zeit kein Glück mit seinen „treuesten Mitarbeitern“. Nachdem der frühere Moskauer Stadthauptmann General Reinbold in seiner Verteidigungsschrift hinter die Kulissen des Staatsstreichs hineingeleuchtet, deckt nun der Expräsident des russischen Volksverbandes, Dr. Dubrowin, der wegen seines reaktionären „Radikalismus“ kaltgestellt wurde, den intimen Zusammenhang auf, der zwischen der Regierung und dem Pogromistenverband bestand. In seinem soeben erschienenen Buche: „Wohin führen die Usurpatoren den russischen Volksverband?“ schildert Dubrowin in der gründlichsten Weise, wie die Regierung, um die revolutionäre Bewegung niederzuknüppeln, den Pogromistenverband ins Leben gerufen, wie sie ihn weiter zum Kampf gegen die konstitutionellen Errungenschaften benutzte, ihn als Wahlmacher ins Feld schickte und so weiter. Nach diesen Enthüllungen unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß nicht nur einflussreiche Personen (und in erster Linie der Zar), sondern auch die Regierung den Pogromistenverband regelmäßig subventionierte. In dem Buche wird eingehend dargelegt, wie die Stellung der Regierung zum Volksverband sich in dem Maße änderte, als man von offenen Straßenpogromen zu anderen Kampfmethoden übergehen mußte. Bei Beginn seiner Tätigkeit wurde der Pogromistenverband von der Regierung mit Freuden begrüßt, aber nach dem Staatsstreich vom 18. Juni 1907 sank er in der Gunst seiner Auftraggeber, denen er bei der in der dritten Duma eingeleiteten konstitutionellen Komodie nur hinderlich war. Dubrowin erhielt eine „Entschädigung“ von 20 000 Rubel und dem Generalrat wurde eine monatliche Unterstützung versprochen, wenn Dubrowin von dem Posten eines Vorsitzenden zurücktreten würde. Die Bedingungen wurden nach einigem Zögern angenommen; Dubrowin wurde entfernt, und die „Schmiergelder“, die die Regierung lieferte, gelangten in die Hände des früheren Vizepräsidenten des Verbandes, Kurischewitsch. Der Volksverband erhielt nun den Auftrag, die Wahlen für die dritte Duma zu machen. Kurischewitsch versandte ein Scheinzirkular an die Verbandsfilialen mit dem Befehl, die Oktrobristen bei den Wahlen zu unterstützen! Nachdem die Lehren, „mit Hilfe von Geld und der Beamten“, die Mehrheit in der Duma erlangt, erhielten die Oktrobristen, die für die Duma gewählt wurden, die Unterstützung der Regierung in ihren persönlichen Angelegenheiten!

Mit herzerzitternder Offenheit ist hier dargelegt, was sich hinter den Kulissen der Konterrevolution abspielte hat. Neu ist vor allem die dokumentarische Bestätigung, daß die Oktrobristenpartei mit Hilfe der von der Regierung geschickten Pogromhelden in die Duma gewählt wurden, um dort vor der öffentlichen Meinung Europas in ihrem konstitutionellen Wettlermantel zu paradien. —

Eine neue Gelegenheit für Diebe.

Petersburg, 24. August. Zum Zwecke schnelligster Wiederherstellung der russischen Flotte und bestmöglicher Organisation des Schiffbaues ist ein allhöchster Befehl erlassen worden, daß die Mitglieder des Reichsrats, die Generale Adzeberg und Adziger und der Geheimrat Dmitrijev, die wirtschaftliche und administrative Tätigkeit der Hauptverwaltung des Schiffbaues und die Lieferungen für die Kronwerften und Häfen zu prüfen und ihr Gutachten über Maßregeln zur Erreichung der genannten Ziele in kürzester Frist der allerhöchsten Sanktion zu unterbreiten haben. —

Soziales.

Unterföhlung von Invalidenversicherungsbeiträgen.

Der Inhaber einer lithographischen Anstalt, Albert Kulak, Landsberger Allee 126, hat den bei ihm beschäftigten Gehilfen Me Beiträge zur Alters- und Invalidenversicherung zwar regelmäßig vom Lohn abgezogen, hat aber seit Jahren keine Marken geliefert. Bei denen, die nur vorübergehend im Kulak'schen Betriebe arbeiteten, ließ sich diese Manipulation allerdings nicht durchführen, da sie ja bei der Entlassung ihre Karte mit den ordnungsmäßig gelieferten Marken ausgehändigt erhalten mußten. Den Arbeitern aber, die jahrelang bei Kulak beschäftigt waren und nie nach ihren Karten fragten, ging über die Verwendung der ihnen abgezogenen Beiträge erst ein Licht auf, als sie die Arbeitsstelle wechselten. Ein junger Mann, der bei Kulak gelernt und nach Beendigung der Lehrzeit noch mehrere Jahre bei Kulak gearbeitet hat, bekam, als er vor einiger Zeit aufhörte, seine Invalidenkarte nicht ausgehändigt. Angeblich, weil sie nicht zu finden war. In Wirklichkeit aber hatte Kulak noch nie eine Marke für diesen jungen Mann geliefert, obgleich er ihm seit seinem 16. Lebensjahre fünf Jahre lang die Beiträge regelmäßig abgezogen hat. Es stellte sich nun heraus, daß Kulak, der 10, zeitweise bis 20 Gehilfen beschäftigte, sich innerhalb der letzten fünf Jahre in mehreren Fällen des gleichen Vergehens schuldig gemacht hat. Die Folge war eine Anklage gegen Kulak, die am Donnerstag vor der 6. Ferienkammer verhandelt wurde.

Der Staatsanwalt bezichtigte die Handlungsweise des Angeklagten, der den vorstehend geschilderten Tatbestand zugab, mit Recht als eine verwerfliche Bereicherung an den, den Arbeitern abgezogenen Beträgen und beantragte wegen der Beitragsunterföhlung eine Gefängnisstrafe von drei Wochen, sowie eine Geldstrafe von 80 M. wegen Verhöhnung der Cultusorgane.

Das Gericht beurteilte die unkonterten Manipulationen des Angeklagten aber sehr milde. Es schenkte den Versicherungen Kulak's, daß er nur aus Not gehandelt habe und bereit sei, die Beiträge nachzugeben, Mitleid und erkannte deshalb für beide Straftaten zusammen auf eine Geldstrafe von 50 M. eventuell 5 Tage Haft.

Die „Kostage“ wird Herrn Kulak wohl nicht hindern, die 50 M. Rasse zu zahlen, damit er sie nicht abgeben braucht. Eine andere Frage ist es, ob sich die „Kostage“ nicht wieder einstellt, wenn ihn die geschädigten Arbeiter an seine vor Gericht abgegebene Versicherung, die Marken nachzugeben, erinnern werden.

Gewerkchaftliches.

Vom Kampf auf den Seeschiffwerften.

Die Situation in Hamburg hat sich in den letzten Tagen infolgedessen verändert, als im Städtekomplex Hamburg-Altona-Dittensen 300 Arbeiter in Landbetrieben die Arbeit eingestellt haben. Diese Arbeiter wollen sich nicht dazu mißbrauchen lassen, durch Anfertigung von Arbeiten für die Werften den streikenden Werftarbeitern in den Rücken zu fallen.

Auf den Werften sind nur Leute in „gehobenen“ Stellen beschäftigt, um mühsam einige notwendige Reparaturen schlecht auszuführen, während alle größeren Arbeiten, ganz abgesehen von den Neubauten, gänzlich ruhen.

In der Scharfmacherpresse schreibt man sich die Finger wund, um die Löhne der Werftarbeiter recht hoch erscheinen zu lassen, wie überhaupt bei Lohnbewegungen in Hamburg der Lohnlistenstempel immer in üppigster Blüte steht. Die „Hamb. Nachrichten“ berichten breitfüßig über eine Seefahrt nach Helgoland, die Metallarbeiter der Norddeutschen Armaturenfabrik in Bremen unternommen haben, obwohl sie sich im Streik befinden. Allerdings gibt das edle Blatt zu, daß diese Ausfahrt vor dem Streik beschlossen worden war. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ jongliert mit den „Durchschnittsverdiensten“ der Arbeiter von sechs Hamburger Seeschiffwerften, die in Verufe geordnet, von 1237 bis 1882 Mark verdient haben sollen. Nur zwei Kategorien — Dreher und Maschinenflosser — haben inklusive aller Afford. und Nordarbeit etwas über 1800 M. verdient; wenn die Angaben dieses Blattes richtig sind, während die anderen Kategorien weit unter diesem „Durchschnitt“ stehen. Vor wenigen Tagen hieß es noch, die Arbeiter hätten 1800 bis 2000 M. verdient. Jetzt muß also selbst das sonst immer mit Schminke arbeitende Organ der Arbeitgeber zugeben, daß die Löhne bedeutend niedriger sind.

„Die Welt will betrogen sein.“ Ein verstorbener Hamburger Großhändler hat einmal mit jüdischer Offenheit erklärt, daß man aus Eins Behn machen müsse, weil die Welt betrogen sein wolle. Dieses Motto schwebt auch den an der Wasserfront maßgebenden Herren und deren Angestellten vor. Nicht man die Elaborate dieser „Prominenten“, so leuchtet daraus hervor, daß Schiffahrt und Schiffbau immer schlecht prosperiert haben. Als die Amerikaline 12 Proz. und darüber an Entbehrungslohn an die Couponschneider aussetzte, hieß es, sie könne keine höheren Löhne zahlen, „von wegen der schlechten Konjunktur“.

Eine schlechte Konjunktur soll im deutschen Schiffbau herrschen. Im Geschäftsbericht der Firma Blohm u. Voß, der größten Hamburger Werft, wird behauptet, daß im Jahre 1909 der Betrieb nur „mit großen Opfern aufrechterhalten worden sei“. Ja, die Kapitalisten haben große Opfer gebracht, denn sie erhielten „nur“ — 6 Proz. Dividende für das letzte Jahr. So sehen die „Opfer“ aus. Außer dem großen Turbinenkreuzer „von der Lamm“ ist nur das Schulschiff „Prinzessin Sibel Friedrich“ zur Ablieferung gelangt. Und trotzdem dieser „Entbehrungslohn“! Nun sind die Ablieferungsfristen sehr verschieden, weil die großen Schiffe nicht in einem Baujahr fertiggestellt werden können und oft die Bauzeit bis zu zwei Jahren beträgt. In dem einen Jahre werden doppelt so viele Schiffe abgeliefert als in einem anderen, ohne daß von einer besseren Konjunktur gesprochen werden kann, weil eben viele Aufträge zusammen zur Ablieferung kommen. Jetzt hat die Firma Blohm u. Voß viele Aufträge; außer drei großen Turbinenkreuzern für die Marine sind drei große Passagier- und Frachtdampfer und zwei große Segler im Bau, zusammen also acht große Schiffe. Ferner liegt eine Bestellung auf einen großen Dampfer für die Amerikaline vor, ganz abgesehen von den Reparaturen, „die nicht einmal die Unkosten decken“, wie es im Bericht heißt. Diese Gesellschaft klagt auch über die große Fluktuation unter den Arbeitern; der Gesamtumsatz betrage 17 887 Personen! Weshalb dieser riesige Arbeiterwechsel zu verzeichnen ist, unterläßt der Bericht anzugeben. Aus Uebermut haben die Arbeiter sicher nicht den Arbeitsplan verlassen. Auf keinem Arbeitsplan Hamburgs ist der Arbeiterwechsel so groß wie auf diesem. Den Ursachen kommt die Gesellschaft nicht auf die Spur. Wir kennen Unternehmungen in der Metallbranche Hamburgs, wo ein Platzwechsel zu den Seltenheiten gehört.

Ein Arbeiter berichtet im „Hamb. Fremdenblatt“ (er gehört also zu den „guten“ Arbeitern), daß sein Verdienst nur 1480 M. betragen habe. „Hätten die Arbeiter 1800 M. und darüber verdient, so wäre sicher nicht gestreikt worden.“ Dieser Logik vermag sich auch das freisinnige „Hamb. Fremdenblatt“, das beide Seiten zu Worte kommen läßt und, wie immer in solchen Fragen, hin- und herpendelt, nicht zu entziehen.

Es schreibt zu den beiderseitigen Feststellungen: „Diese Lohnfeststellungen aus Arbeiter- wie aus Arbeitgeberkreisen sind an sich ja wertvoll; aber wir möchten wieder hervorheben, daß eigentlich nur ein unparteiischer Schiedsmann, dem genügende Grundlagen zur Verfügung stehen, ein Urteil abgeben kann über die Berechtigung der Arbeiterforderungen und über den Standpunkt der Unternehmer.“

Die Arbeiter scheuen einen solchen „Unparteiischen“ nicht.

Berlin und Umgegend.

Die Läden- und Kontortischler

nahmen am Donnerstag Stellung zur Tariffrage. Drose referierte über die Verschleppungstaktik der Unternehmer bei den Tarifverhandlungen. Nach aller Voraussicht werden die Verhandlungen scheitern, da eine Einigung mit den Arbeitgebern nicht zu erzielen ist. Diese wollen den bestehenden Gesamtkariffür die genannte Branche nicht anerkennen, da sie die Läden- und Kontortischler nicht auf die gleiche Stufe mit den übrigen Tischlern stellen wollen. Wie der Referent an verschiedenen Beispielen zeigte, sind die Unternehmer bestrebt, die Entscheidung in dieser Angelegenheit nach Möglichkeit zu verschleppen, da sie erst die nötige Arbeit fertigstellen möchten. Es sind sogar Mitglieder in der Schlichtungskommission der Unternehmer, die heute noch nicht die vor sechs Jahren tariflich festgesetzten Löhne zahlen. So z. B. zahlte der Stadtverordnete Brunglow noch vor vier Wochen 50 Pf. pro Stunde, und erst jetzt hat er 2 Pf. zugelegt.

In der Diskussion vertrat die Redner energisch den Standpunkt, daß dahin gewirkt werden müsse, daß der Generaltariff auch für die Ladenbranche Geltung erhalte. Wenn die Meister mit ihrer schlechten Lage ihre Tarifbrüche begründen, so mögen die Meister einmal dafür sorgen, daß die weitverbreitete Schmutzkonkurrenz beseitigt werde. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen:

„Der Haupttariff ist den Unternehmern am nächsten Sonnabend zwecks Annahme vorzulegen, anderenfalls am Montag der Streik proklamiert wird.“

Am Sonntag vormittag 10 Uhr findet eine Versammlung im „Englischen Garten“ statt.

Deutsches Reich.

Differenzen im Holzgewerbe.

In Siegenhals sind 120 Tischler in den Streik getreten. Die Unternehmer weigern sich, eine fünfprozentige Lohnerhöhung und die 58stündige Arbeitszeit zu bewilligen. Einen diesbezüglichen Tarif wollen die Unternehmer nicht anerkennen.

In Rattowik O.-S. haben die Holzarbeiter ihre Kündigung eingereicht. Sie verlangen einen Tarif, wie er für die übrigen Städte des Industriereviere bereits besteht. Die Verhandlungen auf gütige Erledigung der Streitigkeiten scheiterten an dem starken Widerstand der Unternehmer. Es steht daher ein langer, hartnäckiger Kampf bevor.

Sicherheitsmännerwahlen im Ruhrbecken.

Am 27. und 29. August finden im Ruhrbecken die Wahlen der Sicherheitsmänner statt. Am 17. September folgen die allgemeinen Knappschaftswahlen. Die letzteren sind insofern von größerer Bedeutung, als die Ruhrbergleute den Knappschaftswahlen ein größeres Interesse entgegenbringen als den Sicherheitsmännerwahlen. Auch wird bei den Wahlen der Sicherheitsmänner nicht das Kräfteverhältnis der Organisationen der Bergleute, die um die Mandate ringen, zum Vorschein kommen. Erstens sind Ausländer nicht wahlberechtigt, zweitens können nur solche Bergleute die Sicherheitsmänner wählen, die mindestens ein Jahr auf der Grube, für die die Wahl getätigt wird, beschäftigt gewesen sind. Das hat bei dem ungeheuren Belegschaftswechsel eine große Wirkung. Dahingegen rufen die Knappschaftswahlen alle aktiven Bergleute über 21 Jahre auf den Plan. Hier wird sich also zeigen, wer die Bergarbeitermassen hinter sich hat, der Verband oder die übrigen Organisationen bzw. die Zechen. Muß das Sicherheitsmännergesetz erst ausprobiert werden, weil das Gesetz selbst erst neu ist und ihm die Bergarbeiter mit größtem Mißtrauen entgegensehen, so weiß man die Bedeutung der Knappschaftswahlen sehr wohl zu würdigen. Es ist darum gut, wenn die Öffentlichkeit in erster Linie zur Beurteilung der Stimmung der Bergarbeiter wie des Stärkeverhältnisses der Verbände die Knappschaftswahlen im Auge behält. Selbstverständlich wird ein sehr großer Teil, wenn nicht der größte Teil der Sicherheitsmänner dem Verbande zuzufallen. — Interessant ist, daß für die Wahlenwahlen das feinerzeit vom „Vorwärts“ angekündigte Kompromiß zwischen dem christlichen Gewerksverein und den Zechen zustande gekommen ist! Die Quittung hierfür werden die Ruhrbergleute dem christlichen Gewerksverein am 17. September geben. Wir kommen auf die Wahlen noch zurück.

Ausland.

Die Organisation der Bäcker Englands beschloß auf ihrem soeben abgehaltenen Verbandstage, in eine Bewegung für die 48stündige Arbeitswoche einzutreten und zu diesem Zwecke auch die zahlreichen Arbeiterinnen im Bäckereigewerbe zu organisieren. — Die Urabstimmung der auf den Werften beschäftigten Arbeiter ergab eine große Mehrheit für das unbedingte Festhalten an der verlangten Lohnerhöhung. Neue Verhandlungen der beiderseitigen Organisationsvertreter waren bisher erfolglos. — In London traten die Tagelöhner in einen partiellen Streik ein, um Lohnerhöhung zu erwirken. Da die Bierbrenner und Rotordroschensführer noch in besonderen Gewerkschaften organisiert sind, verfuhr die Unternehmer, allerdings vergebens, die beiden Gewerkschaften gegeneinander auszuspielen. Da jetzt die Reisezeit in Betracht kommt, hoffen die Arbeiter auf baldigen Sieg.

Die große Aussperrung der Textilarbeiter in Enschede (Holland) hat mit einem vollen Erfolge geendet. Die Absicht der Unternehmer, ihren Arbeitern das Koalitionsrecht zu rauben, die sie um so leichter durchsetzen zu können glaubten, als die Arbeiter in eine ganze Reihe freier, anarchischer und konfessioneller Organisationen zerstückelt sind, ist gründlich vereitelt worden. Nicht nur mußten die Unternehmer mit den Organisationen direkt Frieden schließen und diese dadurch anerkennen, sondern auch alle Aussperrten wieder einstecken und eine Reihe wichtiger Zugeständnisse machen.

In Bohain (Frankreich) streiken 500 Arbeiter der mechanischen Webereien, um eine ihnen von den Unternehmern aufgezwungene neue Arbeitsordnung abzuwehren. — In mehreren Städten sind Streiks der Wagenbauer ausgebrochen, die Abschaffung der Stückarbeit, des Zwischenmeisterstystems und des Kost- und Logiszwanges, weiter einen wöchentlichen Ruhetag, zehnstündigen Arbeitstag, Stellung des Werkzeugs durch den Unternehmer usw., verlangen. In Saumer streiken die Arbeiter der Rohwareindustrie, deren jetzige Löhne zwischen 2,50 Franc und 4 Franc schwanken. — 670 Steinhauer und Arbeiter in den Werksstätten der Pariser Kirnhöfe wurden infolge eines kleinen Streiks ausgesperrt.

Der Streik der Bergarbeiter im Staate Illinois dauert ununterbrochen fort. Der Verbandsgeneralvorstand war mit den Bergwerksbesitzern eine Einigung eingegangen, die aber von den beteiligten Mitgliedern glatt verworfen wurde. Zunächst wurden die betreffende Abstimmung vom Zentralvorstande für ungültig erklärt, dann auch die Unterstützung fast abgeschnitten, so daß die Streikenden jetzt einen Aufruf um Hilfe an die Gesamtarbeiterschaft erlassen mußten. Um den Widerstand der Bergarbeiter Illinois dennoch zu brechen, beruft der Zentralvorstand ihrer Organisation jetzt einen außerordentlichen Verbandstag ein, der darüber entscheiden soll, ob die vom Zentralvorstand mit der Organisation der Bergwerksbesitzer getroffenen Vereinbarungen von den Bergarbeitern des Staates Illinois ohne weiteres akzeptiert werden müssen. Die letzteren verlangen ihrerseits für den Rücktritt des Zentralvorstandes. Von den 72 000 Beteiligten arbeiten rund 30 000 zu neuen Bedingungen. — Nach 14tägigem Streik kehrten 3000 Eisenbahner der Grand Trunk siegreich an ihre Arbeit zurück. Sie verlangten Gleichstellung in der Lohnfrage mit besser zahlenden Linien, was eine Lohnerhöhung von 18—30 Proz. bedeutete. Ihre Forderungen wurden jetzt glatt bewilligt. — In New York ist der alljährliche Streik der Friseur, die Anerkennung der Gewerkschaft und Lohnerhöhung verlangt, ausgebrochen. — In Sandford, Me., erhielten rund 4000 Arbeiter des Papier-Trustes nach hartnäckigem Streik 6 und 7 Proz. Lohnerhöhung anstelle der anfangs verlangten 5 Proz. — Der Streik der New Yorker Mäntelmacher dauert ununterbrochen fort. Bisher haben 600 Unternehmer die Arbeiterforderungen bewilligt. Mit den anderen war eine Einigung nicht zu erzielen. Sie wollen vor allen Dingen von einer Anerkennung der Organisation nichts wissen. — Seit einer Woche befinden sich auch 18 000 Schneider in New York im Streik um Lohnerhöhung. — 3000 Lokomotivführer bei 62 Eisenbahngesellschaften sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Arbeiter verfügen über eine starke Organisation.

Soziales.

Knappschaftsberufsgenossenschaft. Die Zahl der versicherten Personen betrug im Jahre 1909 818 989, etwa 20 000 mehr als im Vorjahre. Die von den Versicherten bezogene Lohnsumme betrug 1084 Millionen Mark oder pro Kopf 1323,87 M. gegen 1309,28 im Vorjahre. Die Verwaltungskosten berechneten sich auf 2,7 Proz., die Kosten der Unfalluntersuchungen, die Schieds-

gerichte- und Unfallverhütungskosten usw. zu 8,4 Proz. der Jahresumlage. Auf einen Versicherten entfallen 88,98 M. und auf 1000 M. Lohnsumme 29,44 M. Unfallkosten. Die Zahl der zur Anmeldung gelangten Unfälle hat verhältnismäßig mehr wie die Zahl der versicherten Personen zugenommen, dagegen sind die entschädigungspflichtigen Unfälle etwas zurückgegangen. Zur Anmeldung gelangten 109 489 Unfälle, von denen 12 621 oder 15,41 auf 1000 Versicherte gegen 16,03 im Vorjahre entschädigungspflichtig waren. Tödtlich verunglückten 1748 Personen gegen 2051 im Vorjahre. Die höhere Ziffer hat ihre Ursache im Raddauungsunfall. Durch die Gefährlichkeit des Betriebes entstanden 66,60 Unfälle, durch Mängel des Betriebes 1,07 Proz., durch die Schuld der Mitarbeiter 3,54 und durch Schuld der Verletzten selbst 28,79 Proz. Der Dienstag und Sonnabend weisen die meisten Unfälle auf, die geringste Zahl entfällt auf den Montag. Beim Reichsversicherungsamt wurden im Berichtsjahre 2711 Melisur neu eingelegt, davon entfallen auf die Verletzten 2380, auf die Berufsgenossenschaft 331. Von den 2474 Entscheidungen fielen 2001 oder 80,99 Proz. zugunsten der Berufsgenossenschaft und 473 oder 19,07 Proz. der Verletzten aus.

Nach dem Buchstaben des Gesetzes. Vor dem Nürnberger Schöffengericht stand eine gedrehte 64jährige Frau. Sie hatte auf dem Eisenwerk Tafel im Schutt gewickelt und aus dem Schutt und Urat die weggeworfenen Eisenteile herausgefischt, um für den Erlös daraus ihren und ihres kranken Mannes Hunger zu stillen. Gegen den Strafbefehl von 10 M., den sie deswegen erhielt, hatte sie Einspruch erhoben. Der Richter bringt in sie, sie möge den Einspruch zurückziehen, sie sei wegen Schuttwählens schon oft vorbestraft, es müsse nach dem Gesetz bei der Strafe bleiben und durch die Verhandlung entstünden nur neue Kosten. Die geschwundene Alte bittet aber weiter, man möge sie doch freisprechen. Es nimmt sie niemand zur Arbeit, ihr Mann sei krank, Armenunterstützung bekomme sie nicht und der Hunger tut so weh, meine hohen Herren. Schließlich wird verhandelt. Es ist dem Richter sichtlich unangenehm, über die alte Frau Recht sprechen zu müssen. Der Amtsanwalt führt aus: es bestehen nun einmal die ortspolizeilichen Vorschriften, nach denen es verboten ist, im Schutt zu wühlen. Diese Maßregel ist aus hygienischen Gründen geboten, da durch das Herumarbeiten im Schutt allerlei Krankheiten verbreitet werden können. Obwohl nun die in dem Schutt Wühlenden in erster Linie selbst gefährdet sind, kann es doch nicht geduldet werden. Der Amtsanwalt beantragt die geringste zulässige Strafe von 1 M. oder 1 Tag Haft, und das Urteil lautet demgemäß. Mit guten Ermahnungen, das Schuttwühlen nun endlich zu lassen, wird die Alte entlassen. „Ich will's probieren“, meint sie.

Versammlungen.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter. Die Filiale Berlin des Schneiderverbandes hielt am Dienstag im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung ab, in der der Bericht vom Verbandstage in Hamburg auf der Tagesordnung stand. Runge schilderte den Verlauf der Verhandlungen und die Beschlüsse des Verbandstages im allgemeinen, worauf Knop besonders über die Lehrlingsfrage berichtete. Es entwickelte sich dann eine sehr rege Diskussion. Im großen und ganzen war man mit den Ergebnissen des Verbandstages einverstanden, wenn auch an einzelnen Punkten Kritik geübt wurde. Einzelne Redner waren der Auffassung, daß die Forderung der Betriebswerkstätten nicht scharf genug hervorgehoben worden sei.

Die Versammlung hatte sodann vier unbesoldete Mitglieder in den Hauptvorstand zu wählen; gewählt wurden Haase, Hansmann, Eder und Alde. — Schließlich berichtete Runge über den Streik bei der Firma Jodexklub, unter den Linden. Diese Firma wollte für ihre Tagelöhner, denen sie bis dahin Wochenlöhne gezahlt hatte, das Stundenlohnsystem einführen und hatte erklärt, wer nicht damit einverstanden sei, der werde entlassen. Man gewährte den Tagelöhnern Bedenkzeit bis zum Freitagabend der vorherigen Woche, verlangte dann jedoch schon im Laufe des Tages, daß sie eine bindende Erklärung abgeben sollten. Als die Firma damit keinen Erfolg hatte, infizierte sie gleich in den Zeitungen, um anderen Tages neue Leute einzustellen. Die gesamte Arbeiterschaft der Firma erklärte sich jedoch mit den Tagelöhnern solidarisch und legte die Arbeit nieder. Inzwischen hat sich auch schon der Arbeitgeberverband mit der Angelegenheit beschäftigt, aber statt anzuerkennen, daß die Firma nicht willkürlich und zwangsweise die Arbeitsbedingungen verändern darf, erklärt der Arbeitgeberverband, daß die Firma in dieser Hinsicht tun könne, was sie wolle, und daß die Arbeitsniederlegung als ein Tarifbruch anzusehen sei. Die Arbeitnehmer sind jedoch der Meinung, daß der Tarifbruch auf Seiten der Firma liegt. Ebenfalls wie die Arbeiter plötzlich bei einer tarifstreuen Firma die Arbeit niederlegen dürfen, um etwa statt bestehender Stundenlöhne Wochenlöhne einzuführen, kann es einem Arbeitgeber gestattet sein, durch Entlassungen die Einführung des Stundenlohnsystems erzwingen zu wollen. Gält die Firma diese Veränderung des Arbeitsverhältnisses für unbedingt notwendig, so bleibt ihr kein anderer Weg übrig, als der der friedlichen Vereinbarung. — Die Mitgliederversammlung erklärte sich mit dem Vorgehen bei der Firma Jodexklub durchaus einverstanden und ermächtigte die Ortsverwaltung, in dieser Angelegenheit weiterhin die geeigneten Schritte zu tun. Lediglich hat die Arbeiterschaft der Firma beschlossen, das Einigungsamt des Gewerbegerichts zur Entscheidung der Streitfrage anzurufen.

Letzte Nachrichten.

Verhafteter Luftmörder.

Essen-Ruhr, 25. August. (W. S.) Der Arbeiter Julius Bisbar, der am 18. August in der Nachbargemeinde Vorbeck an einem 9jährigen Knaben einen Luftmord beging, wurde heute Nachmittag in Herbesthal bei dem Versuch, die belgische Grenze zu überschreiten, verhaftet.

Folgenschwere Explosion.

Chalon-sur-Saone, 25. August. (W. L. W.) In Pantanges ist die Lokomotive einer Dreschmaschine explodiert. Zwei Arbeiter wurden getötet und acht verwundet.

Maßnahmen gegen die Cholera.

Rom, 25. August. (W. L. W.) Im heutigen Ministerrat wurde beschlossen, 900 000 Lire zur Linderung der Not in den von der Cholera heimgesuchten Bezirken zu bewilligen.

Rom, 25. August. (W. L. W.) In den letzten 24 Stunden sind in Trinitapoli zwei Erkrankungen und unter den an den Vortagen Erkrankten ein Todesfall an Cholera festgestellt worden, in Margherita di Savoia drei Erkrankungen und drei Todesfälle (davon einer unter den an den Vortagen Erkrankten), in Andria sechs Erkrankungen und unter den an den Vortagen Erkrankten zwei Todesfälle, in Barietta drei Erkrankungen und fünf Todesfälle (davon vier unter den an den Vortagen Erkrankten), in Canossa di Puglia ein Todesfall. In allen anderen Gemeinden der Provinzen Bari und Foggia ereignete sich kein neuer Fall. Das Gerücht über einen Fall in Avezzano entbehrt der Begründung. Aus allen anderen Teilen des Königreiches kommen beruhigende Nachrichten.

Zum Offenburger Parteitag.

Die Verhandlungen des Offenburger Parteitages und insbesondere die nichtachtende Art und Weise in der über die Auffassung der überwältigenden Majorität der Gesamtpartei auf dem badischen Parteitag gerade auch von den verantwortlichen Genossen hinweggegangen ist...

Es wird keinen Parteigenossen im Lande geben, der gegen uns den begründeten Vorwurf zu erheben vermöchte, wir hätten gegenüber dem Verhalten unserer badischen Landtagsfraktion nicht die größte Objektivität gewahrt. Wir hielten die Zurückhaltung in der Budgetaffäre als eine im Interesse der Partei gelegene Pflicht...

Wie immer aber die Stellung des Einzelnen zum Nürnberger Beschluß in Württemberg sein mag, die Parteieinheit und die Parteidisziplin dürfte für die württembergischen Parteigenossen das Leitmotiv bei der Entscheidung über die derzeitige Parteipolitik sein.

Die Situation wird auch sicherlich nicht dadurch verbessert, daß die „Nürnberger Volksstimme“ die Ausführungen unseres Frankfurter Parteiblattes in folgender Weise beantwortet:

Der Parteitag hat damit ungewollt ausgesprochen, daß wenn auch in der Form, ein Disziplinbruch vorliegen mag, dieser Disziplinbruch durch die politischen Notwendigkeiten geboten und in ihnen begründet war, daß die Fraktion also unter dem Zwang der Verhältnisse zu der Entscheidung kam, die sie getroffen hat...

„Unverantwortliche Fälschung“, „politische Brandstiftung“, diese ungeheuerlichen Vorwürfe werden einem Genossen ins Gesicht geschleudert, von dem die „Schwäb. Tagw.“ mit Recht sagt, daß „sein Urteil um so größeres Gewicht verdient, als er stets für die süddeutschen politischen Vorgänge ein großes Verständnis behauptet und auch in der badischen Affäre mit vornehmer Ruhe und Sachlichkeit seinen abweichenden Standpunkt begründete.“

In demselben Artikel, in dem Genosse Quard so beschimpft wird, heißt es zum Schluß:

Wenn dieser Streit, der ein Streit um sachliche Differenzen ist, bis zum Magdeburger Parteitag und auf dem Parteitag selbst sachlich geführt wird, so dürfen wir badischen Sozialdemokraten wohl auch hoffen, daß es uns gelingt, den Parteigenossen nördlich des Rheins den Beweis zu liefern, wie ungerechtfertigt es war, uns als mutwillige Zerstörer der Parteieinheit zu brandmarken...

Wir müssen gestehen, dies Gemisch von Angriffen und Friedensbetuerungen wird so lange das Mißtrauen, das die Taten und Worte der badischen Parlamentarier bei

so vielen und ganz unberechtigten Parteigenossen erweckt haben, nicht verschwinden, als nicht in Baden endlich erklärt wird, daß der deutsche Parteitag die höchste Instanz auch für alle Landtagsfraktionen darstellt und daß es selbstverständlich ist, daß sich seinen Beschlüssen alle Parteigenossen zu fügen haben.

7. Internationaler Transportarbeiter-Kongreß.

Kopenhagen, 24. August.

Die Sitzung wird kurz nach 9 Uhr eröffnet. Den Vorsitz führt Lindbly (Schweden). In der Diskussion über den Bericht des Zentralrats wird fortgefahren. Wilson (England) wundert sich darüber, daß er von Jochade keine Antwort auf die an ihn gestellte Frage bezüglich der geplanten Gründung einer internationalen Seemannsorganisation erhalten habe.

Jochade erklärt, wenn Wilson sich durch seinen Brief gekränkt fühle, so sei er daran nicht schuld. Wilson forderte in einem Zirkular zur Beschickung eines besonderen Seemannskongresses auf. Das gab uns Veranlassung, dagegen einzuschreiten, da der Kongreß einberufen war.

Van der Bergh (Holland), Vertreter der Hafenarbeiter, wendet sich gegen die Stellungnahme der I. T. A. bei der Gründung der neuen Landeszentrale der Gewerkschaften in Holland. Jochade habe die Organisation der Hafenarbeiter, die der I. T. A. angeschlossen war, zu nötigen versucht, sich der neuen Zentrale anzuschließen, indem er erklärt habe, daß sie sonst keine Unterstützung während des Streiks erhalte.

La Guennec (Frankreich), Vertreter der Eisenbahner, entschuldigt die ungenügende Berichterstattung seiner Organisation an die I. T. A. mit den inneren Schwierigkeiten der Organisation. Die von ihm vertretene Organisation nehme bekanntlich eine etwas andere Stellung in der Organisationsfrage ein, als die Mehrheit der hier vertretenen Organisationen.

Orbell (England), Vertreter der Hafenarbeiter, meint, daß eine der wichtigsten Fragen, die den Kongreß beschäftigen, die Organisation der Seeleute sei. Viel könnte in bezug auf die soziale Befreiung geschehen. Die Organisationen müßten sich gegenseitig durch den internationalen Sekretär informieren, um geeignete Maßnahmen treffen zu können für die Schöpfung einer internationalen Unfallversicherung für die Seeleute.

O'Connor (Amerika) dankt dem Sekretär für seine Tätigkeit. Im übrigen sei er der Meinung, daß die Frage, ob die Seeleute das Recht hätten, eine internationale Organisation zu gründen, nicht von Jochade und auch nicht von dem internationalen Transportarbeiterkongreß entschieden werden könne.

Branconi (Italien), Vertreter der Eisenbahner tritt für den von Remiseg gestellten Antrag ein, der verlangt, daß die Berichte und Publikationen der I. T. A. auch in italienischer Sprache erscheinen sollen. Er beantragt hierzu eine Resolution.

Heykoop (Holland) erklärte im Namen des Allgemeinen Verbandes der holländischen Hafen- und Transportarbeiter, daß der vom Vertreter des Scheep en Vooibewerfersbond, van der Bergh, gegen Jochade gerichtete Vorwurf, dieser habe versucht, in den Kampf zwischen den beiden Organisationen aus Anlaß des Rotterdam

schon viel beschäftigt hat. Die Franzosen haben für diesen Vorgang das eigene Wort Eurnationale geprägt. Der natürliche Schluß scheint zu sein, daß der Körper eines Ertrunkenen, der auf dem Boden eines Gewässers niedergegangen ist, mit der Zeit leichter wird und dann von selbst wieder aufliegt. Dies Thema, dessen Erörterung für ein zartes Gemüt freilich nichts Einzigeles hat, ist jetzt von Antonin Rouit in einer Doktorarbeit der Universität Montpellier ausführlich behandelt worden.

Notizen.

Theaterchronik. Hans Riese beginnt im Berliner Theater am 1. September ihr für einen Monat berechnetes Gastspiel in der Operette „Das Musikantenmädchen“.

Der Zug vom Theater zum Variete. Die Kunst wird in allem von Tag zu Tag kapitalistischer. Die Schauspieler machen es schließlich auch nicht anders als die Dichter, Direktoren und all die anderen. Die hohen Sagen loden. Rudolf Schildkraut, eine der starken, einseitigen Kräfte des Berliner Deutschen Theaters, der sein pantomimisches Talent oft genug bewies, wird jetzt Weltstar.

Aus den Museen. Die Münchener Glyptothek (die Sammlung plastischer Kunstwerke) erwarb für 180 000 Mark eine altgriechische Apollstatue. Sie ist noch ganz in der steifen Haltung der ältesten (archaischen) griechischen Kunst und stellt wahrscheinlich ursprünglich eine Grabfigur dar.

Kleines feuilleton.

Die Blatzzeit. Im August ist für das „edle Wildweib“ die Zeit des Wachtens auf den Rehbod, wohl eine der barbarischsten Methoden, durch die der Jäger das Wild zur Strecke bringt. Der „edle Nimrod“ hat dabei nicht die geringste Anstrengung zu leisten, durch falsche Lockstoffe täuscht er den Vögel, bis ihm dieser von selbst vor die Klinte läuft.

Im beschaulichen Frankfurt kann der Jäger harren und das Tier täuschen. Daß ihm der Vorkost gelingt, dafür bietet die durch die Industrie hergestellte Vordrüse schon eine Gewähr. Heute verjagt jeder großhändlerische Harzner, der sonst den Rehbod nur aus dem zoologischen Garten kannte, das edle Jagdgewerbe.

Über auch die sogenannten fürstlichen Jäger aus den Kreisen der hohen und allerhöchsten Herrschaften läßt bekanntlich die Jagd in einer Weise aus, die ungelährt an die Helidentat erinnert, die der berühmte Kaiser Karl beging, als er mehrere Tausend gefangener Sachsen niederzulegen ließ. Durch zahlreiche Treiber wird das Wild direkt in einen Kreis eingeschlossen und seine Durchlaucht oder Heiligkeit haben nun weiter nichts zu tun als immer ein Stück nach dem andern niederzuschießen.

des Fürsten Pleh ein Gedenkstein errichtet, auf dem zu lesen stand, daß an dieser Stelle Seine Majestät der deutsche Kaiser „seine fünfzigtausendste Kreatur“ erlegt habe.

Die ältesten „starrten Systeme“. Der Plan, Luftschiffe aus vollkommen starrer Masse zu bauen, ist nicht neu. Schon im 17. Jahrhundert tauchten phantastische Projekte auf, luftleer gemachte Kupferkugeln als Tragkörper des Luftschiffes zu machen. Etwas Ähnliches wollte zu Beginn des 19. Jahrhunderts Precht. Es sollte in einen lufternen Ballon mit Leichtenversteifungen, der mit Wasserstoffgas gefüllt wird ein zweiter dehnbarer, mit atmosphärischer Luft aufgeblasener Ballon — also ein Vorkäuser des Vakuumetts — hineingelegt werden.

Das Aufstehen Ertrunkenen. Unter den vielen Unglücksfällen, durch die sich dieser Sommer ausgezeichnet hat, sind auch zahlreiche Opfer des Wassers zu nennen gewesen. Dabei kommt es immer wieder vor, daß nach der Leiche eines Ertrunkenen lange gesucht werden muß. Es ist aber selten, daß das Wasser einen menschlichen Körper für immer behält, es sei denn, daß er in ein tiefes Meer verfunken war.

Streiks von 1907 einzugehen und die syndikalistische Organisation zum Anstoß an den R. W. S. (zentralistischer allgemeiner Gewerkschaftsbund) gewissermaßen zu zwingen, unbegründet sei. Jochade und der Zentralrat haben sich durchaus neutral verhalten. Andererseits (Dänemark) hält die Frage der nationalen Organisation der Seeleute für die wichtigste, die den Kongress beschäftigt. Die internationale Organisation sei nötig, um Streikbrecher fernzuhalten, und überhaupt um die Interessen der Seeleute genügend vertreten zu können.

Für eine (Nordamerika) erklärt, daß die Meinung, die Seeleute der Vereinigten Staaten hätten die Absicht, die J. L. S. zu sprengen, falsch sei. Der Plan einer internationalen Organisation der Seeleute entspringe dem Wunsch, eine größere Stärkung der Organisation herbeizuführen. Es sollen nationale Organisationen sein, die miteinander in Verbindung stehen und gemeinsam ihre Interessen vertreten. Das sieht den Interessen der J. L. S. nicht entgegen. Daß die Beiträge an die J. L. S. nicht bezahlt worden sind, habe mit dieser Sache nichts zu tun. Er wünsche, daß es möglich sein wird, hier eine Verständigung herbeizuführen. Sollte der Kongress der Meinung sein, die Gründung der internationalen Organisation der Seeleute stehe im Widerspruch mit den Interessen der J. L. S., dann bliebe den Seeleuten nichts anderes übrig, als aus der J. L. S. auszutreten.

In seinem Schlusswort erklärt Jochade-Verlin, daß er sich alle Mühe gegeben habe, allen an ihn gelangten Wünschen gerecht zu werden. Was den italienischen Antrag betrifft, so ist es eine Frage der Finanzierung. Die Uebersetzungen und Druckkosten verursachen uns sehr hohe Ausgaben. Wenn aber die Eisenbahner bereit sind, denselben Beitrag an die J. L. S. zu zahlen, wie die übrigen angeschlossenen Organisationen, also anstatt 4 Pf. 6 Pf. zu zahlen, dann könne der Zentralrat die Frage in Erwägung ziehen. Bislang verweigern wir, den Wünschen der Organisationen entgegenzukommen, indem wir den Wochenbericht schon in fünf Sprachen herausgaben. Bezüglich der Frage des Kollegen van der Berg habe er zu bemerken, daß es nicht angängig sei, in die inneren Organisationsangelegenheiten eines Landes hineinzureden. Die Streitigkeiten müssen die Organisationen selbst auskämpfen. Die R. W. S. sei die anerkannte Landesorganisation der holländischen Gewerkschaften und deshalb wünsche er, daß sich die von van der Berg betreute Organisation dort anschießen solle. Der Bericht konnte leider nicht früher erscheinen. Die Fragebogen sind früh genug versandt worden, leider bekamen wir die Berichte der Organisationen nicht rechtzeitig. Es ist sehr zu wünschen, daß die nationalen Organisationen sich einer präziseren Berichterstattung befleißigen, dann wird es auch und möglich sein, in Zukunft den an uns gestellten Anforderungen besser Rechnung zu tragen.

Damit ist die Diskussion geschlossen. Brunner-Verlin beantragt im Namen der Revisoren, dem Sekretär Decharge zu erteilen. Der Antrag wird angenommen.

Es folgt das Referat von Paul Müller-Verlin über „Die Aktionen der Unternehmerverbände“.

Die Frage, die uns jetzt beschäftigt, beschäftigt bereits den internationalen Transportarbeiterkongress in Wien. Es handelt sich nicht darum, das, was auf dem Kongress in Wien beschlossen wurde, heute zu erneuern, neue Resolutionen zu fassen und schöne Reden zu halten, sondern es ist unsere Aufgabe, Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, sich der seit Wien veränderten Lage anzupassen. Es haben sich in der letzten Zeit Dinge ereignet, die uns veranlassen, die Frage erneut zu prüfen. Es ist vorweg festzustellen, daß die Unternehmer in der letzten Zeit planmäßig und in der brutalsten Weise sich gegen unsere Organisationen wenden. Im Augenblick, wo sie sich weniger in der Abwehr befinden, rüsten die Unternehmer zum Angriff. In allen Ländern haben sie Versuche gemacht, mit Hilfe der Gesetzgebung die Organisationen der Arbeiter zu vernichten. Das ist ihnen mit einer einzigen Ausnahme — bei den Eisenbahnern in Holland — nicht gelungen. Sie versuchen ihre Ziel auf andere Weise zu erreichen, und zwar auf ökonomischem Gebiet. Wir sind deshalb verpflichtet, die Aktionen der Unternehmer genau zu verfolgen und sie zu studieren, um daraus zu lernen. Sie haben zuerst von uns gelernt. Wir können das tun, ohne Preisgabe unserer Grundsätze. Seit dem Jahre 1906 sind die Unternehmer des Transportgewerbes daran, ihre Organisationen auszubauen und sich zu rüsten. Sie haben die Krise benutzt zur Einrichtung strenger Organisationen. Sie wählen die Organisationen in der verschiedensten Form. Die Kräfte, Minge, Syndikate sind nicht nur im kommerziellen Interesse geschaffen, sondern sie dienen ganz besonders dem Kampf gegen unsere Forderungen und unsere Organisationen. Wir haben also unser Augenmerk nicht nur auf die Shipping Federation zu richten, sondern auf alle Organisationen der Unternehmer. Nicht nur Berufsorganisationen sind heute die Organisationen der Unternehmer, sie gehen schon dazu über, gemischte Organisationen zu schaffen, die alle Berufe des Transportgewerbes, Handel und Gewerbe umfassen, national wie international. Es ist auch falsch, zu glauben, daß die Interessengegenstände der Unternehmer einem gemeinsamen Kampf gegen uns entgegenstehen. So scharf auch der Konkurrenzkampf unter ihnen ist, in der Bekämpfung unserer Bestrebungen und unserer Organisationen sind sie sich stets einig. Auch die Organe der Staaten werden von den Unternehmern gegen uns mobil gemacht, und der Staat selbst macht da, wo er als Unternehmer auftritt, gemeinsame Sache mit den Privatunternehmern. Die Gerichte und deren Rechtsprechung, Behörden und die Presse, alles steht heute im Dienst des Unternehmertums, und sogar die Kirche wird in den Dienst desselben zu stellen gesucht. Der Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiter ist ein Naturkampf. Und gerade sind jetzt die Unternehmer im Transportgewerbe besonders nervös gegen uns. Es besteht kein Zweifel, daß die wirtschaftliche Krise überwinden ist, das Transportgewerbe befindet sich in Stadium eines wirtschaftlichen Aufschwungs, und da ist es unsere Pflicht, unsere Forderungen geltend zu machen. Mit der Rücksichtslosigkeit, mit der die Unternehmer besonders in England und Deutschland unsere Bestrebungen bekämpfen, forcieren sie den Kampf um die Lösung der ökonomischen Lage der Arbeiterklasse, forcieren sie den Klassenkampf. Daß diese Erscheinung sich gerade im Transportgewerbe bemerkbar macht, liegt in der Eigenart des Gewerbes. Wir sind auf diesem Kongress verpflichtet, uns zu orientieren über den Stand unserer Organisationen. Nicht zuletzt führt sich das Unternehmertum auf die Schwäche der Organisationen der Arbeiter. Ich weiß, daß es nun manchem unter uns nicht angenehm sein wird, was ich hier ausspreche. Das soll mich aber nicht hindern, zu sagen, was nötig ist. Ich scheue nicht die Öffentlichkeit. In keinem anderen Gewerbe hat in den letzten Jahren eine solche technische Revolution sich vollzogen wie im Transportgewerbe, und seit 1908 hat sich die Situation für uns sehr verschoben. Was hat nun zu geschehen, wie können wir unsere Kämpfe in der Zukunft erfolgreich gestalten? Worte haben keinen Zweck mehr. Ein Hauptverdienst ist eine strenge Organisation auf nationaler wie auf internationaler Grundlage und eine strenge Disziplin. Ferner müssen wir uns mit guten Kampfmethoden versehen. In allen Ländern fehlt es auch an der intellektuellen Erziehung der Massen. Unsere ist leider in dieser Beziehung noch sehr lückenhaft. In England besonders ist erforderlich die Schaffung einer gewerkschaftlichen Presse.

In dem Augenblick, da wir die Disziplin verlassen, begehen wir uns der besten Waffe gegen die Unternehmer.

Wir haben Gewicht darauf zu legen, daß wir uns als Transportarbeiter fühlen. Nicht Eisenbahner, nicht Seeleute, sondern Transportarbeiter. Keine konfessionellen oder Klassenunterschiede dürfen uns trennen. Im Kampf muß auch eine hinreichende Klugheit Platz greifen. Vor allem zu verhüten ist eine Zerstückelung unserer Kräfte. Wie die Aktion von den Seeleuten in England eingeleitet wurde, muß entschieden verurteilt werden. Die bürgerliche Presse wurde mit Nachrichten über einen bevorstehenden Streik versehen. Resolutionen wurden beschlossen, doch die Organisationen waren nicht über die Pläne Wilsons und seiner Freunde unterrichtet. Ein solches Verhalten muß jeden Rest von Ansehen einer Organisation vernichten. Die Situation ist ernst und unsere Ziele groß und schön. Nicht auf Augenblickserfolge, sondern auf die endgültige Entscheidung im Kampf haben wir hinzuwirken. Unsere Feinde sind mächtig und wohl auf ihrer Hut. Weshalb hat Wilson nicht die Organisationen von seinen Plänen unterrichtet,

bevor er die Welt mit den Streiknachrichten in Aufregung versetzte? Wir hätten uns verständigen können. War es nicht in diesem Jahre möglich, dann im nächsten. Eine Resolution zu beschließen, erscheint überflüssig. Wir müssen die Massen zusammenführen und sie nicht zerstückeln.

Ben Tillet (England) ist überrascht von dem Referat des Genossen Müller. Er vermisst darin die Angabe von Tatsachen. Das Referat sei in einem Tone gehalten worden, wie er auf Kongressen nicht üblich ist. Nicht welche Organisation die beste sei, wäre zu untersuchen. Die Rede Müllers sei für eine Volksversammlung, wo es sich darum handle, die Massen anzufeuern, aber nicht für einen Kongress, wo durch Angabe von Tatsachen sich die Vertreter der Organisationen gegenseitig unterstützen sollen. Nur in dem Sinne er dem Referenten zu, daß es nötig gewesen wäre und in jedem Falle nötig ist, die Organisationen von geplanten Aktionen rechtzeitig zu unterrichten.

Westphal (England) wendet sich gegen Müller, der mit seinen Artikeln im „Seemann“ den englischen Seeleuten großen Schaden zugefügt habe.

In längerer Rede wendet sich Wilson (England) entschieden gegen Müller. Er ist der Meinung, daß niemals die Einigkeit der Transportarbeiter mehr erforderlich gewesen sei, als jetzt. Müller habe dazu nicht beigetragen. Dagegen habe er selbst nichts unternommen, was verurteilt werden könnte. Wenn Müller ihn so belämpfe, so finde er den Grund nur darin, daß Müller Sozialdemokrat sei und Wilson nicht. Er stehe seit 21 Jahren im Kampfe und, ohne Müller zuzuhilfen zu treten, müsse er doch sagen, daß, was Paul Müller für die Organisation getan habe, stehe in keinem Vergleich zu seinen Leistungen im Kampfe gegen die Unternehmer. Paul Müller sei nicht der Mann, Ratsschläge hinsichtlich des Kampfes zu erteilen. Müller habe versucht, den Genossen Jochade über die Verhältnisse in England aufzuklären. Jochade sei ein Gentleman in jeder Beziehung, mit ihm sei zu arbeiten. Was seine Reise nach Amerika betreffe, so sei diese im Interesse der Organisation erfolgt. Er habe in kurzer Zeit über 2000 Mitglieder gewonnen. Das konnte nicht geschehen, wenn er in Liverpool geblieben wäre. Die Seeleute warten auf den Kampf. Die Verhältnisse seien günstig, ihn zu beginnen. Was Müller geschrieben habe, lasse den Glauben aufkommen, als hätten nur geheime Konferenzen stattgefunden, die gegen die J. L. S. komplottierten. Müller hat nicht gehandelt, wie er als Gewerkschaftsführer hätte handeln müssen. Was zu geschehen habe, sei, daß der internationalen Shipping Federation belämpft werden müsse. Zum Kampf sei auch Geld nötig. Wenn man jedoch warten wolle, bis genügend Geld vorhanden sei, dann könne man noch 1000 Jahre warten. Eine strenge Organisation sei die Hauptsache, und die Seeleute fangen an, den Wert der Organisation zu erkennen. Er betone nochmals, daß er nichts getan habe, was das Vorgehen des Genossen Müller gegen ihn betreffen konnte.

Schluss 6 Uhr.

Generalversammlung des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Gewerbe.

Hamburg, 24. August.

Nachmittags-Sitzung.

In der weiteren Debatte über den Geschäftsbericht wurde von einem Redner die Haltung des Verbandsorgans zur Reichsleiter und zur Budgetbewilligung kritisiert. Redakteur Barthel erwidert, daß er hinsichtlich der Reichsleiter die Ansicht vertritt, daß sie hochgehalten werden müsse, daß sie aber auch in anderer Form als durch Arbeitsruhe begangen werden könne, da diese in vielen Fällen eine schädigende Wirkung auf die Gewerkschaften hervorgerufen habe. In der Frage der Budgetbewilligung gingen die Meinungen auseinander. Er habe im Blatte zum Ausdruck gebracht, daß dadurch die Einheit der Partei nicht in Frage gestellt werden dürfe. Redakteur Hansen von der technischen Zeitschrift „Graphische Rundschau“ erklärt, daß er sich die Aufhebung der Zeitschrift stets angelegen sein lassen werde.

Von den vorliegenden Anträgen wurden einige zurückgezogen, andere abgelehnt.

Dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen wird der Antrag: „Die „Graphische Presse“ ist mehr mit lehrenden Artikeln auszugestatten.“

Zur Annahme gelangt der Antrag: „Im Inseratenteil der „Graphischen Presse“ dürfen nur Anzeigen aufgenommen werden, die im Zusammenhang mit dem fachlichen Interesse stehen.“

Beschlossen wird, daß die Extrasteuer nur für ein Jahr erhoben werden darf.

Ueber die Stellungnahme zu den Gewerkschaftskongressen referiert Hickmann-Dresden. Er skizziert kurz die Verhältnisse des Hamburger Gewerkschaftskongresses und vertritt die Ansicht, daß bei größeren Ausperrungen, bei denen die Generalkommission ein Eingreifen für nötig hält, eine wöchentliche Kopfsteuer für sämtliche organisierte Arbeiter ausgeschrieben werden müsse. Der Hamburger Kongress habe zwar einen ähnlichen Antrag abgelehnt, aber es müsse eine Regelung in diesem Sinne erfolgen.

Im Anschluß hieran referiert Müller-Verlin über die Reichsversicherungsordnung. Er erhebt um die Annahme einer Resolution, welche vom Reichstage erwartet, daß die Arbeiterversicherung im Sinne der Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses ausgestaltet werde, und welche gegen die geplante Einrichtung der Selbstverwaltung energisch Protest einlegt.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Die zu den Gewerkschaftskongressen vorliegenden Anträge werden dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Ferner gelangt dieser Antrag zur Annahme: „Der Verband hat die ihm zustehenden Vertretungsrechte auf den Gewerkschaftskongressen in bezug auf die Zahl der Vertreter voll auszunutzen. Bei der Wahl der Vertreter sind neben dem Vorsitzenden und Redakteur des Verbandes auch befähigte Kollegen aus den Kreisen der Mitglieder zu berücksichtigen. Die Wahl erfolgt nicht durch die Generalversammlung, sondern direkt durch die Mitglieder des Verbandes. Zu diesem Zwecke sind, entsprechend der zu entsendenden Zahl der Vertreter, Wahlkreise einzurichten.“

Ueber den internationalen Kongress der Lithographen, Steindrucker usw. in Amsterdam referiert Sillier. Der vor drei Jahren in Kopenhagen stattgefundenen internationalen Kongress der Berufsleute haben den Sitz des internationalen Sekretariats nach Deutschland verlegt. Als Sekretär fungierte er, als Kassierer Draß und als Schriftführer Barthel. Redner schildert eingehend die Bedeutung dieser Kongresse und erhebt, daß neben den Sekretariatsmitgliedern drei andere Berufsleute nach Amsterdam entsandt werden. Redner greift das internationale Streikbrechertum und behauptet, daß Deutsche als Streikbrecher nach Österreich gegangen sind.

Mühlberger-Wien bestätigt, daß jedes Land ein Streikbrecherkontingent stelle. Den Deutschen könne man daher keinen besonderen Vorwurf machen, weil eben auch österreichische Streikbrecher, die er nur als Lumpen bezeichnen könne, über die Grenze gingen.

Neben den Sekretariatsmitgliedern Sillier und Draß sollen drei weitere Delegierte nach Amsterdam geschickt werden.

Die Wahl fällt auf J. H. Verlin, P. Barthel-Verlin und P. Kaufmann-Köln.

Die Anträge auf Anstellung von Baubeamten in Sächsischland rufen eine lebhafte Debatte hervor, worauf sie mit großer Mehrheit abgelehnt werden.

Am Donnerstag findet keine Sitzung statt, da die Delegierten zu einer Dampferfahrt nach Lügden eingeladen sind.

Aus der Partei.

Das Wunderkräutlein. Unter diesem Titel schreibt die „Frankf. Volksst.“: „Im Runde unseres Genossen Dr. David und in seiner Verteidigung der Radener auf der heftigen Landeskonferenz ist die Budgetbewilligung für uns Sozialdemokraten zu einem Wunder-

kräutlein geworden, mit dem wir überall in den Parlamenten die Türe zum politischen Fortschritt öffnen und unsere Gegner matt setzen. Weit über den badischen Fall hinaus sieht er die Möglichkeit kommen, mit der Budgetbewilligung die geschlossenen Reihen unserer bürgerlichen und juristischen Gegner zu sprengen.“ Wir genehmigen an Stelle der reaktionärsten bürgerlichen Partei dem Klassenhaß die Mittel, die er zum Fortbestehen braucht; dann haben wir einen staatsmännlichen Meisterstreich gemacht, die bürgerlichen Parteien getrennt, die Reaktion ausgeschaltet und eine Nachstellung im Klassenstaate erobert, von der aus wir „Schritt für Schritt“ „ohne Fliegen und Springen“ immer weiter vordringen werden. Und solcher politischer Proletarier haben auf der heftigen Landeskonferenz im proletarischen Kampfe ergraute Männer ruhig zugehört und dann für die Davidische Resolution gestimmt, die über den ganzen badischen Vorgang mit bezeichnendem Schweigen hinweggeht, als wäre es gar nicht in der Welt, und sich auf die formale Forderung der Freigabe der Budgetabstimmung beschränkt, obgleich doch ihr Urheber vorher mit der gleichen Virtuosität, wie er politisch zauberte, nachgewiesen hatte, daß der Rührer des Budgets nicht einmal der badischer Budgetbewilligung entgegenstehe. Wozu dann die Aufhebung? Wir halten bekanntlich auch die Rührer Resolution schon seit ihrer Geburt nicht für der Weisheit letzten Schluß. Aber solche logische Kurzschlüsse, wie David, sollte ein Genosse nicht schlagen, der die Dinge kennt. Der gleichzeitige Verlauf des badischen Parteitag hat ja auch gezeigt, wie sehr sich die badischen Genossen bewußt waren, gegen den Parteibeschluß zu handeln.

Die Wunderkraft, welche Genosse Dr. David der Budgetbewilligung durch die Sozialdemokratie für die freigeitliche Entwicklung der deutschen Verhältnisse zuschreibt, ist zunächst schon deshalb eine Phantasie, weil wir in Deutschland gar keine bürgerlichen Parteien mehr haben, die jemals ernstlich an die Budgetverweigerung dächten und an deren Stelle wir uns deshalb als Budgetbewilliger setzen könnten. Weder in dem alten Gothaer Fall, wo unsere dortigen Genossen durch ihre Zustimmung zum Staatshaushalt ebenfalls einen fortgeschrittenen Minister vor dem Sturz bewahren wollten, noch in der neuesten badischen Affäre, wo es wohl dazu gekommen, daß die Reaktionen wirklich gegen die Regierung und ihren Finanzabstich stimmten. Sie sind ja durch ihr Klasseninteresse viel zu eng an die Regierung gebunden und zu stark bemüht, diese nicht aus ihren Fängen zu lassen, als daß sie es darauf ankommen ließen, das Tischstuch zwischen sich und ihren Regierungsbedienten zu zerreißen. Man braucht nur daran zu denken, was alles schon aus den Geheimverhandlungen der Großindustriellen über ihren Geheimverkehr mit den Ministern bekannt geworden ist, um den Gedanken einfaß grotesk zu finden, daß selbst politisch linksstehende Kapitalisten einer deutschen Regierung das Budget verweigern könnten. ... Die Budgetverweigerung ist eben für bürgerliche Parteien in Deutschland, und geschweige denn für reaktionäre, längst als Waffe aus der politischen Kustammer ausgeschieden, seitdem die preussischen Liberalen in den sechziger Jahren den letzten lahmten Anlauf gegen Bismarck genommen und nachher desto gründlicher nachgegeben haben. Und deshalb schwebt jede Spekulation völlig in der Luft, die auf solches Verlangen bürgerlicher Parteien rechnen und die Sozialdemokratie dorthin zur Budgetbewilligung führen will, wo dann angeblich irgend ein politischer Fortschritt zu erzielen wäre.

Nein — wo wir in Deutschland jetzt oder zukünftig einer Regierung das Budget bewilligen, bewilligen wir es in der Regel mit einer bürgerlichen Partei zusammen, die neben der Regierung ihre Hauptstütze dabei findet. Wir werden dann lediglich ausgespielt und benutzt in dem parlamentarischen Kampfe um Macht und Einfluß, den die Regierungen und die bürgerlichen Parteien untereinander führen. Wir helfen in Baden das Zentrum mattsetzen, damit sich der Nationalliberalismus satt essen kann, und was für uns abfällt, ist sehr mager, wie der praktische Fall zeigt. Wir sichern uns durch die Teilnahme an solchen Handlungen aber nicht einmal die freigeitliche Entwicklung, denn wir schaffen ja keine Gewähr für ein konstitutionelles Regime. Im Gegenteil, wir erleichtern sogar der Regierungsbürokratie und dem Junkertum das bewährte Wanderrad, das in der Auspielung der Bürger- und der Arbeiterklasse gegeneinander besteht und das schon so alt ist, als es diese Klassen gibt und als sie sich zum höheren Ruhme des herrschenden Feudalismus gerade in Deutschland haben mitzubringen lassen. Wäher glauben wir immer, es gehöre zu den Ruhemitteln der Sozialdemokratie, daß sie neben die alten bestehenden Parteien eine neue Klassenorganisation der unbefriedigten Arbeit gestellt habe, die ihren Weg abseits von der Geschäftsgemeinschaft der ausbeutenden Klassen gehen und durch ihre Stärke und Reinheit dem ganzen politischen Leben allmählich gesündere Grundlagen geben werde. Jetzt werden wir belehrt, daß in der Teilnahme an den Tauschgeschäften zwischen Bürgertum und Regierung die neueste politische Weisheit und das Wunderrezept der allmählichen Erlösung für die kämpfende Arbeiterklasse bestehen solle. Als wenn eine soziale Klasse jemals dadurch gewinnen könnte, daß sie ihrem Gegner, wenn auch nur zeitweise und nur unter gewissen Bedingungen, die ihm aber offenbar nicht mehr tun, wirtschaftliche und politische Nachmittel in die Hand gibt, die er ganz sicher vorläufig gegen den Geber und Bewilliger ausnützt!

Die Empfehlung politischer Wunderkräutlein, wie sie auf der heftigen Landeskonferenz mit Erfolg versucht worden ist, kann nur zur Verwirrung, nicht zur Klärung unserer Meinungsverhältnisse in der Budgetfrage beitragen. Offenlich führt der gesunde Klasseninstinkt die Arbeiter wieder aus dem Rebellparlamentarischer Geschäftshuberei heraus und zurück zur klaren sozialistischen Gesellschaftstellung gegen die bürgerliche Gesellschaft.“

Pommerischer Parteitag.

Im Stettin tagte am Sonntag und Montag der Parteitag der Pommergenossen.

Es hatten Delegierte entsandt die Wahlkreise Anklam-Demmin 8, Uckerände-Bollin 8, Randow-Greifenhagen 23, Stettin 13, Grylls-Saatzig 2, Rangard-Regenwalde 2, Greifswald-Rammeln 3, Stolp-Lauenburg 8, Kolberg-Röhlen 2, Völsow-Schlade-Nummelsburg 3, Belgard-Dramburg-Schivelbein 2, Reustettin 3, Stralsund-Rügen 2 und Greifswald-Grümmen 3. Der Parteivorstand war durch den Genossen W. Pfannkuch-Verlin vertreten. Redaktion und Geschäftsführer des „Volksboten“ sowie die Preßkommission waren durch ein Mitglied, die Kontrollkommission durch ihre vier, die Agitationskommission durch ihre neun Mitglieder vertreten. Zur Teilnahme sind außerdem noch erschienen Genossen S. Kagenstein-Charlottenburg und G. Schmidt-Verlin als Referenten sowie die Genossen Crispian-Panzig als Parteisekretär für Westpreußen, Woyenhardt-Neubrandenburg als Geleiter des Landarbeiterverbandes und A. Körsten-Verlin als Reichstagskandidat für Randow-Greifenhagen.

Den Bericht der Agitationskommission erstattete Gen. Horn-Stettin. Er konnte eine zwar langsame, aber nicht ganz unerhebliche Zunahme der organisierten Massen feststellen. In den Kreisen Stettin und Randow-Greifenhagen sind 2014 Neuaufnahmen erzielt worden, in den übrigen übergroßartig ländlichen Kreisen 574. Es folgte eine eingehende Debatte über Organisation und Agitation. Zum Punkt „Presse“ wurde beschlossen, daß die männlichen Mitglieder der Kreisvereine einen Jahresbeitrag von 80 Pf. für den Preßfonds aufzubringen haben. Ueber den Magdeburger Parteitag referierte Genosse Kagenstein, der zur badischen Budgetbewilligung folgende Resolution vorlegte:

Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei der Provinz Pommern verurteilt die den Parteigrundlagen und Parteitage beschließen widerstreitende Bewilligung des Staatsbudgets durch die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtages. Er pro-

testiert aufs Schärfste gegen die Beteiligung an hiesigen Kundgebungen, als Verletzung der republikanischen Grundanschauung und der Würde der Partei.

Der Parteitag erwartet, daß der deutsche Parteitag es ausspricht, daß durch Wiederholung solcher Vorgänge die betreffenden Genossen sich außerhalb der Partei stellen.

Bei der Verhandlung über den preussischen Wahlrechtskampf sprach sich der Parteitag für die vorläufige Beibehaltung der bisherigen Taktik aus, für die Anwendung des Waffenstreiks seien die Verhältnisse noch nicht reif.

Reichstagskandidatur im dritten Berliner Wahlkreise.

Zu unserem gestrigen Bericht über die Versammlung des dritten Berliner Wahlkreises, worin über die Reichstagskandidatur beschloffen wurde, teilt uns der Vorsitzende der Versammlung, Genosse Böhl, mit, daß er nicht gelangt habe, am selben Tage, wo der „Vorwärts“ mitteilte, daß Heine als Kandidat in Dessau aufgestellt sei, habe er (Böhl) einen Brief vom Genossen Heine erhalten, worin dieser erklärte, daß er eine Kandidatur im dritten Kreise nicht mehr annehme. Dieser Entschluß des Genossen Heine war den Funktionären des Kreises schon lange vorher bekannt. In dem Briefe, der am Tage nach der Proklamierung des Mandatens für Dessau beim Genossen Böhl einlief, teilte Genosse Heine mit, daß er die Kandidatur in Dessau angenommen habe.

Kreisversammlungen.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins des Wahlkreises Gießen nahm zum Vorgehen der badischen Landtagsfraktion einstimmig die folgende Resolution an:

„Die heutige Kreisgeneralversammlung des 4. elf-löth. Reichstagswahlkreises gibt ihrem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck, daß die Mehrheit der badischen Landtagsfraktion einen großen Disziplinbruch durch die Zustimmung zum Budget verübt und außerdem einen in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie unerhörten Verstoß gegen die allbekanntesten demokratischen Grundsätze, die uns stets die Richtlinien für unser Handeln gaben, beging, indem sie sich an monarchistischen Ergebenheitskundgebungen beteiligte. Die Kreisgeneralversammlung erwartet, daß der Magdeburger Parteitag die großen taktischen und grundsätzlichen Verstöße der Mehrheit der badischen Landtagsfraktion ganz entschieden verurteilt und entsprechende Maßnahmen trifft, die derartige kleinbürgerliche Handlungen von Parteigenossen in verantwortungsvollen Stellungen für die Folge unmöglich machen.“

Ebenfalls einstimmig nahm die Generalversammlung nach längerer Diskussion, in welcher der Vorsitzende der Landesorganisation, Genosse Peirotes-Strahburg, seinen entgegengegangenen Standpunkt persönlich verteidigt, einen Antrag des Genossen Kühn-Geweller an, der die auf der Landeskonferenz vom 17. Juli d. J. zur Ostfrage angenommenen, Mehrheitsresolution als programm- und grundsatzwidrig ablehnt und der Erwartung Ausdruck gibt, daß der Magdeburger Parteitag, der sich infolge eines Antrages des Wahlkreises Wülhausen damit befassen soll, diese Resolution ganz entschieden mißbilligt.

In der Generalversammlung des Wahlvereins Hannover, die sich über zwei Tage erstreckte, wurde nach sehr eingehender Debatte folgende Resolution angenommen:

„Die Generalversammlung des Wahlvereins für den achten hannoverschen Wahlkreis verurteilt auf das Schärfste die Budgetbewilligung durch die badische Landtagsfraktion als einen Akt der Disziplinlosigkeit, welcher geeignet ist, die Geschlossenheit der deutschen Sozialdemokratie zu erschüttern.“

Die Versammlung ist auch der Ansicht, daß die Hofgänger mit der Bestimmung eines Sozialdemokraten unvereinbar ist. Ebenfalls erklärt sich die Generalversammlung mit der Fassung des „Vollwillens“ in dieser Frage durchaus nicht einverstanden.

Der Parteitag in Magdeburg möge deshalb alle Mittel anwenden, die geeignet sind, seinen Beschüssen und den Anschauungen der großen Mehrheit der Parteigenossen Geltung zu verschaffen.“

Auf der Generalversammlung des dritten württembergischen Wahlkreises (Heilbronn-Redarsulm) waren 22 Orte durch 60 Delegierte vertreten. Die Zahl der Ortsvereine beträgt jetzt 23, die Mitgliederzahl stieg von 1000 auf 1892, weibliche Mitglieder sind 166 da. Die Einnahmen betrugen 4589,88 M., die Ausgaben 4110,56 M. Die Abwesenheitszahl des Redar-Echo befindet sich in stetigem Aufsteigen. Zur badischen Affäre wurde eine die Budgetbewilligung und Hofgänger verurteilende Resolution eingebracht und von zwei Rednern begründet, angenommen wurde jedoch mit großer Mehrheit die Resolution des Landtagsabgeordneten Feuerstein:

„Die Generalversammlung des 3. württembergischen Reichstagswahlkreises lehnt es ab, über die Frage der Budgetbewilligung in Baden ein Urteil abzugeben, da die Frage der einzelstaatlichen Budgetbewilligung als eine taktische, von den jeweiligen politischen Verhältnissen der einzelnen Bundesstaaten abhängig, aufzufassen ist und daher logischerweise auch nur zur Kompetenz der einzelnen parteigenösslichen Landesorganisationen gehört. Die Generalversammlung hält aus gleichem Grunde die Aufhebung der in Frage kommenden Beschlüsse des Lübecker und Rürnberger Parteitages für durchaus notwendig; insbesondere auch deshalb, weil dieselben durch ihre Unzumutbarkeit die agitatorische Tätigkeit der Partei wie deren politischen Erfolge in Frage stellen.“

Die Kreisgenossen zum badischen Disziplinbruch.

Auf der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Kiel, über die wir im allgemeinen berichtet haben, wurde bei der Besprechung der badischen Affäre auf Antrag des Genossen Schöner beschlossen, wegen der vorgehenden Zeit sich nur mit dem Disziplinbruch der badischen Genossen und nicht mit der prinzipiellen Frage der Budgetbewilligung zu beschäftigen. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die Generalversammlung des Zentralvereins für den 7. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis erachtet die Zustimmung der Mehrheit der badischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion zum Budget und beabsichtigte Hofgänger als eine bewusste Nichtachtung der Parteitagbeschlüsse. Die Generalversammlung verurteilt daher entschieden diesen Angriff auf die organisatorische Einheit unserer Partei.“

Er fordert vom Parteitag in Magdeburg, daß er der Parteidisziplin, zu der jeder Parteigenosse verpflichtet ist, ohne jede Rücksicht auf die Person Geltung verschafft.“

Genosse Karl Legien gab zu der Angelegenheit diese Erklärung ab:

Der Resolution stimme ich zu, trotzdem meine Auffassung noch weiter geht. Ich würde dem Vorschlage zustimmen, die Badenfer auszuschließen. Der Rürnberger Beschluß ist gefaßt. Die Badenfer haben dagegen gehandelt und sich damit außerhalb der Partei gestellt. Zu dieser Auffassung bin ich aus rein organisatorischen Gründen gekommen. Die Einheit der Partei muß hochgehalten werden. Deshalb müssen auch Parteitagbeschlüsse innegehalten werden, sonst könnte ja jeder machen, was er will.

Ueber das Thema „Sozialdemokratie, Budget und Monarchie“

hält Genossin Rosa Luxemburg jetzt in Baden eine Reihe von Versammlungen ab, die außerordentlich stark besucht sind. In Offenburg waren am Sonntag über 500, am Montag in Lahe noch mehr, am Dienstag in Durach an 800 Personen anwesend. In Offenburg und Lahe suchte Genosse Parteisekretär Engler-Freiburg die Taktik der Mehrheit der badischen Landtagsfraktion zu vertheidigen. In Durach traten ihr die Genossen Kold, Plohr, Marum und Kuderz entgegen. Am Mittwoch sprach die Rednerin in Forstheim vor mehr als 1000 Zuhörern.

Der Bericht der Sozialistischen Partei in den Vereinigten Staaten an den Kopenhagener Kongress befandet mäßige äußere Erfolge, aber ein um so kräftigeres Wachstum und innere Festigung seit dem vorigen internationalen Kongress. Dank der radikalen Haltung der beiden großen Parteien, der Sozialistischen Demagogie („Unabhängigkeitspartei“) und der „Volkspartei“, ergab die Präsidentenwahl von 1908 trotz reger Agitation — ein Eisenbahnzug, der den Kandidaten Debs durch das ganze Land geführt hatte, kostete 35 000 Dollar — nur wenig Stimmen mehr als die Wahl von 1904: insgesamt 4 221 500. Eine Reihe Siege wurden erfochten in mehreren Einzelstaaten, namentlich in Wisconsin (Milwaukee), auch in Massachusetts, Montana, Ohio, Illinois, Colorado, Pennsylvania. Ganz anders war das Wachstum der Organisation. Sie zählte Anfang 1907 89 Staatsorganisationen mit 1900 Ortsvereinen und 26 748 Mitgliedern — jetzt 42 Staatsorganisationen, 3200 Ortsvereine und 63 375 Mitglieder; also eine Verdoppelung. Die Zahl der Zeitungen stieg von 50, wovon nur 1 tägliche, auf 70, darunter 3 Tageszeitungen, „New York Call“, „Chicago Daily Socialist“ und „New Yorker Volkszeitung“. Ueber die Hälfte erscheinen in englischer Sprache, die übrigen Sprachen sind: Deutsch, Dänisch, Schwedisch, Jüdisch, Finnisch, Lettisch, Russisch, Polnisch, Slawisch (?), Magyarisch, Italienisch, Französisch. Eine Zeitschrift erscheint für die Frauen und eine für die Jugend. Gute Fortschritte machte die Bewegung unter den Gewerkschaftern. Man hat es aufgegeben, auf den Konventionen des Gewerkschaftsverbandes Diskussionen über den Sozialismus zu veranstalten, und sich an die Einzelorganisationen gewandt. Im vorigen Jahr erklärte der Verband der Kohlenarbeiter, mit dem westlichen Bergarbeiterverband, der sich jetzt mit ihm zusammenschließt, die stärkste Organisation, sich für das Ziel des Sozialismus. Eine Reihe Ortsverbände stehen gleichfalls auf dem Boden der Partei. Man rechnet auf etwa 200 000 Gewerkschaftsmitglieder für die Partei. Auch unter den Farmern geht es voran; mitunter wurden in landwirtschaftlichen Bezirken mehr Stimmen für uns abgegeben als in industriellen. Planmäßige Propaganda wird durch ein National-Frauenkomitee betrieben. Ein Sonntag jährlich ist für Frauenwahlrechtsdemonstration bestimmt. Der Aufklärung der Jugend dienen zahlreiche sozialistische Schulen.

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend“.

Die soeben erschienene Nummer 18 hat unter anderem folgenden Inhalt: Das Parlament der Arbeit. — Ein Jahr Jugendbewegung. — Mein Zimmeraquarium (Illustriert). — Nach dem Sozialistengesetz (Schluß). — Von Wilhelm Schroeder. — Für Mädchen schickt sich das nicht! Von Luise Biehl. — Aus der Jugendbewegung usw.

Beilage: Bagabunden. Von Moosgard. — Unter den Naturvölkern Zentral-Asiens. (Schluß). — Wilhelm Dittmers Hamburger Dafenbilder (Illustriert). — Was soll ich lesen? (Schluß). Von J. Vorchardt. — Aus meiner Lehrzeit. Von A. Wysocki. — Weihenhandel.

Aus Industrie und Handel.

Die Versicherungsgesellschaften als Geldgeber.

Am Kapitalmarkt spielen die Versicherungsgesellschaften eine große Rolle. Sind in ihrem Besitze doch nicht weniger als 4 1/2 Milliarden Mark, die angelegt werden sollen. Zumeist wird für die Anlage die Form der Hypothek oder Grundschuld gewählt. Aus einem einfachen Grunde. Diese Art von Kapitalanlagen bietet eine große Sicherheit, bringt verhältnismäßig gute Zinsen und ist fast jederzeit zu erlangen. Nur einen Nachteil hat sie, nämlich den der Langfristigkeit. Doch kommt es ja darauf gerade bei den Versicherungsgesellschaften weniger an. Ihre Prämienreserven kommen fast nie zur Auszahlung. Es mühte denn ein großes Sterben oder eine Inflation sein. Auch die am meisten gefährdeten Feuer- und Hagelversicherungen haben sich wieder untereinander durch Rückversicherung gedeckt, so daß selbst bei sehr großen Bränden auf die einzelne Gesellschaft ein geringes Risiko entfällt. Im Jahre 1909 verfügten die deutschen Versicherungsgesellschaften, soweit sie dem Auffichtsamt für Privatversicherung unterstellt sind, nach dessen Jahresbericht über Kapitalanlagen in Höhe von 4667 Millionen Mark. Gegen das Vorjahr ist diese Summe um 239 Millionen Mark gestiegen, und ungefähr der gleiche Betrag fließt aus dieser Quelle alljährlich dem deutschen Kapitalmarkt zu. Zumeist sind die Gelder, wie schon erwähnt, in Hypotheken angelegt; es entfallen hierauf 3803 Millionen Mark gegen 3613 Millionen Mark. Gemeinwert ist dabei, daß von den gesamten Hypothekenausleihungen der Versicherungen über 50 Proz. auf Groß-Berlin entfallen.

Erntestatistik. Nach dem vom königlich-preussischen Statistischen Landesamt in landwirtschaftlichen Kreisen eingezogenen Erntebildungen wird sich der voraussichtliche Ertrag der Ernte im königlich-preussischen Staat nach dem Stande um Mitte August 1910 belaufen für Winterweizen auf 2 112 022 Tonnen gegenüber einem tatsächlichen Erntertrag von 1 876 254 Tonnen im Jahre 1909, für Sommerweizen auf 277 444 Tonnen (388 538), für Winterroggen auf 8 129 458 Tonnen (8 471 007), für Sommerroggen auf 69 872 Tonnen (70 597), für Sommergerste auf 1 885 995 Tonnen (1 985 891), für Hafer auf 5 290 231 Tonnen (5 050 504). Danach hat sich die Ernte an Winterroggen gegen das am 15. Juli dieses Jahres abgegebene Urteil um 132 005 Tonnen verschlechtert, auf die übrigen Früchte, besonders auf die Sommergerste, hat das in ihre spätere Erntezeit fallende schlechte Wetter offenbar ungünstig eingewirkt.

Die Bemühungen der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerksgesellschaft, die auf den Erwerb der Zeche Kaiser Friedrich in Warop hingelassen, waren zwar anfänglich ohne Erfolg, denn die Generalversammlung der Gesellschaft lehnte das Kaufangebot gegen eine starke Minderheit ab. Mittlerweile ließ Herr Stinnes aber nicht locker. Er versand es, dem Grubenvorstand von Kaiser Friedrich den Vankredit abzuschneiden und so sah sich denn der Vorstand wohl oder übel gezwungen, auf den 9. September eine Generalversammlung einzuberufen, in der der Verkauf beschlossen werden soll.

Dividendenerhöhung. Auch die Kaiser Eisen- und Stahlwerke sind in der Lage, für das letzte Geschäftsjahr eine höhere Dividende als im Vorjahre zu verteilen. Der Vertriebsüberschuh beläuft sich auf 2,79 Millionen Mark gegen 2,07 Millionen Mark im Vorjahre. Der Reingewinn erhöhte sich von 401 000 M. auf 1 152 000 M. Trotzdem diesmal das doppelte Aktienkapital von 10 Millionen Mark an der Dividende teilnimmt, kann diese von 6 Proz. auf 8 Proz. erhöht werden.

Gerichts-Zeitung.

Der Kravatten-Akademie-Direktor Steinberg

hat wieder einmal einen gerichtlichen Erfolg erzielt. Bekanntlich unterhält Steinberg in der Scharenstraße 5a ein sogenanntes Unterrichts-Institut, das er hochtönend „Erste Berliner Kravatten-Akademie“ betitelt. In diesem Institut werden Frauen und Mädchen im Anfertigen von Herrenkravatten unterrichtet. In demselben Hause, in den an das Unterrichts-Institut anschließenden Räumen, betreibt Steinberg mit seiner Ehefrau Gertrud eine Kravattenfabrik unter der Firma „Öffene Handelsgesellschaft A. u. G. Steinberg“. Weshalb diese letztere Unternehmen hat, verraten schon die von diesem losgelassenen Inserate in den hiesigen Tageszeitungen. Da liest man:

„Heimarbeit.“

„Verlangt werden zur sofortigen Uebernahme Prima Kravattenarbeit: Damen jeden Alters, Wochenverdienst 30, — 23, bei

Nichtkenntnis unentgeltliches Lernen. Kravattenfabrik Scharenstraße 5a (Petriplatz, Spittelmarkt), Potsdamer Straße 55 (Wilhelmsstraße).“

Durch solche Inserate werden nun die Frauen und Mädchen herangelockt. Doch nicht um die Vergebung von Kravattenarbeit an bereits fachkundig ausgebildete Arbeiterinnen ist es dem Unternehmer zu tun. Diefem liegt vielmehr an den Frauen und Mädchen, die diese Arbeiten erst erlernen wollen. Bei ihrer Vorstellung werden sie auf das Unterrichts-Institut verwiesen, in dem sie in wenigen Tagen gegen ein Lehrgeld von 15 M. bis 20 M. im Kravattennähen perfekt ausgebildet würden, während das Erlernen der Arbeit in der Fabrik Monate in Anspruch nähme. Ein Prospekt der „Kravatten-Akademie“, der selbstverständlich alles Beste verspricht, wird gelegentlich mitgegeben. Der in Aussicht gestellte gute Wochenverdienst von 30 M. und die kurze Lehrzeit von etwa zwei Wochen veranlassen leider viele der Frauen und Mädchen, einen „Unterrichtskursus“ im Anfertigen von Kravatten in der „Akademie“ durchzumachen. Dann geht es aber erst ans Vertragsmachen, das jedoch nicht lange aufhält. Die gedruckten Vertragsformulare, die der „Kravatten-Akademie-Direktor“ Steinberg stets vorräthig hat, sind bald ausgefüllt und den „Schülerinnen“ vorgelegt, damit sie ihren Namen und ihre Adresse daruntersetzen. Leider wird dieser Vertrag fast nie von den Arbeiterinnen durchgesehen, denn sonst mühten sie sehen, daß der Herr Direktor im Vertrage für die Erfüllung der in Inseraten und Prospekten gemachten Versprechungen irgendwelche Verpflichtungen zu übernehmen ausdrücklich ablehnt. Das Lehrmaterial, die Stoffe usw. haben die „Schülerinnen“ mitzubringen oder zu kaufen. In der Regel kaufen sie dieselben in der im anderen Zimmer befindlichen Kravattenfabrik von A. u. G. Steinberg. Die „Kravatten-Akademie“ verkauft nämlich, durch Erfassungen gezwungen, keine Stoffe. Haben die „Schülerinnen“ nun den Kursus hinter sich, so werden sie dann entweder gar nicht oder nur ganz kurze Zeit von der Kravattenfabrik mit Heimarbeit beschäftigt. Um in anderen Betrieben der Kravattenbranche dem neuerlernten Gewerbe nachzugehen, sind diese Kravattenarbeiterinnen einestheils an Zahl zu groß, andernteils werden auch ihre Fähigkeiten und Leistungen von den Arbeitgebern nicht besonders hoch geschätzt. So mehren die Arbeiterinnen sehr bald, daß die gemachten Gelddaufwendungen für den Kursus in der „Kravatten-Akademie“ nutzlos waren und die gehegten Hoffnungen auf eine einigermassen auskömmliche Existenz nicht in Erfüllung gehen.

Diese Erfahrungen hatten auch drei Frauen gemacht, die sich darum gekümmert hätten. Sie klagten am Dienstag beim Gewerbegericht gegen die Kravattenfabrik A. u. G. Steinberg, weil einestheils durch deren Inserate der Schaden entstanden sei und andernteils die Fruchtlosigkeit der Pfändung auf Grund eines etwaigen obliegenden Urteils gegen den Herrn „Akademie-Direktor“ Steinberg zu befürchten sei. Die eine der Klägerinnen forderte das Lehrgeld von 20 M. und die Auslagen für das Lehrmaterial von 15 M. zurück. Die beiden anderen das Lehrgeld von je 15 M. und außerdem Entschädigungsummen für entgangenen Arbeitsverdienst. Die Beklagte ließ durch den Mitinhaber Adolf Steinberg zunächst den Einwand der mangelnden Passivlegitimation erheben, mit der Begründung: nicht bei ihr, der Beklagten, sondern beim Direktor Steinberg hätten die Klägerinnen gelernt und gegen diesen seien die Klagen zu richten. Das Gericht befiel sich die Entscheidung über diesen Einwand vor und verhandelte zur Sache. Steinberg verlangte Klageabweisung; für die Rechtsfrage sei nicht der Prospekt der Akademie, sondern nur die von den Klägerinnen unterschriebenen Verträge maßgebend. Auch könnten die Klägerinnen jetzt nicht behaupten, sie seien nicht genügend unterrichtet worden, denn sie hätten bei Beendigung des Unterrichtskurses ausdrücklich bezeugt, daß sie mit dem gemachten Unterricht vollständig zufrieden seien. Die Prozeßvertreter der Klägerinnen mußten zugeden, daß diese gedruckten Sätze, die dem Gericht vorlagen, von diesen unterschrieben worden sind. Dies sei jedoch geschehen, weil sich die Klägerinnen die in Aussicht gestellte lebendige Heimarbeit nicht haben durch ihre Weigerung verschertzen wollen.

Das Gewerbegericht unter Vorsitz des Registrarsassessors Dr. Raquin ließ den von der Beklagten erhobenen Einwand der mangelnden Passivlegitimation dahingestellt und erkannte durch Teilurteil auf Abweisung des Klageanspruches auf Zurückzahlung des Lehrgeldes und der Ausgaben für die Lehrmittel. Die Verhandlungen über den Entschädigungsanspruch wegen des entgangenen Arbeitsverdienstes wurden vertagt. In der Urteilsbegründung sagte das Gericht, daß der Ansetzungsgrund der schriftlichen Zufriedenheitsklärungen mit dem Unterricht nicht stichhaltig sei.

Aus aller Welt.

Die Cholera.

Durch die große Verbreitung der Cholera in Rußland und die neuerliche Versenkung einiger Provinzen Italiens wird die Gefahr einer Verschleppung in die Nachbarländer sehr verstärkt. Die Regierungen der in Betracht kommenden Staaten haben daher umfangreiche Maßnahmen getroffen, eine Weiterverbreitung der Cholera nach Möglichkeit zu verhindern. So ist unter anderem am Tiroler Grenzbahnhof in Grigno eine Cholera-Baracke errichtet worden. Es wird die strengste Kontrolle der aus Italien kommenden Reisenden anbefohlen. Die rumänische Regierung hat wegen der von der russischen Regierung her drohenden Gefahr die alljährlich stattfindenden Königsmanöver verschoben. Einige Blätter hatten die Meldung gebracht, daß in einigen an der russischen Grenze gelegenen preussischen Orten Choleraerkrankungen vorgekommen seien. Von amtlicher Seite wird die Meldung dahin berichtet, daß die Untersuchung ergeben habe, daß nicht Cholera die Todesursache der Verstorbenen war, sondern daß in einem Fall der Betreffende an der Ruhr gestorben ist und daß es sich in den anderen Fällen um Darmkrankheiten handelte.

Aus Helsingfors meldet der Telegraph, daß unter den russischen Dragonern in Willmannstrand ein Cholerafall festgestellt worden ist. In Rußland macht die Seuche immer weitere Fortschritte. Auch neuerdings sind wieder mehrere Gebiete für Choleragefährlich, andere für Cholerabedroht erklärt worden.

Am der Pest sind in Ddessa in den letzten vier Tagen 12 Erkrankungen festgestellt worden. Wie amtlich gemeldet wird, beträgt die Zahl der Erkrankungen seit dem Anfang der Epidemie 51, die Zahl der Todesfälle 11.

Schwere Eisenbahnkatastrophe.

In der Nähe von Durand im Staate Michigan (Vereinigten Staaten) stehen in der Nacht zum Donnerstag zwei Eisenbahnzüge, die sich in voller Fahrt befanden, zusammen. Nach der Katastrophe spielten sich an der Unfallstelle furchtbare Szenen ab. Eine große Anzahl der Passagiere war im Schlafe von dem Unglück überrollt worden, so daß an eine Rettung für viele nicht zu denken war. 18 Reisende eines Schlafwagens wurden getötet und 20 verwundet. Die Krümmer des Wagens fingen Feuer, so daß die Leichen der Verunglückten bis zur Unkenntlichkeit verbrannten.

Das konfidierte Wein.

Es ist russisch klingt eine Geschichte, die wir einem Petersburger Blatte entnehmen. Ein Eisenbahnpassagier, ein kränklicher, junger Mann, der im Zuge der finnländischen Bahn, aus dem Sanatorium

Galila kommend, nach Petersburg fuhr, hatte das Maß, an der Grenzstation die Aufmerksamkeit eines Zollbeamten zu erregen. „Was ist das?“ forschte der Zöllner, als er ein längliches Futtermal unter dem Gepäc des jungen Mannes erpähte. Der Verdächtige wurde nach dem Zollamt gebracht, um dort vernommen zu werden. „Ich bin ein kränklicher Mensch“, jammerte der Passagier, „es ist mein Wein — das Reserwebein, das ich im Futtermal liegen habe. Ich kann ohne das Reserwebein nicht reisen“. Die Zöllner standen ratlos da, als sich die Tür des Nebenzimmers aufstieß und ein großer Herr mit strammem Schurrbart — ein Vorgesetzter — eintrat. „Was führen Sie da mit sich?“ fragte der Gestrenge den zitternden Passagier. „Mein Wein, mein künstliches Wein, ich brauche es unterwegs.“ „Verzollbar!“ entschied der Vorgesetzte kurz und unerbittlich gegen das Fieber des jungen Mannes, ihm sein Reserwebein doch zu lassen. In Petersburg wird man die Sache untersuchen. Damit war der Kern entlassen, der betrübt mit einem künstlichen Wein nach dem Eisenbahnwagen zurückpumpelte.

Der rettende Schneefall.

Ein heftiger Schneefall, der gestern in der Umgebung von Rissoula niederging, hat erheblich zur Eindämmung der Waldbrände beigetragen. Man hofft, daß die freilich noch sehr umfangreichen Weiden mit Hilfe der eingetroffenen Rettungsmannschaften bald unterdrückt werden können. Zahlreiche Opfer haben die Weiden unter den Forstbeamten gefordert. So erklärt der Bundesforstinspektor Weigle, daß 14 seiner Angestellten in den Waldbränden umgekommen seien, 74 andere werden vermisst. Diese Verlustziffer bezieht sich nur auf den Forstbezirk von Coeur d'Alaine.

Ueberranntes Fischerboot.

Wie ein Telegramm aus Boulogne-sur-Mer meldet, ist das französische Fischerboot „Saint Pierre“ aus Bortel gestern von dem holländischen Küstendampfer „Arx Scheffer“ angerannt und buchstäblich entzweigelt worden. Trotz der sofort durch die Mannschaft des Dampfers vorgenommenen Rettungsarbeiten gelang es nur sieben Mann der aus 14 Mann bestehenden Besatzung des Fischerbootes zu retten. Die übrigen fanden in den Wellen ihren Tod.

Hochwürden als Sittlichkeitschneifler.

Unter diesem Titel schreibt unser Münchener Parteiorgan: „Vermutlich durch die Augsburger Zentrumsparade in ihrem sittlichen Bewußtsein erheblich gestärkt und zugleich bemüht, die Taten des lieben Amtbruders Scheuer zu sühnen, unternahmen zwei ländliche Pfarrer Mittwoch früh 9 1/2 Uhr eine Sittlichkeitsparade gegen die Süddeutsche Volksbuchhandlung in der Sendlinger Straße. „Der Wahre Jakob“ im Schaufenster der Buchhandlung hatte ihre schwer erworbenen sittlichen Begriffe ins Wanken gebracht. In diesen Rötten wandten die Mitglieder der himmlischen Gendarmen sich naturgemäß an die irdischen Kollegen und man sah, wie die drei Hüter deutsch-bayrischer Moral in einem benachbarten Hausflur eifrige Debatten pflogen, was zu tun sei, um Münden vor dem Schicksale Sodoms und Gomorras zu bewahren. Der irdische Kollege schien aber in der Morallehre der beiden Hochwürden nicht so gut bewandert zu sein, denn er begegnete den Ansprüchen der himmlischen Gendarmen nur mit Achselzucken. Inzwischen, und das ist die Moral von der Geschichte, hatte der Vorgang einen Menschenauflauf hervorgerufen, der dem Abfah der 111 Nummer des Wahren Jakob außerst förderlich war. Denn in kurzer Zeit war der gesamte Vorrat vergriffen und der Nachfrage kann erst nach dem Eintreffen der telegraphisch bestellten Sendung genügt werden. O tempora, o mores!“

Keine Notizen.

Eine bestialische Tat verübte gestern nachmittags in Mannheim ein neunzehn Jahre alter Tagelöhner, der mit seiner Geliebten, einer ledigen Näherin, zusammenwohnte. In der Abwesenheit des jungen Mädchens schüttete er ihrem Kinde, dessen Vater er war, Salzsäure in den Mund. Das Kind starb unter heftigen Schmerzen bald nach seiner Einlieferung im Krankenhaus. Der Unmensche wurde verhaftet.

Beim Baden in der Elbe ertranken in Stendal die beiden zehn- und elfjährigen Töchter des dortigen Bürgermeisters Kruse.

Während eines Feuerwerks, das in der spanischen Stadt Bilbao abgebrannt wurde, explodierte ein zu stark geladener Feuerwerkskörper. Eine Person wurde getötet, sieben verletzt.

Schweres Automobilunglück. In New York wurde ein auf der Merrick-Landstraße fahrendes Automobil an einer Straßenkreuzung von einem Zuge der Long-Island-Bahn getroffen: zwei Personen waren sofort tot, zwei andere Personen starben einige Zeit nach dem Unglück und zwei liegen noch schwer verletzt danieder. Außerdem erlitten fünf Personen leichtere Verletzungen.

Abgestürzt. Am Pizzo Rotondo, dem höchsten Punkte des Gottard-Rassins stürzte gestern der Apotheker Aueringer aus Baden im Argau ab. Eine Rettungskolonnen fand die Leiche in der Nacht.

Explosion auf einem Panzerschiff. An Bord des italienischen Panzerschiffes „Regina Margherita“ platzte ein Kesselrohr. Neun Matrosen wurden durch das austretende kochende Wasser verbrüht, zwei von ihnen sind ihren Verletzungen erlegen.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Steglitz.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 22. d. M., verschied freiwillig aus dem Leben unser Genosse, der Maurer **Karl Freidank** im Alter von 51 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof in Steglitz statt.
Zahlreiche Beteiligung erbitet **Der Vorstand.**

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zentralstelle Berlin.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Buchbinder **Karl Albrecht** nach langer Krankheit im 32. Lebensjahre verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 20. August, nachmittags 5 1/2 Uhr, auf dem St. Georgen-Kirchhof, Landsberger Allee, statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser liebster **Gertrud** am 24. August nach dreistündigem schwerem Leiden an Croup verstorben ist.
Um stille Beileid bitten die Hinterbliebenen **Familie Spahn, Lärchenstr. 18.**
Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 27. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Paul-Gerhard-Kirchhof, Müllerstr. 66/67a, aus statt.

Allen Freunden und Bekannten hiermit die schmerzliche Mitteilung, daß unser ältester Sohn und Bruder, der Schriftsetzer **Karl Heydgen** am 24. August, früh 11 Uhr, im Alter von 28 Jahren gestorben ist.
Lieftbetäubt und um stilles Beileid bittend, zeigen dies statt jeder besonderen Meldung an die Hinterbliebenen **Jos. Heydgen nebst Familie.**
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 27. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichshagen aus statt. 5285

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 4 (Arbeitsloftsaal):
Sitzung der Ortsverwaltung.
Risten- und Koffermacher.
Sonntag, den 28. d. Mts., mittags 11 1/2 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:
Öffentliche Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bekanntgabe des Resultats aus der Verhandlung mit den Fabrikanten.
2. Was bedeuten die Ristenmacher zu tun?
Die Kommission.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Schöneberg.
Bezieht 3c.
Am Sonnabend, den 20. August, verstarb unser Mitglied **Frau Marie Henze** im Alter von 31 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 27. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Hölle) aus statt. Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.
Die Mitglieder des „Gefangenenvereins“ Schöneberger Männerchor“ treffen sich 4 1/2 Uhr beim Gastwirt Fintel.
Der Vorstand.

Zentralverband der Glasarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 23. August verstarb unser Kollege, der Glasarbeiter **Wilhelm Prowasnick.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 27. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Pflanzgemeinde, Wilhelmberg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Dankagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Brautigams, des Schlossers **Herrn Otto Knuth** sage auf diesem Wege allen meinen herzlichsten Dank.
Hr. Anna Heinrich.

Furniere — Hölzer!
Großes Lager von prima eichen Furnieren und Hölzern. Kuchl, Seiten, Dach, zant, Whitewood, Vogelhorn usw. zu allerbilligsten Preisen.
Auf Wunsch nehme Möbel in Zahlung.
J. David, Frankf. Alee 160.
Offertiere in nur frischer, schöner Ware:
Nur ein Preis!
Fette Gänse 0,65
Nur allererste Qualität
Gänserümpfe, 1/2 Gänse.
Fette Suppenhähner, Jge. Brathähner.
F. Wegner, 80., Mariannenstr. 84.

Möbelpolierer.
Montag, den 29. August, gleich nach Feierabend:
Branchen-Versammlung
Osten, Ost-Kasino, Frankfurter Allee 106.
Tagesordnung:
1. Vortrag über Arbeitgeberverbände. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung.
Südost, Süden, Südwest.
Im Märkischen Hof, Admiralstraße No. 19c.
Tagesordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Norden, Swinemünder Str. 42.
Tagesordnung:
1. Vortrag: Auf was beruht die Unzufriedenheit vieler Arbeiter mit unserer Gewerkschaft. Referent: Kollege Nitschke. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung.
Die Branchenkommision.

Arbeiter-Radfahr.-Verein „Bellealliance“.
Mitgl. d. U. M. V. „Freiheit“.
Am Sonnabend, den 20. August, starb plötzlich unser liebes Mitglied Frau **Marie Henze** im 22. Lebensjahre.
Wie werden ihr stets ein treues Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 27. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Hölle) aus statt.
Treffpunkt der Genossen um 3 Uhr bei Lorenz, Gustav-Müller-Platz 1.
H. Otto, Vorsitzender.

Verband der Brauerei- u. Mühlen-Arbeiter und verwandter Berufs.
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Dienstag, den 23. August, der Kollege **Wilhelm Kietz** (Brauerei Schwelgergarten) plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt heute Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Bartholomäus-Gemeinde in Weihensee, Hallenberger Chaussee.
Rege Beteiligung erbetet **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1087.
Sonntag, den 28. August 1910, vormittags 10 Uhr:
Allgemeine Versammlung der Elektromonteur u. Kelfer Berlins und Umgegend
in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstr. 85.
Tages-Ordnung:
1. Können die Elektromonteur mit den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen zufrieden sein? Referent: Kollege Handke.
2. Diskussion.
Die äußerst wichtige Tagesordnung erfordert ein vollständiges Erscheinen aller Elektromonteur und Kelfer Berlins und Umgegend.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Rahmenmacher.
Montag, den 29. August, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 5:
Branchen-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Wie nutzen wir am besten die jetzige Konjunktur aus? 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Diskussion. 4. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Es ist unbedingt Pflicht, daß jeder Kollege in dieser Versammlung erscheint.
Die Kommission.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin **Emma Neumann** am 24. d. Mts. an Bauchfellentzündung gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. August, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Französisch-Buchholz aus statt.
Rege Beteiligung erbetet **Die Ortsverwaltung.**

Taubstummen-Sparverein „Brudertreue“
Den Mitgliedern, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser erster Vorsitzender **Karl Klinger** im 46. Lebensjahre, und unser Mitglied **Gustav Schweimler** im 41. Lebensjahre am 21. August bei einer Kahnfahrt durch Rentern des Bootes in der Havel bei Schilddorn ertrunken sind.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung G. Schweimlers findet heute um 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt.
Die Beerdigung Karl Klingers findet am Sonnabend, den 27. August, um 1/2 Uhr von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Sonntag, den 28. August 1910, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung der Fahrstuhl-Monteur und Kelfer von Berlin und Umgegend
in den Prachtsälen der Boekbrauerei, Chausseestr. 64.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur Durchführung des Tarifs. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen dringend erforderlich.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Maschinenarbeiter.
Montag, den 29. August, abends 8 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:
Branchenversammlung.
Tagesordnung:
1. Die Stellungnahme des Verbandes zu den Unfallgefahren an den Holzbearbeitungsmaschinen. Berichterstatter: Kollege Jaek. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Branchenangelegenheiten.
Der wichtigen Tagesordnung wegen werden die Kollegen ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Die Kommission.

Allen Verwandten, Genossen und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Mittwoch, den 24. August, morgens 4 1/2 Uhr, unsere liebe Tochter und Schwester **Emma Neumann** im Alter von 18 Jahren plötzlich verstorben ist.
Dies zeigt ein Herbeirufen an Familie Albert Neumann, Köpfer, Französisch-Buchholz.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 28. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Französisch-Buchholzer Gemeinde-Friedhofes, aus statt.

Am 17. August verschied infolge eines Unfalles unser treuer Kollege, der Maler **Paul Kobold**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. August, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Heilands-Gemeinde, Weihensee, aus statt.
Die Kollegen der Firma **Gebr. Drabig,** Levetowstr. 23.

Verband der Sattler und Portefeuller.
Ortsverwaltung Berlin.
Achtung! Einlenkmlager u. Teppichnäher!
Sonntag, den 28. August, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 7:
Außerord. Mitgliederversammlung
Tages-Ordnung: 187/3
Die Antworten der Unternehmer auf unsere Forderungen sowie endgültige Stellungnahme hierzu.
Kollegen! Pflicht jedes einzelnen ist es, diese Versammlung pünktlich zu besuchen.
Die Branchenkommision.

Küchennöbel-Branche.
Dienstag, den 30. August, abends Punkt 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:
Versammlung
für die in der Branche beschäftigten Tischler und Maschinenarbeiter.
Tagesordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung und der Kommission. 2. Unsere gegenwärtige Lage in der Branche. 3. Verschiedenes.
Die Vorrede sind hierzu besonders eingeladen. — Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Kommission.
Die Kollegen der Treppengeländer-, Drechsler-, Luxusmöbel- und Jalousiearbeiter-Branche machen wir auf das am Sonnabend, den 27. August, in Anton Beckers Festsälen, stattfindende **Sommernachts-Fest** aufmerksam.
Das Komitee.
Sonnabend, den 17. September, findet in der Neuen Welt das **18. Stiftungsfest** statt. — Blicke sind auf dem Bureau und in den Jahrbüchern zu haben.
Das Komitee.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine

Berlins und Umgegend.

Zentralvorstand.

A. Aktionsausschuss:

- Eugen Graß, Lindenstr. 69, erster Vorsitzender. Paul Hoffmann, Doppelner Str. 47, zweiter Vorsitzender. Leopold Piepmann, Schriftführer, Lindenstr. 69. Emil Boeske, Kassierer, Lindenstr. 69. August Läterow, Sebastianstr. 37/38. Fritz Schwemke, Schönleinstr. 34. August Pohl, Rannhufstr. 30. Willi Friedländer, Eisasser Str. 25. Richard Henschel, Ledermünder Straße 17. Theodor Fischer, Neue Hofstr. 23. Max Groger, Rixdorf, Hochstr. 65/66. Alex Pagels, Charlottenburg, Rosinenstr. 3. Margarete Wengels, Barisdauer Straße 20. Anna Waische, Vintetaplay 4. Otto Wels, Lindenstraße 69, Obmann der Preschkommission. Leo Zucht, Immanuelstr. 13, Obmann der Agitationskommission. Albert Hahnisch, Auguststr. 51, Obmann der Lokalkommission. Emil Badner, Prinzenallee 46a, Obmann der Stadtverordneten und Gemeindevertreter.

Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Obmann der Revisoren. Alle Briefe und Mitteilungen sind an Leopold Piepmann (Berliner Verbandsbureau), SW. 68, Lindenstr. 69, 3. Hof IV, alle Wert- und Geldsendungen an Emil Boeske (Berliner Verbandsbureau), SW. 68, Lindenstr. 69, 3. Hof IV, zu richten. Telephon: Amt IV, 5023.

B. Preschkommission:

- Richard Wolbt, Eldinger Straße 83. Ferdinand Ewald, Schönleinstr. 6. Max Grünwald, Landgrafstr. 3a. Robert Hünke, Petersburger Straße 11. Otto Wächner, Richtigstr. 30. Wilhelm Rann, Petersburger Platz 4. Karl Betsche, Am Ostbahnhof 6. Otto Wels, Lindenstr. 69. Adam Bitter, Fehrbelliner Straße 25. Herm. Müller, Neue Hofstr. 23. August Hünke, Panitzstr. 57. Gustav Heinrichs, Rixdorf, Riemerstr. 2. Louis Brunner, Charlottenburg, Helmholzstr. 25. Otto Hoffmann, Rotowes, Turnstr. 28. Otto Schmidt, Panow, Berliner Str. 24. Rud. Wähler, O. 112, Kronprinzenstr. 49. Ottilie Baader, Lindenstr. 3.

Alle Mitteilungen und eventuelle Beschwerden den „Vorwärts“ betreffend sind an den Obmann der Preschkommission Otto Wels, SW. 68, Lindenstr. 69, 3. Hof 4 Tr., zu richten.

C. Agitationskommission für die Provinz Brandenburg:

- Albin Schuster, Straßmannstr. 2. Fritz Hinte, Reichenergerstr. 104. Oswald Kysche, Stralauer Brücke 6. Richard Hackettsch, Kaufmännischer Platz 14/15. Leo Zucht, Immanuelstr. 13. Gustav Leusant, Fehrmannstr. 3. Richard Herbst, Dunderstr. 17. Hermann Fischer, Schöneberg, Martin-Lutherstr. 50. Heinrich Ritter, Schöneberg, Martin-Lutherstr. 51. Max Jacobson, Ober-Schöneberg, Mathenastr. 23. Frau Marie Thiel, Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Str. 20. Obmann: Leo Zucht, Immanuelstr. 13.

Alle Zuschriften sind an das Provinzial-Sekretariat zu Händen des Genossen Otto Wels, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, zu richten.

D. Lokalkommission für Berlin und Umgegend:

- Jacob Ege, Friedrichsgracht 9. Heinrich Schröder, Bergmannstr. 95. Gustav Müller, Grünauer Str. 3. Karl Rott, Straßmannstr. 29. Albert Hahnisch, Auguststr. 51. Wilhelm Dams, Schlegelstr. 9. Karl Rott, Rixdorf, Seidowerstr. 15/16. Hermann Elias, O. 112, Wilmersdorfer Str. 24. Martha Krendler, Ziegel, Schloßstr. 22.

Alle Mitteilungen, Zuschriften und Beschwerden in Lokal-Angelegenheiten für Berlin und Umgegend sind nur an den Obmann der Lokalkommission Albert Hahnisch, C. 54, Auguststr. 51, Duergerbäude 4 Tr., zu richten.

Revisoren:

- Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14. Adolf Reuter, Eberthstr. 52. Paul Dobrosław, Schillmannstr. 39. Paul Weinmann, Orlig, Kochowstr. 2. Ernst Bessel, O. 17, Marienparkdamm 13.

Obmann der Revisoren: Gustav Schmidt, W. 57, Kirchbachstr. 14, hochpart.

Obmann der Kinderbeschulungskommission: Herm. Varentsin, O. 17, Stralauer Platz 1/2.

Obmann der Stadt- und Gemeindevertreter: Emil Badner, N. 20, Prinzenallee 46a.

Vorsitzende und Kassierer der einzelnen Kreis-Wahlvereine:

- 1. Kreis: Vorsitzender August Läterow, S. 14, Sebastianstr. 37/38. Kassierer Max Holzmann, SW. 29, Rittenwalder Str. 39. 2. Kreis: Vorsitzender Fritz Schwemke, S. 59, Schönleinstr. 34. Kassierer Gustav Schmidt, W. 57, Kirchbachstr. 14. 3. Kreis: Vorsitzender August Pohl, SO. 26, Rannhufstr. 30. Kassierer Albert Harndt, C. 19, Friedrichsgracht 22. 4. Kreis: Vorsitzender Paul Hoffmann, SO. 33, Doppelnerstr. 47. Schriftführer Hermann Varentsin, O. 17, Stralauer Platz 1/2. Kassierer Wilhelm Pöschel, O. 17, Stralauer Platz 1/2, Wahlvereinsbureau, Amt VII 8750. 5. Kreis: Vorsitzender Willi Friedländer, N. 24, Eisasserstr. 25. Kassierer Karl Rixje, C. 54, Dragonerstr. 38/40 III. 6. Kreis: Vorsitzender Richard Henschel, N. 58, Ledermünder Str. 17. Schriftführer Theodor Fischer, N. 39, Neue Hofstr. 23. Kassierer Hermann Müller, N. 39, Neue Hofstr. 23, Wahlvereinsbureau, Amt III, 2137. Leitw.-Büro: Vorsitzender Paul Dirsch, Charlottenburg, Wallstr. 52. Schriftführer Max Groger, Charlottenburg, Rosinenstr. 3. Kassierer Alex Pagels, Charlottenburg, Rosinenstr. 3, Wahlvereinsbureau, Amt Charl. 4606. Nieder-Barnim: Vorsitzender Paul Brühl, O. 112, Scharnweberstr. 6/7. Kassierer Rudolf Wähler, O. 112, Kronprinzenstr. 49, Wahlvereinsbureau, Amt VII 851.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfeste. Am Sonntag, den 28. d. M., findet in Rosenthal das übliche Erntefest statt, welches, wie immer, namentlich von Arbeitern des Nordens Berlins stark besucht wird. Wir weisen darauf hin, daß und dort nur das Lokal „Gasthof zur Mühle“ zur Verfügung steht. Alle übrigen Lokale werden uns seit Jahren verweigert, sie sind daher streng zu meiden. In Zegelort steht uns das Lokal „Strandischloß“ Inq. Ziebulsky zu allen Veranstaltungen zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis. Sonntag, den 28. August, findet von nachmittags 2 Uhr ab bei Nabe, Fichtestr. 29, großes Kinderfest statt. Jedes Kind erhält Mütze und Stocklaterne gratis. Verlosung nur für Kinder. Kaffeebraten: 1 Liter 70 Pf., 1/2 Liter 35 Pf. Tanz usw. Eintritt frei! Recht zahlreiche Beteiligung erwartet. Das Komitee.

Baumkulturenweg. Heute abend 7 1/2 Uhr wichtige Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.

Schentendorf bei Königs-Wusterhausen. Am Sonnabend, den 27. August, 8 Uhr abends: Außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins. Unter anderem stehen auf der Tagesordnung: Wahl des ersten Vorsitzenden. Berichte der Gemeindevertreter und Berichte von der Kreis-Generalversammlung und von Groß-Berlin.

Weißensee. Am Sonntag, den 28. August, vormittags 9 Uhr, findet eine Versammlung der im Betrieb befindlichen Branerei von Gabriel u. Richter in der Lichtenberger Straße statt. Die Teilnehmer versammeln sich um 8 Uhr in ihren Bezirkslokalen, um von dort ab gemeinschaftlich abzumarschieren. Die Bezirksleitung.

Bernau. Die Wahlvereinsversammlung findet umständehalber am Sonntag, den 28. August, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokal des Genossen Salzmann, Vasdorfer Straße, im großen Saale statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Der Unterrichtsbeginn in den Gemeindeschulen Berlins, der früher für die Sommermonate im allgemeinen auf 7 Uhr morgens festgesetzt war, ist in diesem Sommer zum ersten Male für alle Klassen auf 8 Uhr verlegt worden. Diese Maßregel war als notwendig angesehen worden, weil aus den Kreisen der Schulärzte mancherlei Bedenken dagegen laut geworden waren, schon um 7 Uhr morgens mit dem Unterricht anzufangen. Vielen Kindern sei selbst im Sommer ein so früher Unterrichtsbeginn schädlich, weil dann ihr Schlafbedürfnis, wie das Ergebnis einer Umfrage gezeigt hat, nicht voll befriedigt werden kann. Wollte man auf das Schlafbedürfnis der Kinder die gebührende Rücksicht nehmen, so seien bei einem auf 7 Uhr festgesetzten Unterrichtsbeginn viele Eltern genötigt, mit den Kindern auf den vollen Genuß der Sommerabende zu verzichten. Die Einführung des 8 Uhr-Beginns, die auf solche Erwägungen sich gründete, war zunächst nur als ein Versuch gedacht. Rascher aber, als man es hätte erwarten sollen, scheint die Schuldeputation der Frage näher getreten zu sein, ob es sich nicht empfiehlt, zu dem 7 Uhr-Beginn zurückzukehren. Es wird berichtet, daß schon jetzt die Absicht besteht, für den nächsten Sommer wieder den früheren Zustand herzustellen. Eine Rundfrage bei den Eltern habe ergeben, daß die Kinder auch jetzt meist länger als bisher schlafen, sondern mit den Eltern zusammen aufstehen. Auch komme es jetzt noch häufiger als bisher vor, daß Kinder vor dem Unterricht zu Votengängen und anderen Arbeiten benutzt werden. Andererseits werde es von vielen Eltern als unangenehm empfunden, daß die erst um 1 Uhr heimkehrenden Kinder nun das Mittagessen nicht mehr mit ihnen zusammen einnehmen können.

Es trifft zu, daß solche Rundfragen veranstaltet worden sind bzw. noch veranstaltet werden. Wir vermuten aber, daß hinter ihnen nicht die Schuldeputation steht, sondern die Lehrerschaft. In einem Teil der Lehrerschaft war der 8 Uhr-Beginn von vornherein mit Verdruß und Widerspruch aufgenommen worden, und es wurden sofort Versuche gemacht, diese Neuerung als verfehlt hinzustellen. Gewiß werden auch unter den Eltern manche sein, denen aus allerlei Gründen der 7 Uhr-Beginn für den Sommer lieber als der 8 Uhr-Beginn ist. Ob aber in den Kreisen der Eltern die Schwärmerie für den 7 Uhr-Beginn wirklich so groß ist, wie man glauben machen will, das möchten wir voreinst noch bezweifeln. Wenn die großen Vorteile, die ein später Unterrichtsbeginn den Kindern bringt, noch nicht von allen Eltern richtig anerkannt werden, so wird das zum Teil daran liegen, daß die Neuerung erst seit wenigen Monaten besteht. Man sollte in dieser Streitfrage mehr die Kräfte als die Lehrer zu Schiedsrichtern machen. Leider ist den meisten Eltern noch zu wenig bekannt, wie wichtig für unsere Kinder ein ausgiebiger Schlaf ist. Für 6-7jährige Kinder z. B. wird von Ärzten ein 11-12stündiger Schlaf für nötig gehalten.

Blumenausstellung von Gemeindeschulkindern.

Der Verein zur Förderung der Blumenpflege in der Schule kann auf eine recht erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken, wie die gestern mittag eröffnete Ausstellung deutlich beweist. In den Gewächshäusern des Humboldtthains (Gustav-Meyer-Allee, in der Nähe der Husitenstraße) sind gegen 50 000 von Gemeindeschulkindern gezogene Blumen ausgestellt, die Zeugnis ablegen von unendlicher Geduld und Sorgfalt, die Gemeindeschulkindern der Blumenpflege gewidmet haben. Der Verein hat 70 000 Stecklinge ausgegeben, so daß das Ergebnis, das uns in der Ausstellung entgegentritt, ein sehr gutes genannt werden muß.

Noch nicht in allen Schulen hat die Blumenpflege Boden gefaßt, da ihre Förderung noch eine freiwillige ist. Immerhin sind gegen 170 Schulen in der Ausstellung vertreten; hoffentlich regt die Ausstellung zum Nachdenken an.

Die in Töpfen gezogenen Blumen sind mit Hilfe der Leitung unserer städtischen Parkverwaltung geschmackvoll zusammengestellt, teils nach Arten und teils nach Schulen. Alle möglichen Sorten sind vertreten, selbst die Linde fehlt nicht.

Auf die sozialen Verhältnisse der Laufende in engen dumpfen Wohnungen hausenden Kinder weist eine kleine Nyrtike hin, an der ein kleines Zettelchen angebracht ist. Auf diesem steht von Aderhand der Bemerkung, daß das Gewächs am ganzen Tage nur fünf bis zehn Minuten Morgensonne erhalte.

Wir können den Besuch der Ausstellung nur empfehlen. Der Zutritt ist unentgeltlich.

Rektor Bod.

Die Nachprüfungen der Anzeigen, die nach und nach bei der Kriminalpolizei eingehen, hat ergeben, daß die behaupteten Tatsachen über das Treiben des Direktors Bod und des Lehrers Knöfel

alle der Wahrheit entsprechen. Bod hatte, wie jetzt bekannt wird, immer das Strafgesetzbuch zur Hand, lehrte den Beamten heraus und stellte gleich eine Verleumdungsklage in Aussicht, sobald Eltern ihm drohten. Ein großer Teil der Belastungszeugen ist auch gerichtlich vernommen worden. Die Zeugen haben ihre Aussagen auch persönlich den Beschuldigten gegenüber aufrecht erhalten. Trotzdem bestreiten Bod und Knöfel nach wie vor die ihnen zur Last gelegten Straftaten. Es ist auch erwiesen, daß Bod sich Rüttern von Schülern unstatlich genähert hat, und daß er an Freunde, die nach den bisherigen Ermittlungen alle verheiratet sind, Schülerinnen und ehemalige Schülerinnen regelrecht verknüpelt hat.

Gegen die Verlesungsprüfungen. Der Berliner Lehrerverein wird sich in seiner nächsten Sitzung am 26. August auch mit den Verlesungsprüfungen in den Berliner Gemeindeschulen beschäftigen. Der Referent über diese Frage hat seinem Vortrage folgende Leitsätze zu Grunde gelegt:

1. Die Ergebnisse einer Verlesungsprüfung bieten keinen sicheren Maßstab für die Verlesungsreife eines Kindes; wohl aber können sie von dem wirklichen Bildungsstande des Kindes ein falsches Bild entwerfen, da erfahrungsgemäß gut begabte, aber ängstliche Kinder bei derartigen Prüfungen nicht selten geringe Leistungen, lässige und unzuverlässige dagegen bessere aufweisen. Die Prüfungsergebnisse werden auch unter den jetzt bestehenden Verhältnissen durchaus nicht immer als maßgebend für die Verlesung angesehen.

2. Nur durch sorgfältige Beobachtung der mündlichen und schriftlichen Leistungen der Kinder von seiten der Lehrkräfte einer Klasse während des ganzen Schuljahres kann ein sicheres Urteil über die Verlesungsreife gewonnen und nach Austausch der Erfahrungen die Entscheidung über die Verlesung getroffen werden.

3. Der Berliner Lehrerverein hält deshalb die Verlesungsprüfungen für überflüssig und deren Verrückung für geboten. So lange sie von der Behörde noch verlangt werden, erwartet er, daß es bei den Bestimmungen des Grundschulgesetzes in den Berliner Gemeindeschulen bleibt, wonach eine Störung des regelmäßigen Unterrichtsbetriebes zu vermeiden und von der Anfertigung schriftlicher Arbeiten abzusehen ist.

Der Ueberfall im Sühringzuge. Die Eisenbahndirektion Berlin hat die Belohnung für das Ergreifen des Räubers, der einer Wilmersdorfer Dame in der Nacht vom 18. zum 19. August im Sühringzuge eine Handtasche entriß, auf 500 Mark erhöht.

Nachdem die Untersuchung des Vorfalls abgeschlossen ist, weist die Eisenbahndirektion jetzt darauf hin, daß sie nicht instande ist, Strafstaten wie die geschilderte zu verhindern. In einer von ihr veranlaßten öffentlichen Erklärung heißt es:

Es sei darauf hingewiesen, daß im Direktionsbezirk Berlin an den Wochentagen 2100, an den Sonntagen etwa 2900 dem Personenverkehr dienende Züge befördert werden. Es liegt auf der Hand, daß eine ständige Ueberwachung aller dieser Züge — sei es durch Bahnpolizei — sei es durch Kriminalbeamte — ausgeschlossen ist. Bei verbrecherischen Anschlüssen auf Reisende in laufenden Zügen wird es deshalb immer das zweckmäßigste sein, sofort die Polizeibehörde zu benachrichtigen, falls es nicht gelingt, den Täter auf frischer Tat zu fassen. Diese Meldung an das nächste Polizeirevier, und zwar auf telegraphischem Wege, ist für den Bezirk Berlin den Stationen seit langer Zeit vorgeschrieben. Die Anordnung ist unleren Bediensteten aus Anlaß des vorliegenden Falles erneut in Erinnerung gebracht worden. Der behauerliche Vorfall am 19. August hat uns ferner veranlaßt, auf eine verstärkte polizeiliche Ueberwachung der Züge bedacht zu sein. Wir rechnen hierbei auf die verständige Mitwirkung aller Reisenden.

Ein neuer Streich des flüchtigen Zuchthäuslers Stof.

Der flüchtige Zuchthäusler Karl Stof, der, wie wir schon gestern berichteten, aus dem Zuchthaus zu Sonnenburg entwichen ist, hat wenige Stunden, nachdem er die Freiheit wiedergewonnen hatte, bereits einen neuen Streich vollführt. Er ist im Laufe des vorgestrigen Tages nach Kotbus gewandert und hat dort in der vergangenen Nacht in der Villa des Amtsgerichtsrats Korn, den er schon einmal bestohlen, einen schweren Einbruch verübt, bei dem ihm 500 Mark in barem Gelde, 200 Mark in Briefmarken und Silbergeräthe im Werte von über 1000 Mark in die Hände fielen. Die Tat wurde erst gestern früh entdeckt, als der Verbrecher längst über alle Berge war.

Stof war früher vier Jahre lang in der Villa des Amtsgerichtsrats Korn in Stellung und kannte daher die Dertlichkeiten ganz genau. Die Villa ist von einer großen Mauer umgeben. Da außerdem im Hofe billige Funde ihr Quartier haben, so ist es einem Fremden fast unmöglich, bei Nacht auf verbottenem Wege in das Grundstück einzudringen. Die ganze Sachlage deutete sofort darauf hin, daß nur Stof als Täter in Frage kommen konnte. Die kotbuser Polizei ergriff sofort alle Maßregeln, um den Verbrecher wieder hinter Schloß und Riegel zu bringen. Sie benachrichtigte vor allem die Berliner Polizei, da sie annimmt, daß Stof die Silbergeräthe in Berlin zu verlaufen versuchen wird.

Ueber die Entgleisung eines Güterzuges am Stettiner Bahnhof wird amtlich folgendes gemeldet: Am Mittwochabend um 10 Uhr 32 Min. entgleiste der Ueberführungszug 8508 beim Stellwerk Ntm auf dem Stettiner Bahnhof. Zuglokomotive und drei Wagen sind entgleist und teilweise stark beschädigt. Die entgleiste Lokomotive hat zwei Stützen der Grenzstraßenbrücke fortgerissen, so daß der Fahrwerksverbleib über diese Brücke vorläufig eingestellt werden mußte. Lokomotivführer, Zugführer und ein Schaffner sind unbedeutend verletzt. Der Betrieb wird in vollem Umfange aufrecht erhalten.

Ein Glendbild. In dem Hause Wiesenstr. 10 spielte sich vorgestern ein tragischer Vorgang ab. Der 45 Jahre alte, durch Krankheit und Arbeitslosigkeit in eine elende Lage gekommene Arbeiter Karl Volger bewohnte mit seiner aus acht Köpfen bestehenden Familie ein einziges Zimmer in genanntem Hause. Das Zimmer diente der Familie als Wohn- und Schlafraum. Nachbarn wandten sich an die Behörden, damit der Familie geholfen werde. Von den sechs Kindern sollten vier in einem Heim untergebracht werden. Als vorgestern Beamte erschienen, um die Kinder abzuholen, leerte W. eine mit Whisol gefüllte Flasche. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb der Unglückliche.

Die Verzweiflung darüber, daß ihm seine Kinder, die er doch sicher wegen unerschuldeter Not nicht ernähren konnte, weggeholt werden sollten, hat den Bedauernswerten in den Tod getrieben. In diesem Vorgang liegt eine tiefe Tragik, die zugleich eine herberde Anklage gegen unsere so viel gepriesene Gesellschaftsordnung ist.

Ein Opfer der Treptower Bootskatastrophe, der 27jährige Kaufmann Heinrich Jungbluth, wurde vorgestern von Stralauer Fischern nahe der Abtei gelandet. Die Leiche seines Freundes Wörddörfer ist noch nicht gefunden.

In den Luisenpark gesprungen ist gestern abend an der Wärdwaldrücke ein anscheinend 20 Jahre altes Mädchen. Ein Zivilist und ein Soldat der 2. Kompanie des Kaiser Franz Grenadierregiments hielten die bereits besinnungslos Gewordene aus dem Wasser. Ein Schutzmann schaffte sie dann nach dem Urban-Krankenhaus.

Zu dem Kapitel der Massenfälle durch Umfängen der Auber-Boote wird noch von einem Leser geschrieben:

Die Angaben, die der Einsender der gestrigen Koliz macht, sind zweifellos richtig. Und doch glaube ich nicht, daß sein Vorschlag, die fischen Fischerfähre für die Sonntagsruderei einzuführen, Erfolg haben dürfte. Das Vorhaben wird bestimmt an dem Widerstand der Bootverleiher scheitern. Denn die schweren Fischerfähren werden naturgemäß keine Riebhöher finden. Eine Auberpartie darin ist sicher kein Vergnügen, sondern eine anständige Strapaze. Es dürfte wohl noch einen anderen Ausweg geben. Die Bootbauerei hat ja in den letzten Jahren so hervorragende Leistungen vollbracht, daß man wohl annehmen kann, sie wird auch hier eine Lösung finden, die den Booten eine größere Sicherheit verleiht, ohne sie darum zu schwerfällig zu machen.

Aber bei diesem Kapitel möchte ich noch eine andere Ursache der Unfälle streifen: Es ist das rücksichtslose Fahren vieler Dampfer.

Bereits im vorigen Jahre wurde an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß der Sonntagverkehr zwischen Regal-Boatwinkel, Spandau zu einer wahren Schjagd geworden ist. Dort verkehren die Dampfer „Ottone“, „Charlotte“ und „Erna“. Von Hause aus sind sie zu Schlepptochern gebaut, nur Sonntags dienen sie der „Stern“-Gesellschaft als Anstöße. Die Bauart der Dampfer macht sie zum Personenverkehr — wenigstens wie er auf der genannten Strecke stattfindet — untauglich. Beim schnellen Fahren entwickeln sich dermaßen kurze und hohe Wellen, daß — wie man fast jeden Sonntag beobachten kann — zahlreiche Auberboote ein oder zwei Eimer Wasser übernehmen. Wer die Boote kennt, wird wissen, welche Gefahr diese Wassermenge bedeutet. Aber auch zahlreiche Kleidungsstücke, die die Insassen immer vorn in die Spitze legen, um sie zu schützen, werden auf diese Weise ruiniert. Den Schiffsführern soll eine äußerst knappe Zeit zur Zurücklegung der Strecke zugewilligt sein. Und dadurch sind die Kapitäne gezwungen, mit aller Kraft zu fahren. Nach der Veröffentlichung im vorigen Jahre konnte man deutlich wahrnehmen, daß die Schnelligkeit der Dampfer bedeutend gemäßigt wurde. Aber die Zeit ist vergangen und heute ist die Jagerei wieder so toll wie vorher.

Original ist, daß die hochwohlwollende Polizei nichts davon sieht. Sie hat nämlich zu tun damit, die Insel Baumwerder zu beaufsichtigen. Auf dieser Insel tummeln sich Sonntags vergnügte Menschen. Man darf laufen sie sogar in der Badehose dort umher. Da dies nach Meinung des Amtsvorstehers von Regal höchst unästhetisch ist, so ist die gesamte Gendarmerie von Regal und Umgebung auf den Weinen, um den Badehoseträgern 3 M. abzuhaken. Dafür kann man aber fast alle Tage von Stillschleppbooten und Ueberfällen in der Jungfernheide hören. Aber was macht das. Die Hauptsache ist doch, daß man den preussischen Untertanen zeigt, daß sie auch Sonntags nichts nach ihren Wünschen einzurichten haben. Nicht einmal auf einer einsamen Insel dürfen sie ihren freien Tag verlieren.

Ein Unfall auf dem Flugplatz Johannisthal traf gestern früh den Aviatiker Grulich. Der junge Flieger unternahm zwischen 4 und 5 Uhr morgens einen Flugversuch mit seinem Eindecker eigener Konstruktion. Aus einer Höhe von 30 Metern stürzte plötzlich der Apparat mit seinem Führer auf den Boden. Die Maschine wurde zertrümmert. Grulich erlitt Verletzungen am linken Fuß und wurde nach der Unfallstation und von dort nach Auflegung eines Verbandes in seine Wohnung gebracht. — Der nach einer Blinddarmpoperation geneigte frühere Kadettenführer Poulain begann gestern wieder mit seinen Flugübungen. Nachdem er einige Runden allein zurückgelegt hatte, nahm er den neunjährigen Sohn von Dr. Frig Guth als Passagier mit.

Beim Spaziergange vom Tode ereilt wurde gestern mittag der 60 Jahre alte Hauseigentümer Richard Heyer aus der Grünhäger Straße 48. Er war etwas an die frische Luft gegangen und wurde bald darauf von Vorübergehenden an der Einfriedigung des unbedeutenden Grundstücks Straßauer Str. 1 als Leiche aufgefunden.

Ein aufregender Vorgang spielte sich gestern auf der Obersee ab. Auf einem hinter Köpenick vor Anker liegenden Frachtschiff hatte die Frau des Besitzers ans Ufer gehen wollen. Sie trug ihr zweijähriges Kind auf dem Arm und in dem Augenblick, als sie über das Verbindungsbrett schritt, glitt sie aus und stürzte mit dem Kleinen in die See. Glücklicherweise war der Vorgang von einem anderen Rahne aus beobachtet worden. Zwei hinzueilende Schiffer machten sich sofort an die Rettung. Nach lebend wurde die Mutter, die ihr Kind fest an sich geklammert hatte, aus dem Wasser gezogen.

Unter nächstlicher Aufseherführung durch die große Berliner Leiden seit langer Zeit die Anwohner der Kaiser- und Schillingstraße. Dort herrscht bekanntlich bis spät in die Nacht ein reger Verkehr der Straßenbahn. Mehr wie anderswo macht sich daher auch eine Loderung der Schienen bemerkbar, die von Zeit zu Zeit befestigt werden müssen. Und da diese Arbeit nur des Nachts ausgeführt werden kann, so herrscht bis früh morgens hier ein ohrenbetäubender Lärm, der den Anwohnern fast allmonatlich zwei bis drei Nächte, so lange diese Arbeit dauert, den Schlaf raubt. Zwei bis drei Arbeiter sind kaum daß der Riesenverkehr etwas zur Ruhe gekommen, ununterbrochen damit beschäftigt, durch wichtige Hammerschläge die Einbettung der Schienen zu zerstören.

Der hier mitgeteilte Vorgang spielt sich in allen verkehrsreichen Straßen von Zeit zu Zeit ab. Und man muß sich eigentlich wundern, daß ein so großes kapitalistisches Verkehrsunternehmen noch kein anderes Verfahren der Schienenbefestigung ermittelt hat.

Die Tatsache, daß durch diesen nur allzu oft wiederkehrenden nächtlichen Lärm vielen Bewohnern die Nachtruhe geraubt wird, hätte auch schon den für das Wohl der Anwohner so besorgten Berliner Polizeipräsidenten veranlassen sollen, nach Mitteln zu suchen, die den gegenwärtigen Zustand unmöglich machen.

In der Werkstatt vom Tode überrascht wurde gestern der 30 Jahre alte Lithograph Wilhelm Jantich aus der Kochmannstr. 6. Der Mann erkrankte beim Austritt, wurde von Arbeitsgenossen nach der Werkstatt geleitet und verstarb hier nach wenigen Augenblicken, wahrscheinlich an Herzschlag.

Wegen eines gefährlichen Dachstuhlbrandes wurde am Mittwoch nachmittag bis 1. Kompanie nach der Oranienstraße alarmiert. Dort fand der Dachstuhl des Schaufes Oranienstraße 110/111 und Alte Jakobstraße gegenüber der Reichsdruckerei in Flammen. Diese hatten schnell Rettung gefunden, so daß der 1. Löschiug mit mehreren Schlauchleitungen kräftig Wasser geben mußte, um eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Die Entstehung ist noch nicht aufgeklärt. Vor einigen Wochen hatte die Feuerwehr bekanntlich zweimal gang in der Nähe, Alte Jakobstraße 28/24, tüchtig zu löschen. Dort brannten mehrere Dachstühle von Seiten- und Quergebäuden, ein großer Lagerkeller usw. auf dem Grundstück „Jakobshof“. Die Ursache dieser Brände ist bis heute noch nicht ermittelt.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin und Umgegend. Die letzte Ausschüttung vom 21. August beschäftigte sich zunächst mit der Aufnahme des Vereins „Freier Männerchor“ in Rathenow. Da kein Vertreter erschienen war, wurde die Aufnahme zurückgestellt. Die Reizeiterstatistik ergab, daß die Beteiligung in diesem Jahre eine bessere war, wie im vorigen Jahre, wozu wohl beigetragen hat, daß der 1. Mai in diesem Jahre auf einen Sonntag fiel. Ausgeschlossen wegen zu geringer Beteiligung an der Reizeiter wurden die Vereine „Viederkunst“ und „Silaritas“. — Sodann forderte der Vorsitzende die Vereine auf, die Prozeduren wegen des gemischten Chores bis zur nächsten Ausschüttung einzusenden. Ebenso muß das Material gegen die Luftbarkeitssteuer umgehend an den Vorsitzenden gesandt werden, die die Vorlage Anfang September zur Verhandlung kommt. Gerügt wurde die laue Beteiligung der Berliner Sängerbünder an dem Konzert der Leipziger und an den sonstigen Veranstaltungen. Es sei zu hoffen, daß anlässlich des geplanten Besuchs der Bremer Sängerbünder die Teilnahme eine bessere sei und auch die Gastfreundschaft hierbei mehr zur Geltung komme. Nach Annahme einiger Mitteilungen beim Jugendausflug und Arbeiter-Abstinenzbund wurde die Sitzung geschlossen.

Eine große Matinee veranstaltet am Sonntag, den 28. August, in der Brauerei Friedrichshain am Königtur der „Dachbinder-Männerchor“ Leipzig in Gemeinschaft mit dem Gesangsverein „Liberty“ Berlin unter der Mitwirkung der Konzert- und Opernsängerin Jek. Rotti Eichstädt (Sopran) und Herrn Georg Moschel (Orgel). Anfang 11 1/2 Uhr, Einlaß 10 1/2 Uhr. Der Eintritt kostet an der Kasse 50 Pf., im Vorverkauf 40 Pf. Die Matineebillets berechnen auch zum Eintritt für das Nachmittagskonzert.

Die Poststraße von der Wolfenstraße bis zum Mühlenstamm sowie die Parkstraße von der Edinburger Straße durch den Schiller-Park bis zur Straße 400 sind gesperrt.

Zeugen gesucht. Autoführer, die am 9. Juni früh 4 1/2 Uhr an der Friedrichs-Eds Jägerstraße den Zusammenstoß zweier Autodroschken beobachtet haben, werden gebeten, ihre Adresse Engelfufer 15, 8 Treppen, abzugeben.

Feuerwehrbericht. Wegen eines Kellerbrandes wurde die Feuerwehr nach der Friedbergstr. 11 alarmiert, wo sich Preshloben entzündet hatten. In der Romintener Str. 1 brannten ebenfalls Preshlofen, die in einem Laden aufgestapelt waren. Nach der Postmeisterstraße 32 wurde der 17. Zug gerufen, wo Papier in einem Keller angezündet worden war. Ein Wohnungsbrand beschäftigte die Feuerwehr in der Lothringer Str. 20. In der Schleimannstr. 18 hatte der 19. Zug einen Brand zu löschen, der durch Ueberlösen von Teer in einer Waschküche ausgenommen war. Aus der Reichenberger Str. 96a wurde ein Schornsteinbrand gemeldet. Ferner liefen Alarime aus Stargarder Str. 15, Badstr. 8 und anderen Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Gegen die vorkommliche Haltung des Magistrats protestierten am Dienstag, den 23. August, wie wir am anderen Tage bereits kurz mitteilten, in fünf überfüllten Versammlungen, bei Hoppe, Pelsch, Wolf, im „Karlsgarten“ und „Felschloßchen“, die Rigdorer Kommunalwähler. Die Referenten, Stadtverordnete Dr. Silberstein, Scholz, Keller, Conrad und Genosse Kunze, schilderten treffend die Entstehung des Wahlrechtsraubes vom 18. Dezember 1908 und wiesen nach, daß es die Sozialdemokratie gewesen ist, welche seit dieser Zeit ständig im Kampfe mit der Stadtverordnetenmehrheit liegt, die durch die brutale Vergewaltigung ein Ortsstatut ins Leben rief, um die Wähler Rigdorfs zu entrechten. Habe der Magistrat sich früher den Anschein gegeben, als habe er nichts mit dem Wahlrechtsraub direkt zu tun, so stehe jetzt fest, daß unter ihm noch Leute sitzen, welche das wenige Recht der Steuerzahler noch herabdrücken wollen. Es sei sicher bedauerlich, anerkennen zu müssen, daß die Bewohner keiner Stadt so entrechtet seien, wie die Rigdorfs, denn es bringt die I. Klasse 831 000 M., die II. Klasse 830 000 M., die III. Klasse 1 662 000 M. Steuern auf.

In Charlottenburg dagegen verteilte sich die Steuersumme auf die einzelnen Klassen wie folgt: I. Klasse 5 000 000 M., II. Klasse 5 000 000 M., III. Klasse nur 2 000 000 M.

Während man vor dem Wahlrechtsraub mit dem Steuerfuß von 62 M. in der zweiten Klasse wählte, müssen jetzt 131 M. Steuern gezahlt werden. Rigdorf bietet also das erhebende Schauspiel, die elende Dreiklassenordnung, die die Sozialdemokratie laut Programm schon bekämpfte, noch mehr verschlechtert zu haben. Wären die bürgerlichen Stadtväter nicht mit Blindheit geschlagen, dann könnten sie nicht noch obendrein erklären, dem Mittelstand geholfen zu haben. Früher hätten sich die Stadtväter über den Ausdruck „Wahlrechtsraub“ entrüstet und der Stadtverordnetenordner habe Ordnungsrufe erteilt, wenn derselbe angewendet wurde; jetzt sei es dagegen ganz anders; diese Bezeichnung geht anstandslos durch — man habe sich daran gewöhnt. Man könne es der bürgerlichen Mehrheit nachsagen, so lange als möglich den Termin hinauszuschieben, an dem eine sozialdemokratische Mehrheit ans Ruder gelangt. Die Erkenntnis breche sich jedoch auch in den eigenen Reihen der Wahlrechtsräuber Bahn, daß sie im Unrecht sind. Daß es dem Magistrat auf eine Verschleppung ankomme, als er die diesjährigen Listen wieder ungeschicklich aufstellte, ist bekannt, denn sonst wäre es nicht möglich gewesen, die Listen über die Wählerlisten vom vorigen Jahre dem Oberverwaltungsgericht anstatt schon im Januar erst im Juli einzurichten, um so zu ermöglichen, daß die Wähler der dritten Abteilung immer mehr entrechtet werden. Daher weh die Wählerschaft, daß sie ihren Kampf gegen die Gruppe Rahmwig auf den Magistrat auszuweihen hat. Bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen gelte es Abrechnung zu halten mit den Wahlrechtsräubern, damit die Sozialdemokratie, die Hüterin für Recht und Gesetz, den Kampf weiterführt bis das elende Dreiklassenwahlrecht zum Wohle der Gesamtheit verschwindet. — Die Referenten ernteten in allen Versammlungen reichen Beifall. In allen Versammlungen nahmen die Vertreter des Demokratischen Vereins Rigdorf-Orts das Wort, um namens ihres Vorstandes eine Erklärung abzugeben, daß sie gewillt sind, mit den Sozialdemokraten den Kampf aufzunehmen, um die Wahlrechtsräuber aus dem Stadtparlament zu entfernen. Genosse Klüh im Hoppeschen Lokale bemerkte, daß die vortrefflichen Zusicherungen der Demokraten nun auch in Erfüllung gehen müßten. Er führte ein markantes Beispiel an, wo vor ungefähr zwanzig Jahren auch hochtrabende Worte geführt, die Liberalen hernach aber elend zusammengebrochen sind, nämlich in Schleswig-Holstein! Diese Volkverräter, diese Wahlrechtsräuber zu besiegen, lasse ihm jedes Wändnis zu ersparen. Das Proletariat habe aber dessen ungeachtet seinem Ziel zuzustreben, um noch andere Mittel zu gebrauchen, die zu Gebote stehen, wenn die Landesgesetzgebung zum Wohle der Wahlrechtsräuber es wagen wollte, die entrechtete Masse noch mehr zu unterdrücken. Diese Ausführungen fanden ungeteilten Beifall. Nachdem die Versammlungsleiter noch auf die Notwendigkeit der politischen Organisation hingewiesen und zum Lesen der Parteipresse aufgefordert hatten, gingen die Versammelten nach Annahme der bereits mitgeteilten Resolution mit Hoch auf das freie Wahlrecht und die Sozialdemokratie auseinander.

Charlottenburg.

Ein entsetzliches Brandunglück hat sich gestern vormittag in der zwölften Stunde in Rigdorf zugetragen. Die in der Steinwegstraße 18 wohnhafte 53 Jahre alte Albertine Hoffmann hatte für ihr Entlednisch Kochen wollen. Sie benutzte hierzu einen Spirituskocher und beging dabei die Unvorsichtigkeit, die Spirituskocherflamme nicht neben den Kocher zu stellen. Plötzlich kam die Flamme, die durch die Wärme erlitt worden war, zur Explosion und der ganze brennende Spirituskocher ergoß sich über die Frau hinweg. Im Nu fanden die Kleider der Unglücklichen in hellen Flammen. Hinzukommende Nachbarn erstickten die Flammen schließlich durch Ueberwerfen von Tüchern. Inzwischen hatte Frau H. aber bereits fürchterliche Brandwunden erlitten. Sterbend wurde sie in das städtische Krankenhaus eingeliefert.

Die Einweihung des auf Westend neu eingerichteten städtischen Spielplatzes findet am Sonntag, den 28. d. M. anlässlich des 9. Spieltages statt. Das Gelände liegt an der Spandauer Chaussee in unmittelbarer Nähe der Stadt und wurde kürzlich für 2 Millionen an-

gekauft. Für den eigentlichen Spielplatz sind 5 Hektar zur Verfügung gestellt worden. Seine Länge beträgt 450 Meter, die Breite 115 Meter. Er enthält eine 500 Meter lange Laufbahn mit erhöhten Kurven, besondere Plätze für Spiele, Wurf- und Springübungen, ferner ein Lichtluftbad und Fußballplatz, große Gassen, Umkleieräume und Brausen und Geräteräume. Die Einrichtungskosten betragen 65 000 M. Der Platz liegt in der Nähe der zu errichtenden Bismarckwarte und hat eine prächtige Aussicht auf das breite Spreetal mit der im Hintergrunde liegenden Jungfernheide.

Wilmsdorf.

Die Liste der stimmfähigen Bürger ist nun aufgestellt und wird in der Zeit vom 1. bis einschließlich 15. September dieses Jahres an den Wochentagen von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr und an den Sonntagen von vormittags 9 bis 12 Uhr in der Melde- und Wahlabteilung, Gostener Str. 11, 2 Treppen, zur Einsicht öffentlich ausliegen. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste sind während der Dauer der Auslegung bei dem Magistrat zu erheben. Die Gesamtsumme aller für die Abteilungsbildung maßgebenden Steuern beträgt 4 674 850,17 M. Es gehören zur 1. Abteilung diejenigen Wähler, welche in der Liste mit einem Steuerbetrage von 1636,80 M. abschließen. Die 2. Abteilung beginnt mit dem Steuerbetrage von 1636,80 M. und schließt mit einem solchen von 292 M. ab. Die 3. Abteilung beginnt mit dem Steuerbetrage von 291,40 M.

Es muß jetzt schon jeder Stimmberechtigte darauf aufmerksam gemacht werden, sich an einem der angegebenen Tage davon zu überzeugen, ob er auch in der Liste verzeichnet ist.

Wariendorf.

In dem Bericht über die letzte Wahlvereinsversammlung ist insofern ein Irrtum enthalten, als die vom Kreis beschlossene Erhöhung der Beiträge nicht gegen vier Stimmen, sondern mit einer Majorität von vier Stimmen angenommen wurde.

Wernsdorf.

Ein Raub der Flammen wurde die bekannte Bauersche Schiffswerft in Wernsdorf i. M. mit allen Vorräten, Gebäuden usw. Die Entstehung konnte nicht aufgeklärt werden. Es wird Brandstiftung vermutet. — Auf dem Gute Möstenberg gingen zwei große gefällte Scheunen in Flammen auf. Der Schaden ist zum Teil durch Versicherung gedeckt. Auch dieser Brand wird auf Brandstiftung zurückgeführt.

Miserable Schulzustände herrschen nicht etwa nur in Ostelbien, sondern auch in unserem gar nicht so sehr weit von der Reichshauptstadt entfernten Ort. Wernsdorf hat etwa 200 schulpflichtige Kinder, die von zwei Lehrern unterrichtet werden. Vor längerer Zeit wurde der erste Lehrer zu einer militärischen Uebung eingezogen; in dieser Zeit kam vom Nachbarort ab und zu ein Lehrer aus Hilfsweise herüber. Abdam wurde der zweite Lehrer verfehrt, so daß wieder nur ein Lehrer am Ort war. Jetzt ist auch der erste Lehrer nach Gosen verfehrt worden, an seine Stelle ist ein junger Lehrer getreten, dem die Aufgabe, die 200 Kinder in drei Klassen zu unterrichten, zufällt. Unter diesen Umständen wird der Unterricht natürlich wesentlich gekürzt, denn es hieße zu große Anforderungen an den Lehrer stellen, wollte man von ihm verlangen, daß er in jeder Klasse drei bis vier Stunden Unterricht erteile. Es fragt sich nur, wie lange dieser Zustand noch bestehen soll. Hat sich die Gemeindevertretung noch nicht hiermit beschäftigt und baldige Abänderung vorgegeben? Sind dem in Neu-Jittau wohnenden, die Aufsicht über die hiesige Schule führenden Pfarrer die trostlosen Verhältnisse unbekannt?

Spandau.

Ein Dachstuhlbrand kam am Mittwochnachmittag kurz nach 1/2 Uhr in der Kaserne des Garde-Grenadier-Regiments Nr. 5 aus. Der Brand wurde rechtzeitig bemerkt und konnte, ehe er einen größeren Umfang annahm, gelöscht werden. Die Entstehungsurache ist bis jetzt noch unbekannt.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes wurde gestern in der Nacht von einem Streckenwärter auf dem Bahnhöfe zwischen Wühlleben und Spandau aufgefunden.

Jugendveranstaltungen.

Wilhelmsruh. Sonnabend, den 27. August, abends 9 Uhr, findet hier Reinickendorf und Wilhelmsruh bei Köllmann, Seebad, Kronprinzenstr. 1 eine Agitationsversammlung für Jugendliche statt. Wir bitten die Parteigenossen und Genossen, sich recht zahlreich mit ihren Söhnen und Töchtern daran zu beteiligen.

Amlicher Marktbericht der städtischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Warenlage:** Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise für Hammel- und Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft sehr schleppend, Preise wenig verändert. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft sehr schleppend, Preise wenig verändert. Fisch: Zufuhr etwas reichlich, Geschäft ziemlich regt, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Gebäck: Zufuhr meist über Bedarf, Geschäft wenig befriedigend, Preise weiter nachgebend.

Witterungsüberblick vom 25. August 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft in 1 m Höhe	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft in 1 m Höhe
Eutinende	763	SO	3 heiter	14	Caparanda	764	W	2 bedeckt	10		
Danzburg	760	SO	2 heiter	14	Petersburg	764	W	1 wolkenl	9		
Berlin	760	W	1 bedeckt	14	Stettin	758	SW	3 halb bb.	16		
Kranz a. M.	762	SW	4 halb bb.	16	Übersee	758	W	2 halb bb.	11		
Brandenburg	762	SW	2 halb bb.	16	Varis	764	W	2 wolfig	14		
Wien	765	W	1 bedeckt	14							

Wetterprognose für Freitag, den 26. August 1910. Zeitweise aufklarend, am Tage ziemlich warm, vereinzelte Regenfälle Südwestwinde.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 24. 8.	am 25. 8.	Wasserstand	am 24. 8.	am 25. 8.
Regel, Havel	—	—	Saale, Großh.	98	+10
Regel, Havel	89	+26	Quesel, Spandau	75	-3
Regel, Havel	103	-8	Quesel, Rathenow	67	+1
Regel, Havel	216	+56	Spreew., Spremberg	—	—
Regel, Havel	194	-3	Regel, Bredow	168	+2
Regel, Havel	142	-5	Regel, Rinken	157	+12
Regel, Havel	-12	-1	Regel, Rinken	19	-6
Regel, Havel	-29	+1	Regel, Rinken	385	-2
Regel, Havel	-16	0	Regel, Rinken	314	+2
Regel, Havel	-38	+8	Regel, Rinken	311	-3
Regel, Havel	-158	-12	Regel, Rinken	85	-20
Regel, Havel	62	-7	Regel, Rinken	144	-3
Regel, Havel	97	-1	Regel, Rinken	140	+51

+) + bedeutet Hoch, — Fall. *) Unterpegel.

Zentralverband der freien Händler, Gaullerer und verwandten Berufsgruppen Deutschlands. Sitz: Eisen-Str. 10, Verwaltungsstelle Berlin, Bezirk II Norden. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Petzsch, Pappel-Allee 80 Versammlung. Gäste willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter (E. D. 29, Hamburg). Filiale Baumfchulenweg. Am Sonnabend, den 27. August, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Rüdiger, Baumfchulenstraße 67: Mitglieder-Versammlung.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 48. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Das

gleiche Urteil. — Der Kongress von Kopenhagen. Von R. Kaufsch. — Die politische Lage in Dänemark. Von Gustav Bang. — Der Parteitag von Chicago und die Aufrage. Von Gustav Eßlein. — Parteiverhältnisse und Parteikämpfe in Holland. Von Henriette Roland-Dollé. — Notizen: Auf ein Beitrag zur Einwanderungsfrage. Von G. E. — Literarische Rundschau: Eigen v. Philippovich. Die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Ideen im neunzehnten Jahrhundert. Von G. Eßlein.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Richtungs großer Verkehrsplan von Berlin mit Vororten, im Maßstab 1:20.000. Mit Verzeichnis der Straßen und Seitenabstände. Preis 6 farbige 2 M., 5 farbige 1,50 M., 4 farbige 1 M. — **Richtungs kleiner Verkehrsplan von Berlin mit Vororten im Maßstab 1:20.000.** Mit Verzeichnis der Straßen und Seitenabstände. Preis 6 farbige 1 M., 5 farbige 75 Pf., 4 farbige 50 Pf. — **Richtungs Handbuch für die Mark Brandenburg und angrenzende Gebiete.** Von Professor Dr. G. W. Richter. Dritter Teil. Weitere Umgegend Berlins (Südliche Hälfte). Mit 26 Karten. Lebende Auflage. Preis gebunden 2,50 M. Verlag von Neumann, Neudamm, Berlin SW. 11, Kleindammstraße 20.

Die Sonnt. Mit Originalzeichnungen. Von G. Eßlein. Preis 70 Pf. Verlag von Neumann, Neudamm, Charlottenburg, Kantstraße 1.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 26. August.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königl. Opern-Theater.
Margarite.
Königl. Schauspielhaus, Bürgerlich und romantisch.
Deutsches Faust.
Kammerspiele. Pledschwalzer. Anf. 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.
Reising. Das Konzert.
Werthner. Tullus.
Romische Oper. Tullus.
Kleinod. Nur ein Traum.
Neues Kasernenluft.
Wesden. Im Taubenschlag.
Neues Schauspielhaus, Kaffee.
Wesden. Die geschiedene Frau.
Zwitsch. Polnische Wirtschaft.
Schiller O. (Wahnen-Theater.)
Der Trompeter von Säckingen.
Schiller-Charlottenburg. Goldene Dergeln.

Berliner Volkoper. Alt-Heidelberg. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Zwitsch. Auf der Goldwage.
Heibel. Wenn gehört Helena?
Der Kuh auf der Redoute. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
Lustspielhaus. Das Leutnantsmündel.
Herrnsfeld. Die Welt geht unter.
Wenn zwei dasselbe tun.
Wolfe. Ein heikler Fall.
Trionon. Pariser Blumen.
Solles Caprice. Die böse 13.
Die leuchtende Leinwand. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Volgt. Lebenswelle.
Puhlmann. Am Rande des Abgrunds. (Anfang 1/2 Uhr.)
Metropol. Galloch II — Die große Renne.

Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stuttgarter Sönger.
Walhalla. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Prater. Spezialitäten.
Schweizer-Garten. Spezialitäten.
Altenios.
Max Altem. Spezialitäten.
Waldgarten. Der Himmelsbaron.
Urania. Taubenschlag 48/49.
Abends 8 Uhr: In den Dolomiten.
Sternwarte. Bismarckstr. 57-62.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Das Konzert.
Sonnabend 8 Uhr: Der Silberberg.
Sonnabend 8 Uhr: Lantaris d. Marr.
Sommerpreise: Part. 5, 4 u. 3 M. u.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taufun.**
Morgen: **Taufun.**

Neues Theater.
Täglich:
Kasernenluft.
Anfang 8 Uhr.

Berliner Volkoper.
Heute 1/2 Uhr:
Gastspiel des Neuen Schauspielhauses:
Alt-Heidelberg.

Theater des Westens.
Anfang 8 Uhr.
Die geschiedene Frau.
Operette von Leo Fall.

Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Operette in 3 Akten von H. R. Wagner
u. H. Bodanzky. Musik v. Franz Lehár.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Im Taubenschlag.
Sowohl in 3 Akten von Hennequin
und Weber.
Morgen und folgende Tage dieselbe
Vorstellung.
Sommer-Preise.

Luisen-Theater.
Letzte Woche!
Abends 8 Uhr: **Auf der Goldwage.**
Schauspiel in 5 Akten.
Sonnabend: **Vena Warazetten.**
Sonnabend 8 Uhr: **Der Graf von Monte Christo.** Abends 8 Uhr:
Der stille See.
Morgen: **Gefährten.**

Herrnsfeld Theater.
Die größten Schlager
der letzten Saison:
Die Welt geht unter! und
Wenn zwei dasselbe tun
mit Anton und Donat Herrnsfeld.
Weltweiser. 11-2 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Heute abend 8 Uhr:
In den Dolomiten.

ZOO-LOGISCHER GARTEN.
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.

Ausstellungshalle am Zoo.
Täglich 6-11 Uhr:
Riesen-Kinematograph.

Passage-Panoptikum.
Bodhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem eisernen Schlund!
Von 4-7 Uhr **Vitascope-Theater.**
Aquanoptikum.
Experiment aus der 4. Dimension!
Alles ohne Extra-Eintrag!

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ein einziger Erfolg!
In einem amerikanischen Bulldog-Tingeltangel.
La mime espagnole Zoraita
und das großartige August-Programm.

Trionon-Theater.
Heute u. folgende Tage (Anf. 8 Uhr):
Pariser Witwen.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel

ROSE-THEATER
(Große Franziskaner Str. 132.)
Täglich Anfang 8 Uhr:
Ein seltsamer Fall.
Auf der Gartenbahn: Theater-
vorstellung, Spezialitäten. (Neues
Programm.) Anfang 4 1/2 Uhr.

Apollo Theater.
Letzte Woche
der
unübertroffenen
komischen
August-Programms.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
Konzert, Theater, Spezialitäten.

Reichshallen-Theater.
Von nun an täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonnabends
7 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wahnen-Theater.)
Gottschald-Oper.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.
Romantische Oper in 3 Akten von
Ulrich E. Kehler. Ende 10 1/2 Uhr.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr,
bei ermäßigten Preisen: **Undine.**
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Förster-Christi.
Sonntag, nachm. 3 Uhr,
bei ermäßigten Preisen:
Zar und Zimmermann.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Goldene Herzen.
Voltsstück in 4 Akten von G. Karlow.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Bresters Millionen.
Sonntag, nachm. 3 Uhr
Wilhelm Tell.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Egmont.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises**
Sonntag, den 28. August 1910:
Großes Sommer-Fest
im Lokale von **Fritz Wilke, Brannenstr. 188**
bestehend in
Konzert, Gesang, Berliner Ulk-Trio, Volks- und
Kinderbelustigungen aller Art.
Im Saale: **Tanz.**
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.
Eröffnung 3 Uhr. Anfang 4 Uhr.
Programme werden an der Kasse bezahlt.
220/8*

Konzert-Etablissement Friedrichshain am Königstor
Sonntag, den 28. August 1910:
Grosse Matinee
veranstaltet vom
„Buchhändler-Männerchor“, Leipzig | Gesangverein „Liberté“, Berlin
Chorm. Herr Karl Schönbold | Chorm. Herr P. A. Joseph
Mitglieder des D. A.-S.-B.
Mitwirkende: Konzert- u. Opernsängerin Frl. Loti Eichardt (Sopr.)
Herr Georg Maerdel (Orgel).
Anfang präzis 1/2, 12 Uhr, Einlaß 10 1/2 Uhr. 514b
Eintritt 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf., Progr. u. Liedertexte grat.
Rauchen nicht gestattet.

Die Matinee-Billets berechtigen auch zum Eintritt
für das Nachmittags-Konzert.
Abends von 7 Uhr an: **GROSSER BALL.**

Schloß Weissensee.
Heute Freitag, 26. August: **Internation. Ringkampf-Konkurrenz.**
Es ringen: Madraill, Armenien, gegen Manfred, Italien. Beck-
ling, Hamburg gegen Zauer, Bayern. Michailoff, Russland, gegen
Wibach, Sachsen. — **Gutschtungskampf:** Island, Deutschland, geg.
Belkingrad, Hamburg.
Vor den Ringkämpfen: **Auftritten der beliebtesten Hoffmanns Sönger.**
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr, der Ringkämpfe 9 1/2 Uhr. Auto-Freil-
fahrt vom Alexanderplatz (Zieh) 8 1/2 Uhr. Morgen Fortsetzung.

Luna-Park
**TERRASSEN
HALENSEE**
Größter Vergnügungspark
des Kontinents.
Sensationelle Attraktionen, Translateur- und Militär-
Kapellen, Oberbayerische Sönger und Schuhplattler.
Neu! Tanagra, das achte
Weltwunder.
Eintrittspreis 50 Pf.
Sonnabend, den 27. August:
Elitetag.
Tausend und eine Nacht.
Feenhafte Parkbeleuchtung durch 16 Schiffsscheinwerfer.
Magische Beleuchtung. Aladins Wunderlampe.
Dirigentengastspiel von Viktor Holländer
mit dem Translateur-Orchester. Sensationelle Attraktionen.
4 Kapellen, Konfettischlacht, Luftschlangen.

Bellevue Woltersdorfer Schleuse,
empfiehlt sich zu Dampfpartien. 250*
Großer Partisaal. Garten direkt am See.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTERGARTEN
Das
Eröffnungsprog.
U. a.:
Rajah
die unvergleichliche
ägyptische
Tänzerin.

**CIRCUS
CYRILLI**
Pankow, Berliner
straße
(n. d. Schönhauser Allee)
Heute, Freitag,
abends 8 1/2 Uhr:
**Clown- und Komiker-
Vorstellung.**
Sonnabend, 27. August,
abends 8 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.
Die Straßenbahnlinien 45,
47, 49, 51, 57 führen zum
Circus Hatla, der 2 Min.
von den Stadtbahnhöfen
Schönhauser Allee und
Pankow - Nd.-Schönhausen
entfernt liegt.
Ein Riesen-Programm zu
unvergleichlich billigen Preisen!
Fernruf:
A. Pankow 421

Casino-Theater
Lötzingener Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Wieder-Eröffnung
10. Saison.
Sonnabend, den 27. August:
Der schneidige Rudolf.
Kudolf Wimpelmann: Dir. G. Berg.

**Walhalla
Variete-Theater**
Weinbergsweg 19-20, Rosenthaler Tor.
Anfang 8 1/2 Uhr.
**Die amüsanten
Spezialitäten.**

Königstadt-Kasino.
Colmarstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Inhaber: Max Schindelhauer.
Im herrlichen Naturgarten (bei un-
günstiger Witterung im Theaterhaus).
Les Fleurs, Hand- u. Kopfgleichheit.
Kio? des Teufels Wästel.
The Willuhus, Clampton-Wat-Act.
Wittwochs: **Freitanz.**
Anfang wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonnabends 8

**Spree-Garten
Treprow.**
Täglich nachmittags:
Kaffee-Frei-Konzert
Heute Freitag:
Gr. Konzert
Gesamte Kapelle d. Jugend-
wehr in Uniform.
Anfang 7 Uhr. Entree 15 Pf.

Puhlmanns Theater
Södh. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.
Im Garten oder Saal:
Erstklassige Spezialitäten.
Anfang des Konzerts 1/2 Uhr.
der Vorstellung 1/2 Uhr.
1/2 Uhr:
Genießet das Leben.
Entree 20-40 Pf.
An den Pöhlen u. nach d. Vorst.: Ball.
Wittwochs, 31. August: **Der Will-
kour und sein Schwiegersohn.**

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Am Vorl. täglich **Doppel-Konzert.**
Eintritt: 10-6 Uhr 1 M., u. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonnabends 50 Pf. Danert. 8 M.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonnabends 4 Uhr.

Burgtheater-Kinematograph
vorm. Groterjan, Inhab.: Rud. Herz.
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
Während der Sommermonate nur
Sonnabend, Sonntag u. Montag.
Eintritt 80 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
Anf. 7 u. Sonnab. 4 u. Vorzugskarten,
nur wochentags gültig. 25 Pf. auf allen
Wochen. **Geis wech. Progr. Jed.**
Sonnab. i. Oberaal: **Künstlerkonzert.**
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
R. d. Konzert: **Familien-Kränzchen.**
Täglich: **Freikonzert.**

Karl Haverland-
Anfang Theater präz. 7 1/2 u.
77/79 Sommerdammstraße 77/79.
Das wunderschöne
Eröffnungs-Programm.

Sanssouci
am Kottbuser Tor.
Ab September allabendlich
im prächtig renovierten Theater:
Gr. Varieté-Programm
Berliner Possen.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Heute Benefiz f. Regist. A. Söngen.
Der Bettelstudent von Berlin.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
3. Sept.: **Gr. Kinderfreudenfest.**

Volgt-Theater
Geisbrunnen Badstr. 58.
Freitag, den 26. August, 1/2 8 Uhr:
Lebenswelle.
Gr. Lebensbild mit Gesang und Tanz
in 4 Bildern von G. Wiflen.
Das große Augustprogramm.
Rasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

Max Klemms Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: Rudolf Krüger.
Hasenhalde 13/15, vis-à-vis v. Turmpf.
Täglich:
**Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.**
Artist. Leitung: Walter Gröwenitz,
Kapellmeister: Max Wolfheim.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnab. 1/2 8 Uhr.

Schweizer Garten
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich abends 1/2 10 Uhr:
Eiternlos
oder:
Berlin arm und reich.
Volksstück mit Ges. in 2 Akten.
Vorher: **Spezialitäten.**
Volksbelustigungen. Tanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 20 Pf.

Volksgarten-Theater
Inhaber: Weismann.
Badstr. 8, Behm- u. Bismarckstraße.
Täglich: **Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorst.** Das neue Neuen-
Augustprogramm. **Neu: Der Himmels-
baron,** od. Die Jagd u. d. Schwieger-
sohn. Hoffe m. Gef. u. Tanz in 5 Bild.
Jed. Donnerst.: **Gr. Brillant-Faewer.**



Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes
„Solidarität“

Touren
zum Sonntag, 28. August.
Sämtliche Abteilungen
12 1/2 Uhr nach
Ober-Schöne-weide
Volkstfest.

Sammelort in Ober-Schöne-weide
1 1/2 Uhr (Marktplatz, Edisonstraße).
Starts an den bekannten Stellen.

11. Abt., Section der Gastwirt-gehilfen, am 1. September, 8 Uhr: Wendisch-Buchholz, Start: Gr. Ham-burger Str. 18.

12. Abt., 5 Uhr: Rudow (Schweizerhaus).

13. Abt., „Hungriger Wolf“, Start: Pfarrstr. 74.

Zur Konfirmation
Einsegnungs-Anzüge
Einsegnungs-Kleider
Prüfungs-Anzüge
Prüfungs-Kleider
Fertige Wäsche
Kleiderstoffe in allen
Farben
auf **Teilzahlung**
nur
wöchentlich
1 Mk.
M. Beiser,
Lothringer Str. 67, I. u. II.,
zw. Rosenthaler- u. Schönhaus-Tor.

Einsegnungsanzüge

sehr große Auswahl fertig 9.— an, nach
Maß ausgetrennt billig. Herren-
Anzüge 8.25 an. Herren-Jackensätze
32.— 38 R. Stoffe, engl. Tuche, Anzugs-
reife billig. Wenn ich die wir unsere
Vertreter mit Muster ohne Kauf-
verpflichtung **Tuchgesellschaft**
Kottbuserdamm 16—17 (Hochb.) Vor-
zeiger d. Inserats erhält 5 % Rabatt.

Leser dieses Blattes wissen, aus welchen Gründen

Elfe - Cigaretten

zu bevorzugen sind. 398L*

„Silesia-Bad“

Schlesische Str. 31
Alle Arten medizinische Bäder.
Lieferant aller Kassen.

Selowskys
Bolero
ist nach dem
Urteil aller Sachverständigen
die
feinste **2** Pf.-Zigarette.
Gesetzlich geschützt!

Ohne jede Anzahlung
Pianos
erstklassiges Fabrikat
(5mal prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.
**(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
ohne jeden Vorauszahlung.**
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1
Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

JOSETTI VERA
Cigaretten
Ihren Erfolg
verdanken
nur dem hohen Grad
Ihrer Güte und der Tat-
sache, daß Besseres in
der 3 Pfg.-Preislage
nicht geboten werden
kann.

Joseppi-Vera-Cigaretten
m. u. o. M.
10 St. 30 Pfg.

Robert Schmidts Restaurant
u. Festhalle
Frucht-Strasse 36a.
Empfehle den verehrlichen Vereinen
und Gewerkschaften meine Räume.
Sonnabend und Sonntag noch frei.

Kaulsdorf und Mahlsdorf.
Nur 20 Pf.-Fahrtv. Zentrum Berlins,
trotzdem billig, als weiter v. Berlin
gelegene Orte, wie Hoppegarten,
Neuenhagen usw. M.B.S. Anzahlung,
langj. Hypotheken. Pläne gratis.
Verkäufer ständig am Bf. Mahlsdorf
im Pavillon. 435L*
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Freitag und Sonnabend a. w.
prima frische **Zander** a Pfd. 65 Pf.
Alle anderen Fluß- und Seefische
zu **Ausnahmepreisen.**
Otto Gundermann,
Fischgroßhandlung,
16 Dragonerstraße 16.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort
(setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben
zahlen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahme-
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,
bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Wandverleimung Krebber, Kalkstein-
platz 7, spottbilliger Bettensverkauf,
Gardinenverkauf, Wäscheverkauf,
Uhrenverkauf, Bedenverkauf, Schmuck-
sachen, Goldschmuck, Silberwaren, ver-
fallene Wänder. 242R

Wandverleimung erhalten 5 Prozent
Estrorabatt selbst bei Gelegenheits-
käufen. Teppich-Thomas, Oranien-
straße 100, Oranienplatz. 894R

Taschenbuch für Gartenfreunde
Ein Ratgeber für die Pflege und
sachgemäße Bewirtschaftung des häus-
lichen Gartens, Gemüse- und Obst-
gärtens von Max Heddörfer. Zweite
vermehrte Auflage. Mit 137 Text-
abbildungen. Preis 3,50 Mark. Expe-
dition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Teppiche! (Lehrerliste) in allen
Größen, fast für die Hälfte des Wertes
Teppichleger Berlin, GutsMuths-
Markt 4, Kollhoffstraße. (Weser des
„Vorwärts“ erhalten 5 Prozent
Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Damenhemden mit handgestrichter
Wäsche 1,15, Herrenhemden 1,15, Kor-
malwäsche, Arbeiterhemden sowie
elegante Kleidermuster bis zur Hälfte
des Wertes. Wäschefabrik Salomonstr.
Dresdenerstraße 21, Alexanderplatz.

Schlafdecken (Deckbettschiff) Kor-
mal (dunkelrot) 1,85 bis 12 Mark,
Wolle (einfarbig) 2,85 bis 18 Mark.
Spezialhaus Emil Kefau, Oranien-
straße 158. 598R

Drehbänke, Blechschalen, Butter-
maschinen und sämtliche Milchgeschäfts-
artikel. Krüger u. Hübner, Wilmanns-
straße 29. 1123R*

Teppiche (Gartenstühle), Stepp-
decken, Gardinen, Tischdecken, Läu-
betdecken, Uebergardinen, Sofa-
stoffreste spottbillig. Habsburger
Wanderhof, Große Frankfurterstraße 9,
Flügelingang. Vorwärts-Expedition
prozent. Sonntags geöffnet. 2488R*

Hermannplatz 6. Allerbilligste
Wandverleimung. Sommerpaletts,
Jackettasche, Webwaren, Herren-
hosen, Extrabilliger Bettensverkauf.
Vermietungsbeiträge, Drahtbetten, Aus-
steuerwagen, Wäscheauswahl, Gar-
dinenauswahl! Teppichauswahl!
Einschlafdecken, Steppdecken, Hand-
tücher, Taschentücher, Goldschmuck,
Großbestände allerbilligster Waren-
verkauf im Wandverleimung Hermann-
platz 6. Auch Sonntags geöffnet.

Wandverleimung und Sommer-
paletts von 5 Mark sowie Sofen
von 1,50, Schrotdampfen von 12,00,
Frack von 2,50, sowie für torpente
Figuren. Neue Garderobe zu staunen-
dilligen Preisen, aus Wandverleimung
verfallene Sachen kaufst man am billigsten
bei Kaff. Kollhoffstraße 14.

Bronzegedächtnis. Gaszug-
ampeln, komplette Gasflucht-Ein-
richtungen. Baumann, Alte Jakob-
straße 125. 1146R*

Die Grundbegriffe der Wirt-
schaftslehre. Eine populäre Einfüh-
rung von Julian Borchardt. Preis
40 Pf. Expedition Vorwärts, Linden-
straße 69.

Leihhaus Kollhoffplatz 58a, I. Stage.
Kollhoffplatz 58a. Leihhaus. Außer-
gewöhnliches Angebot. Von letzten
Auktionen zurückgebliebene Waren-
bestände als wie: ein großer Vorrat
von Kavalieren getragene Jackett-
anzüge, Rodanzüge, Paletots, größtent-
teils auf Seide gearbeitet, von 9—18
Mark. Extra billiges Spezialangebot:
Uhren, Ketten, Ringe, großer Vorrat
verfallener Wäsche, Betten, enorm
billig. Kollhoffplatz 58a. 1121R*

Klappstuhl 6,75, Kleist-
straße 15. 952R*

Vittaners Nähmaschinen ohne An-
zahlung, gebrauchte spottbillig! Sta-
likerstraße 99, Barkauerstraße 67.

4,50 Teppiche, Portieren 3,75,
Wäschedecken 6.—, Gardinen, Laten,
Bezüge nur in der Oranien-Pland-
leibe Oranienstraße 23a. 94/13*

4,25 prachtvolle Betten, 7,00
daunige Betten, 10,00 ganzer Stand,
volantri Anteil, nur in der Oranien-
Plandleibe Oranienstraße 23a. Jed-
geld wird vergütet. 94/14*

4,25 prachtvolle Betten, 7,00
daunige Bauerbetten, 10,00 ganzer
Stand, voltrosa gestreift Anteil, einzig
nur in der billigen Betten-Plandleibe
Prinzenstraße 86. 94/15*

Handbett, zwei Dreibecken, zwei
Rissen, zweischichtig, 15,00, große
Latex 90 Pfennig, Damastbezüge
3,60, Steppdecken, Prinzenstraße 86.

Bauerbedeckbett, Unterbett, zwei
Rissen 24,00, Betten + Plandleibe
Prinzenstraße 86. Himmelsdörfer
vergütet Fahrgeld. 94/17*

Juchhaus, acht Jahre. Lebens-
erinnerungen von Sepp Dertter.
Hochinteressant. Preis 1 Mark. Zu
bestellen Buchhandlung Vorwärts.

Kinderwagen, Klappstühle,
herzschafflich, neuere, spottbillig
Güterstraße 19 A, Borderhaus II,
Ingenieur. 498

Neue Betten! Stauenerregend
billig! Reihhaus, Große Frankfurter-
straße 17. Teppichverkauf! Gardinen-
verkauf! Wäscheverkauf! Herren-
garderobe! Aussteuerwagen! Uhren-
verkauf! Parfumerien! 743*

Obst-, Südfrucht-Handlung veräu-
lich, Tageseinnahme 50—60 Mark,
Stalikerstraße 51. 41

Schankgeschäft, gutgehend, ist zu
verkaufen. Umsatz 38 halbe Tonnen,
8 halbe Weibier. Miete 2000. Preis
3800. Anfragen bei Dittstein, Driker-
straße 43. 5196*

Restoration, Parteilokal, Ball-
verins-Nachhilfe, billige Miete, fran-
kheitsbedingte zu verkaufen. Näheres
Expedition Bernauerstraße 9. 417

Konkurrenz zu verkaufen
Näheres Tannertstraße 20, Hof I. 747

Möbel.
Möbelangebot, gebrauchte und
neue Einzelmöbel und ganze Ein-
richtungen, einladende, eleganteste
Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlaf-
zimmer, beliebigen gewiesen, verfallen,
spottbillig. Kiefernlager, 6 Stagen.
Möbelwerkerei. Neue Königstr. 66,
Fahrlagergebäude. Teilzahlung gestattet.
Sonntags geöffnet. 282/13*

Imzug. Kleiderkoffer 22,00, Challe-
longue 20,00, Küchenspend 12,00, Tisch
3,00, ganze Wirtschaft veräußert
Stallschreiberstraße 62, Reihform.

Lokalberichterstaffel
für das „Hamburger Echo“
gegen festes Gehalt gesucht

Journalistisch befähigte Parteigenossen
wollen ihre Bewerbungen (event. mit Angabe
ihrer Gehaltsansprüche) bis zum 8. September,
mittags 12 Uhr, an die Geschäftsleitung der
Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Auer & Co., Hamburg 36, Fehlandstr. 11,
einreichen.

Geldschrank-Schlosser,
tätigste, finden dauernde Beschäftigung bei
Adolphs & Co., Fabrik feuerfesterer
Schränke,
Ratingen bei Düsseldorf.
5215

Achtung! Töpfer!
Folgende Firmen sind gesperrt und zu meiden:
Ernst Engler, Rixdorf, Berliner Str. 83, wegen Nichtbezahlung
des Tarifes. In Frage kommen die Bauten Berlin, Dener Straße und
Trandaastraße.
Paul Schulze, Rixdorf, Bau Julius-Ede Wendastraße in Rixdorf,
wegen rückständiger Zölne.
Hugo Detert, Berlin, Leipziger Str. 115, wegen Beschäftigung von
Bildern. Hier kommen die Bauten Jahn-Ede Kommissenstraße, Sieglitz, in
Betracht.
Weiter geben wir bekannt, daß die Leipziger Kollegen sich im Streit
befinden. Die dorthin Unternehmer suchen unter Chiffre Töpfer, natürlich
sollen diese Kaufverträge letzten. Also gehe keiner nach Leipzig.
Die Verbandsleitung.
193/9

Verkaufpaar. Pensionate, Sommer-
wohnungen können jetzt enorm billig
einkaufen. Modernes Schlafzimmer
220,00, Stube und Küche, komplett
150,00, Säulentrumeau 25,00, Wäsch-
schrank 55,00, Ausziehtisch 15,00,
eleganter Sofabau 50,00, moder-
ne Küche 55,00, Chaiselongue mit
Decke 21,00, Wachsleuchte mit edler
Marmorplatte 24,00, Wäsche-Kleider-
schrank 28,00, Wäschekasten Dres-
denerstraße 107/8. Kostenloser Lagerung.
FreitranSPORT. 256/13

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
einmal benutzt, 35.—, Holz, Blumen-
straße 36b. 168R

Fahrrädergelegenheitsverkäufe.
25,00, neue spottbillig, alte nehme
zahlung, eventuell Teilzahlung.
Motorweibler-Gelegenheiten. Große
Frankfurterstraße 14, Rummerei.

Musik.
Ruhbaumpiano, wenig ge-
braucht, sofort billig Potsdamer-
straße 27b, hochparterie. 2010R*

Pianos, wie neu, umständlicher
230,00, Friedenstraße 2, hochparterie
links (Königstor). 256/12

Verschiedenes.
Verantwortl. Bessl. Göttinger-
straße 94a.
Kunsthandwerk von Frau Rosodtz
Schlafentee, Kurtrache 8, III.
Wasser, Messing, Platinabfälle,
Silberabfälle, Goldschmuck, Silber,
Kleinfabrikate 20a (gegenüber Rant-
teufelstraße). 205R*

Wäscheartikel Heinrich Kobelt,
Köpenick, Glienickerstraße 21, wäschi-
glocken, Bettwäsche, Leinwand, vier
Dandlacher, vier Taschentücher 0,10.
Lieferung und Abholung Montag.
Wäsche, Gesellschaft, Romiker,
Gropiusstraße 6. 4325*

Vermietungen.
Wohnungen.
Prachtwohnungen Soldinerstr. 32,
Wankstraße 57, Brunnepark,
Stube, Küche, Billig. 494*

Schlafstellen.
Schlafstelle zu vermieten Gebe-
nauerstraße 10/11, Wilmshg. 517*

Schlafstelle. Kletterer Herr findet
freundliche Schlafstelle bei einzelnen
Leuten. Barnow, Südlicher Ufer 10.

Schlafstelle. Witwe Wäsche,
Gräfstraße 35. 454

Mietsgesuche.
Wohnung freies möbliertes Zimmer,
allein, sucht Handwerker, Südost,
Dresdenerstr. O. 100, Kaufher
Blay 14/15. 41

Junger Mann sucht freundlich
möbliertes, ungeniertes Zimmer,
allein. Nähe Schleißer Bahnhof,
Preisofferten unter A. K. 83, Post-
amt 4. 444

Kletterer Arbeiter wünscht Schlaf-
stelle nahe Alexanderplatz. Adressen
mit Preis, pro Woche, Georg Laa-
mann, Postlageramt Hauptpostamt.

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Fräulein, Kreisrätin auf Schim-
mle verlangt Schäfte, Lindenstr. 16.

Ober-Schöne-weide. Ordentliche
Leute für Hausreinigung per 1. Okto-
ber gesucht, 1 oder 2 Aufgänge.
Näheres bei Schulze, Stadtstraße 2.

Vertigpottler verlangt Plano-
fabrik, Lindowstraße 18. 95/12

Kaltenferriemacher verlangt Plano-
fabrik, Lindowstraße 18. Arbeitszeit
1/2-5 Uhr. 95/11

Dirigenten, tüchtigen, für Donner-
tag oder Freitag sucht Männerchor
Borghagen-Kummelsburg, Mitglied des
Arbeiter-Sängerbundes. Offerten:
H. Quast, Gärtnereistraße 12. 4119

Tüchtiger Vergoldergehilfe bei
hohem Lohn in dauernde Stellung
gesucht. Hugo Harnisch, Hamburg,
Wandmarkt 6. 95/8

Wauerer für Küchenträume verlangt
Karl Kollhoff, Kollhoffstraße 5. 5306

Meister für heimische Fabrik, nur
vollständig vertraut mit der Desulfation
von Aem und Teerölen, verlangt
fabrikarbeter-Verein, Lindowstr.
Kollhoffstraße 215. Mitglieder bevorzugt.

Tüchtige Tapezierer-Gehilfen ver-
langt Berthelme G. u. S. O., Koll-
hoffstraße 1, II. 5246

Manneß auf Kostümrode ver-
langt Kube, Petersburgerstraße 43, III.

Stukkateure!
Bei Grandtke, Nieder-Schön-
hausen, liegen Differenzen vor.

Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.